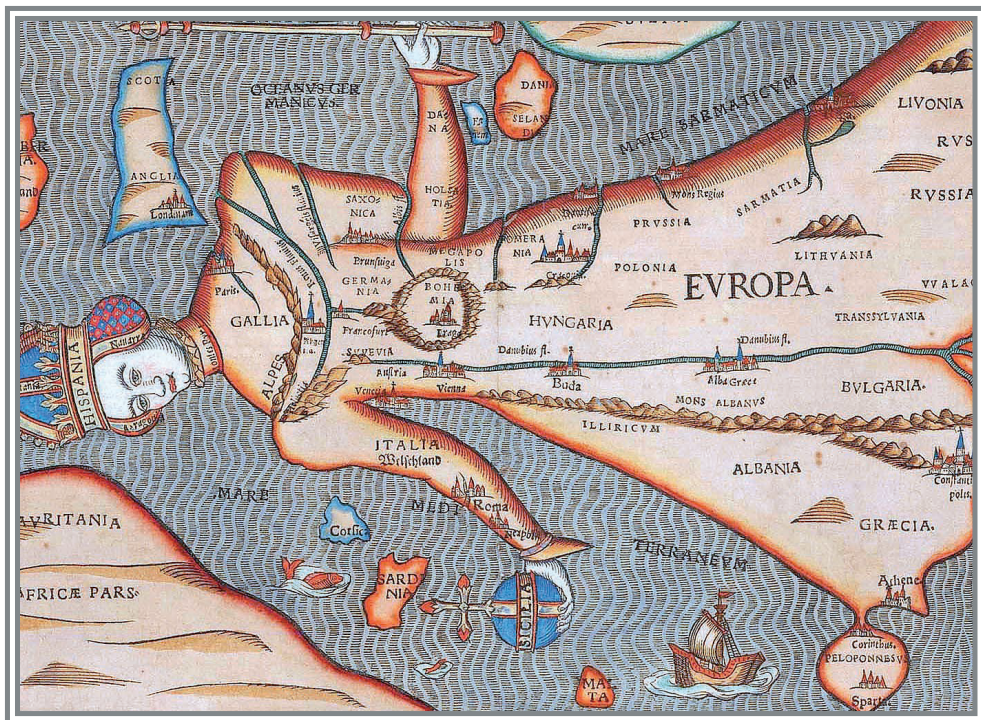


Institut für Europäische Kulturgeschichte

Mitteilungen

Nr. 26 | Oktober 2020



Mitteilungen

INSTITUT
FÜR
EUROPÄISCHE KULTURGESCHICHTE
DER
UNIVERSITÄT AUGSBURG

Heft Nr. 26, Oktober 2020

Herausgegeben vom
INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE KULTURGESCHICHTE
DER UNIVERSITÄT AUGSBURG

Prof. Dr. Lothar Schilling (Geschäftsführender Direktor)
PD Dr. Ulrich Niggemann (Direktor/Geschäftsführender Wiss. Sekretär)
Prof. Dr. Victor A. Ferretti (Direktor)
Prof. Dr. Bernd Oberdorfer (Direktor)
Prof. Dr. Silvia Serena Tschopp (Direktorin)

Redaktion: PD Dr. Ulrich Niggemann (ulrich.niggemann@iek.uni-augsburg.de)
Dr. Eva Rothenberger (eva.rothenberger@iek.uni-augsburg.de)
Friederike Brücker, M.A. (publikationen@iek.uni-augsburg.de)

Anschrift der Redaktion:
Sekretariat
Susanne Empl
Eichleitnerstr. 30, 86159 Augsburg
Tel.: (0821) 598–5840, Fax: (0821) 598–5850
E-Mail: sekretariat@iek.uni-augsburg.de

Satz: Friederike Brücker, M.A.
E-Mail: publikationen@iek.uni-augsburg.de
Publikation über OPUS (Online-Publikationsserver) der Universitätsbibliothek Augsburg
Druck: epubli (www.epubli.de)

Umschlaggestaltung: Pressestelle der Universität Augsburg

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung der herausgebenden Institution.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Datenträger übernehmen die Herausgeber und die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt; das Urheberrecht der veröffentlichten Manuskripte liegt beim Herausgeber.

Eine Haftung für die Richtigkeit der veröffentlichten Manuskripte kann trotz sorgfältiger Prüfung durch die Redaktion nicht vom Herausgeber übernommen werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 1437-2703

Mitteilungen

Heft Nr. 26, Oktober 2020

Inhalt

EDITORIAL	5
-----------	---

AUFSÄTZE

ULRICH NIGGEMANN

Das Institut für Europäische Kulturgeschichte: Gedanken zu seinem dreißigjährigen Bestehen	9
--	---

EVA ROTHENBERGER

Von Zu(sammen)gehörigkeiten bei Pierre Bayle und seinem <i>Dictionnaire critique et historique</i>	27
--	----

MATTHIAS LEHMANN

Vorlesungsverzeichnisse als Quellen historischer Weltbilder. Die Geschichtslehre an der Universität zu Köln von der Weimarer Republik bis zum Ost-West-Konflikt	45
---	----

REZENSIONEN

Josiah Ober, Das antike Griechenland. Eine neue Geschichte (GREGOR WEBER)	81
--	----

Christian Mühling, Die europäische Debatte über den Religionskrieg (1679-1714). Konfessionelle Memoria und internationale Politik im Zeitalter Ludwigs XI. (MICHAEL PHILIPP)	87
---	----

Sonja Wimschulte, Die Jakobiten am Exil-Hof der Stuarts in Saint-Germain-en-Laye 1688/89 bis 1712. Migration, Exilerfahrung und Sinnstiftung (STEPHANIE BODE)	92
--	----

Raivis Bičevskis [u.a.] (Hrsg.), Baltisch-deutsche Kulturbeziehungen vom 16. bis 19. Jahrhundert. Medien – Institutionen – Akteure. Band I. Zwischen Reformation und Aufklärung (ANUSCHKA TISCHER)	95
---	----

Susan Richter (Hrsg.), Verfolgter Unglaube. Atheismus und gesellschaftliche Exklusion in historischer Perspektive (ULRICH NIGGEMANN)	99
---	----

NEUES AUS DEM IEK

Aktivitäten

Tag der Europäischen Kulturgeschichte 2019 – Europa – Kulturhistorische Horizonte (FRIEDRIKE BRÜCKER)	107
--	-----

Präsentation der letzten sechs Bände der Leopold-Mozart-Handschriften (EVA ROTHENBERGER)	118
---	-----

Colloquium Augustanum WS 2019/20 – Vortragsreihe des IEK im Wintersemester 2019/20 „Universitäts-Reformen? Schlaglichter der Universitätsgeschichte vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert“	120
--	-----

Neue Kooperationspartner des IEK	124
----------------------------------	-----

Neuerscheinungen aus dem IEK	125
-------------------------------------	-----

PERSONELLES

Direktorium	129
-------------	-----

Neue Mitglieder	130
-----------------	-----

Das IEK verabschiedet	131
-----------------------	-----

Nachruf Prof. Dr. Rolf Kießling (25. Juli 1941–22. Juni 2020) (DIETMAR SCHIERSNER)	133
--	-----

Editorial

Das IEK ist voller Tatendrang in das Jahr 2020 gestartet. Auf der Mitgliederversammlung im Januar wurde nicht nur das neue Direktorium gewählt, sondern auch die neue Institutsordnung, die die Ordnung von 1994 ablöst, verabschiedet; sie hat inzwischen die universitären Gremien passiert und bildet künftig die Grundlage der Institutsarbeit. Zudem einigten sich die Mitglieder nach intensiver Diskussion auf drei Forschungsperspektiven, die die Arbeit des Instituts bündeln und strukturieren sollen. Und schließlich konnten Kooperationsverträge mit dem Interdisziplinären Institut für Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit in Osnabrück sowie mit dem Zentrum für Historische Friedensforschung in Bonn abgeschlossen werden.


Wie in zahlreichen anderen Einrichtungen auch wurde dieser Tatendrang im März durch die Covid-19-Pandemie ausgebremst. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten nun im Homeoffice, die akademische Lehre unserer Mitglieder wurde auf digitale Formate umgestellt, was einen beträchtlichen Teil der Arbeitszeit absorbierte. Nach und nach mussten die für Sommer und Herbst geplanten Veranstaltungen – insbesondere der fünfte Tag der EKG und eine mit dem Bezirk Schwaben und dem Lehrstuhl für Geschichte der Frühen Neuzeit gemeinsam geplante Tagung zum Thema "Fortschritt und Verlust: Transformationen – Deutungen - Konflikte" – abgesagt bzw. verschoben werden. Müßig war das IEK im Jahr seines dreißigjährigen Bestehens dennoch nicht: So fanden beispielsweise erste Gespräche mit dem Wissenschaftszentrum Umwelt an der Universität Augsburg statt, um künftig auch gemeinsame Projekte ins Auge zu fassen, und es wurde weiter an Publikationen und Projekten gearbeitet.

Inmitten dieses schwierigen Jahres kann nun auch das vorliegende neue Mitteilungsheft mit leicht veränderter Gliederung vorgelegt werden. Das Heft teilt sich nunmehr deutlicher in einen wissenschaftlichen Teil mit Aufsätzen und Rezensionen und einen Berichtsteil, der über die Aktivitäten und Neuigkeiten des IEK informiert. Das Heft beginnt mit einigen rückblickenden Betrachtungen zum dreißigjährigen Bestehen des Instituts, das ja zusammenfällt mit dem fünfzig-jährigen Jubiläum der Augsburger Universität. Die Rückbesinnung auf die Gründungsphase wird genutzt, um auch Leitlinien und Perspektiven für die Zukunft zu gewinnen. Ein Beitrag von Eva Rothenberger dokumentiert den Tag der EKG 2019, der der Europa-Thematik gewidmet war. Der Beitrag beschäftigt sich mit Pierre Bayle und seiner Einbindung in eine Europa umspannende *République des Lettres*. Es folgt ein Aufsatz von Matthias Lehmann zu den geschichtswissenschaftlichen Lehrveranstaltungen an der Universität zu Köln zwischen Weimarer Republik und früher Bundesrepublik. Er zeichnet somit exemplarisch die sich verändernden Schwerpunkte und Ausrichtungen geschichtswissenschaftlicher Lehre in Deutschland nach. Ein kleiner Strauß an Rezensionen vervollständigt den wissenschaftlichen Teil dieses Heftes.

Am Ende stehen Berichte über die Aktivitäten des letzten Jahres, namentlich über den Tag der EKG sowie über das dem Thema Universitätsreformen gewidmete „Colloquium Augustanum“, und den traurigen Schlusspunkt setzt der von Dietmar Schiersner verfasste Nachruf auf unser Gründungsmitglied Prof. Dr. Rolf Kießling, der im Juni dieses Jahres verstorben ist.

Unser herzlicher Dank geht an Friederike Brücker, die die Redaktionsarbeit mit großem Engagement übernommen hat, sowie an Eva Rothenberger und Stephanie Bode für ihre kritische Durchsicht der Manuskripte! Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre, und bleiben Sie gesund.

Ihr



Prof. Dr.
Lothar Schilling

Ihr



PD Dr.
Ulrich Niggemann

AUFSÄTZE

Das Institut für Europäische Kulturgeschichte: Gedanken zu seinem dreißigjährigen Bestehen

ULRICH NIGGEMANN

Nicht nur die Universität Augsburg, sondern auch das Institut für Europäische Kulturgeschichte (IEK) feiert in diesem Jahr ein Jubiläum: Vor dreißig Jahren, im Oktober 1990, wurde es als eine der ersten zentralen Forschungseinrichtungen der Universität (nach dem Institut für Kanada-Studien und dem Institut für Spanien-, Portugal- und Lateinamerika-Studien) ins Leben gerufen.¹ Es erscheint daher naheliegend, sich an dieser Stelle noch einmal die Perspektiven und Anliegen in Erinnerung zu rufen, die zur Gründung des IEK geführt haben. Dies kann freilich nur rudimentär geschehen: Weder soll der vorliegende Beitrag eine Jubiläums-Laudatio sein, in der die vergangenen Erfolge gefeiert werden, noch geht es darum, die Gründung und Entwicklung des Instituts umfassend in die Forschungsentwicklungen der ausgehenden 1980er und beginnenden 1990er Jahre einzubetten, so reizvoll dies sicher wäre.² Vielmehr dokumentiert dieser Artikel das Interesse des derzeitigen Geschäftsführenden Wissenschaftlichen Sekretärs, der von außen an das Institut berufen wurde, an einer Ergründung der Anfänge des Instituts wie auch an der Entwicklung neuer Perspektiven – ein Prozess, der noch keineswegs abgeschlossen ist. Die Rückschau auf die Gründungsintentionen mag daher auch als Orientierung im Hinblick auf Standortbestimmungen in der Gegenwart dienen, ohne dabei Veränderungsprozesse im Hinblick auf Forschungsziele und Organisationsformen auszuschließen. Im ersten Schritt sollen zu diesem Zweck die Entwicklungen im Vorfeld und in der Folge der Gründung des Instituts in den Blick genommen werden. Im zweiten Schritt soll es dann um eine inhaltliche Bestimmung der Institutsarbeit anhand der größeren Forschungsvorhaben und Projekte gehen. Und schließlich sollen im letzten Abschnitt Perspektiven für die kommenden Jahre zumindest angedeutet werden, wobei klar ist, dass hier noch Vieles im Fluss ist.

¹ Grundlegende Informationen etwa bei Weber, Institut für Europäische Kulturgeschichte, 235–238; knappe Hinweise auch bei Lengger, Eine kleine Geschichte (URL); Weber, Weichenstellungen, 244. Für kritische Lektüre und Rückmeldungen danke ich Lothar Schilling und den anderen Mitdirektoren des IEK. Herrn Lengger danke ich für die unkomplizierte Bereitstellung der Akten aus dem Universitätsarchiv.

² Zur Entwicklung der ‚neuen‘ Kulturgeschichte seit den ausgehenden 1980er Jahren vgl. etwa Daniel, Kompendium.; Tschopp/Weber, Grundfragen; Landwehr, Kulturgeschichte.

1 Gründung 1990: Zielsetzungen und Planungen

Der Ursprung des Instituts für Europäische Kulturgeschichte ist in der am 13. Februar 1980 durch den Freistaat Bayern erworbenen und der Universität Augsburg übergebenen Oettingen-Wallerstein-Bibliothek zu sehen. Die Bibliothek enthält etwa 200.000 Handschriften und Druckwerke vom 13. bis Ende des 18. Jahrhunderts und ergänzt mit ihren wertvollen und teils seltenen Beständen die Überlieferungen in der Staats- und Stadtbibliothek und im Stadtarchiv Augsburg sowie zahlreicher weiterer Sammlungen, Archive und Bibliotheken in Augsburg und Schwaben.³ Mit diesen umfassenden Quellenbeständen des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit besitzt die ehemalige Reichsstadt Augsburg einen exzellenten Quellenfundus für zahlreiche Forschungsgebiete der europäischen Vormoderne. Mit dem Erwerb der Oettingen-Wallerstein-Bibliothek setzten bald umfangreiche Überlegungen zu deren Erschließung, Katalogisierung und Nutzbarmachung ein.⁴ Neben Versuchen, Mittel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die auf „30 Mannjahre“ bezifferte Katalogisierung einzuwerben, wurde auch bereits Anfang 1981 eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus vier Fakultäten sowie der Universitätsbibliothek gebildet, deren Ziel es vor allem war, für die Nutzung der Bestände zu werben und Projekte anzuregen.⁵ Ein Forschungsforum bündelte 1984 erstmals die Vorhaben.⁶ Gleichwohl hatte die Institutionalisierung noch mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen, auch weil die Erschließung der 1985 in die neue Zentralbibliothek überführten Bestände wegen fehlender Geldmittel nur langsam voranschritt. 1986 wurde eine Koordinationsstelle geschaffen, die die Professoren Johannes Janota und Helmut Koopmann (beide Germanisten) gemeinsam

³ Vgl. Bayern kauft Fürstlich Oettingen-Wallersteinsche Bibliothek, in: Bibliotheksforum Bayern 8 (1980), 3–11.; Rupp, Oettingen-Wallerstein Bibliothek; sowie die Hinweise auf der Internetseite der Universitätsbibliothek Augsburg: <https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/sondersammlungen/oettingen-wallersteinsche-bibliothek/> [Zugriff 23.6.2020].

⁴ Dokumentiert etwa im Aktenfaszikel Universitätsarchiv Augsburg [im Folgenden UAA] Universitätsbibliothek 70.

⁵ Vermerk betr. Harburg-Bibliothek, Reinhard Thomas, 14.4.1981, UAA Universitätsbibliothek 69. Bericht über die konstituierende Sitzung, 25.6.1981, UAA Rektorat 306. Dort ist von „22 Mannjahren“ die Rede. Die Angabe „30 Mannjahre“ sowie weitere Schätzungen z.B. Direktor der Universitätsbibliothek Augsburg an Deutsche Forschungsgemeinschaft, 22.9.1983, UAA Universitätsbibliothek 70.

⁶ Vgl. etwa Bericht Wolfgang Reinhard, 5.12.1984, UAA Rektorat 461. Ebd. auch weitere Skizzen und Projektpräsentationen.

wahrnahmen.⁷ Später trat noch der Rechtshistoriker Hans Schlosser hinzu, außerdem wurde die Kommission durch den Bibliotheksleiter Rudolf Frankenberger sowie durch den Assistenten am Frühneuzeitlehrstuhl, Wolfgang Weber, ergänzt.⁸ Dieser Kommission trat auch bald der Mathematiker Jochen Brüning bei, der somit die naturwissenschaftlichen Fächer repräsentierte und am 17. Februar 1988 zum Vorsitzenden gewählt wurde.⁹ Im April 1987 wurde ein Konzept vorgelegt, das unter anderem auch die Gründung eines internationalen Forschungszentrums oder eines Graduiertenkollegs vorsah.¹⁰ Mit der Begründung der Buchreihe „Studia Augustana“ beim Niemeyer-Verlag in Tübingen im Jahr 1988¹¹ sowie der Etablierung der Vortragsreihe „Colloquium Augustanum“ im Sommersemester 1989 wurden ebenfalls Grundlagen für die Schaffung einer interdisziplinären Forschungsstelle gelegt.

Für die Form eines solchen Vorhabens wurden unterschiedliche Vorstellungen formuliert und mehrere Entwürfe eingereicht. Noch im März 1988 legte der damalige Inhaber des Lehrstuhls für die Geschichte der Frühen Neuzeit, Wolfgang Reinhard, ein Konzept vor, das die Gründung einer „Augsburger Frühnezeitkommission“ vorsah, die gerade nicht zu stark institutionalisiert sein sollte, um nicht durch Bürokratie, aber auch Streitigkeiten unter Kollegen, den freien wissenschaftlichen Austausch zu beeinträchtigen.¹² Etwas später warb Reinhard für die Idee einer „Stiftung Augsburg und Alt-Europa“. ¹³ Ein weiteres Konzept, das wohl Ergebnis der intensiven Diskussionen innerhalb der Senatskommission, aber auch der Universität insgesamt war, wurde schließlich Anfang 1990 von Jochen Brüning vorgelegt. Es zielte auf die Etablierung eines „Zentrums für europäische Kulturgeschichte“ an der Universität Augsburg, das als süddeutsches Gegengewicht zu dem

⁷ Niederschrift der Ergebnisse des Gesprächs „Bibliothek Oettingen-Wallerstein am 24.6.1986“ und Positionspapier von Johannes Janota vom 5.6.1986, UAA Rektorat 461; Mitteilung Präsident Joseph Becker an Janota und Koopmann, Juli 1986, UAA Rektorat 461.

⁸ Becker an Janota, Becker an Schlosser, Becker an Koopmann, 7.8.1987, UAA Rektorat 461.

⁹ S. z.B. Schreiben Koopmann an Präsident Becker, 30.11.1987, UAA Rektorat 461. Anwesenheitsliste Sitzung Senatskommission 22.12.1987, UAA Rektorat 461. Niederschrift über die Ergebnisse der Sitzung der Senatskommission für die Oettingen-Wallersteinsche Bibliothek, 17.2.1988, UAA Rektorat 461.

¹⁰ Institut für Europäische Kulturgeschichte, Chronologie, UAA Rektorat 543; Das Institut für Europäische Kulturgeschichte, eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Universität Augsburg, Stand Juli 1991, UAA Rektorat 543, 3f.

¹¹ Der erste Band erschien 1991: Brunner [u.a.] (Hrsg.), Die Schulordnung.

¹² Prof. Dr. Wolfgang Reinhard an den Präsidenten der Universität Augsburg, Prof. Dr. Joseph Becker, 27.3.1988, UAA Rektorat 778.

¹³ Wolfgang Reinhard, Stiftung „Augsburg und Alt-Europa“ zur Erforschung der Kulturgeschichte des 13.–18. Jahrhunderts, 23.10.1989, UAA Rektorat 778.

internationalen Forschungszentrum an der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel und dem im Aufbau befindlichen Zentrum für die Erforschung der Europäischen Aufklärung in Halle fungieren sollte.¹⁴ Es war dieses Konzept, das in mehreren Sitzungen des Senats der Universität, aber auch in städtischen Gremien diskutiert wurde. Nachdem der Senat das Vorhaben unterstützte und auch die Stadt Augsburg sich finanziell am Aufbau eines solchen Zentrums beteiligen wollte, bewilligte das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst schließlich am 3. August 1990 den Aufbau eines „Instituts für Europäische Kulturgeschichte“ an der Universität Augsburg.¹⁵ Als Leiter des neuen Instituts wurden die Professoren Johannes Janota, Helmut Koopmann und Jochen Brüning bestellt, letzterer als Geschäftsführender Direktor. Helmut Koopmann schied am 11. Dezember 1990 auf eigenen Wunsch aus dem Gremium aus, der damalige Universitätspräsident und Historiker Josef Becker ersetzte ihn.¹⁶ Bereits zur konstituierenden Sitzung hatte das IEK dreiundzwanzig Mitglieder, die im Vorfeld auch schon Projektvorschläge eingereicht hatten.¹⁷ Eine Koordinationsstelle sowie eine halbe Sekretariatsstelle sollten die Arbeit des Instituts unterstützen. Am 19. Dezember 1990 wurde die Ordnung des Instituts für Europäische Kulturgeschichte vom Senat angenommen.¹⁸ Diese unterstellte das neue Institut als zentrale Einrichtung der Universitätsleitung, wobei ein von der Universität vorgeschlagenes und vom Ministerium bestelltes Direktorium die Leitung des Instituts übernahm.

Zur weiteren finanziellen Ausstattung des Instituts wurde zudem am 17. Oktober 1990 ein Antrag bei der Volkswagenstiftung gestellt, der am 10. Juli 1991 bewilligt wurde. Die Stiftung stellte eine Million D-Mark Startförderung für die ersten

¹⁴ Entwurf zur Planung eines „Forschungszentrums zur Kulturgeschichte des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit“ auf der Grundlage der Augsburger Bibliotheken, 13.2.1990, UAA Rektorat 778. Vgl. auch Emmerich, *Buch-Geschichte*; Roß, *Bücherschatz*.

¹⁵ Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst an Universität Augsburg, München 27.9.1990, Az B/11-5c/45 101, UAA Rektorat 543; sowie Niederschrift Besprechung über den Aufbau eines Augsburger Forschungszentrums für europäische Kulturgeschichte am 20.2.1990 von 10 bis 12 Uhr im Senatssaal der Universität Augsburg, 6.3.1990, UAA Rektorat 543; und Protokoll über die 9. Sitzung des 11. Senats der Universität Augsburg, 13.12.1989 UAA Rektorat 59.

¹⁶ Helmut Koopmann an Jochen Brüning, Augsburg 11.12.1990, UAA Rektorat 1087.

¹⁷ Protokoll der konstituierenden Sitzung des IEK, 9.1.1991, UAA Rektorat 1088; und UAA Institut für Europäische Kulturgeschichte 3.

¹⁸ Protokoll der 2. Sitzung des 12. Senats, 19.12.1990, UAA Rektorat 34. Vgl. zur Frühphase auch den Tätigkeitsbericht „Das Institut für Europäische Kulturgeschichte, eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Universität Augsburg“, Stand Juli 1991, UAA Rektorat 543; sowie Tätigkeitsbericht Oktober 1990 bis Juli 1995, UAA Rektorat 439.

vier Jahre des Instituts zur Verfügung.¹⁹ Mit Unterstützung der Kurt-Bösch-Stiftung konnten am 27. November 1991 nach längerem Vorlauf zudem Räume in der Philippine-Welser-Straße in der Augsburger Innenstadt angemietet werden, in dem die Mitarbeiter:innen, Gastwissenschaftler:innen und Stipendiat:inn:en arbeiten sollten.²⁰ Geplant war eine dauerhafte Unterbringung im Dachgeschoss der Staats- und Stadtbibliothek Augsburg. Dieser Plan konnte indes nicht realisiert werden. Stattdessen bezog das Institut im Jahr 1996 Räume in der Prinzregentenstraße, in direkter Nähe zur Staats- und Stadtbibliothek²¹, und zum Oktober 1999 erfolgte dann der Umzug in die universitätseigenen Räume in der Alten Universität, Eichleitnerstraße 30, wo es sich bis heute befindet.²²

Mit dem absehbaren Auslaufen der Startförderung durch die Volkswagenstiftung begannen schon im Sommer 1993 Gespräche über die Fortführung des IEK. Wie Brüning dem Universitätspräsidenten Reinhard Blum mitteilte, sei dies ein guter Zeitpunkt, um über die Zukunft des Instituts, dessen Aufbauphase nun abgeschlossen sei, nachzudenken. Fraglich sei, ob ein anspruchsvolles Forschungsprogramm allein durch die Mitglieder zu leisten sei oder ob nicht beispielsweise ein Sonderforschungsbereich eingerichtet werden sollte.²³ Ermutigend war eine sehr positive Bewertung der geleisteten Arbeit durch die Volkswagenstiftung.²⁴ Es kam zu weiteren Gesprächen, an denen Vertreter der Universität, des Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft beteiligt waren.²⁵ Entscheidend war vor allem, dass von Seiten der Volkswagenstiftung die Starthilfe unter der Voraussetzung gewährt worden war, dass der Freistaat Bayern und die Universität Augsburg die Arbeit des Instituts auf

¹⁹ Volkswagen-Stiftung an den Präsidenten der Universität Augsburg, Hannover 10.7.1991, Az II/67 196, UAA Verwaltung, Zentralregistratur 1427.

²⁰ Akten zur Unterbringung und zur Anmietung der Räume in der Philippine-Welser-Straße 7, UAA Verwaltung, Zentralregistratur 785; Bayerisches Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst an Universität Augsburg, 11.10.1991 Az IX/12–24/148 457, UAA Rektorat 1087.

²¹ Der Bayerische Staatsminister für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Hans Zehetmair, an Präsident Blum, München 20.7.1995, UAA Rektorat 1087.

²² Protokoll der 34. Mitgliederversammlung, 26.7.1999, UAA Institut für Europäische Kulturgeschichte 3; Bachmair, Weltdeutung.

²³ Brüning an Blum, 24.6.1993, UAA Rektorat 1087.

²⁴ Otto Häfner, VW-Stiftung an Präsident Blum, 13.5.1993 Az II/67 196, UAA Rektorat 1087.

²⁵ Zu einem Besprechungstermin am 16.7.1994 teilte die Universität Augsburg dem Staatssekretär Bernd Kränzle MdL die Tagesordnung mit, Augsburg, 8.7.1994 Az Z-12, UAA Rektorat 476. Der Termin fand dann nicht statt, Prof. Blum an den Präsidenten der DFG, Prof. Frühwald, 27.7.1994, UAA Rektorat 476.

Dauer stellen würden, was prinzipiell auch bereits am 8. Februar 1991 vom Staatsministerium zugesagt worden war.²⁶ Dazu sei sowohl die Verlängerung der dem Institut zugewiesenen Stellen als auch die Lösung der Unterbringungsfrage zu garantieren. Ein entsprechender Finanzplan wurde entwickelt.²⁷ Erschwert wurden die anstehenden Gespräche allerdings dadurch, dass der Geschäftsführende Direktor des Instituts, Jochen Brüning, in der Zwischenzeit einen Ruf an die Humboldt-Universität Berlin erhalten hatte. Die Weiterführung des IEK wurde zeitweise sogar verknüpft mit der Frage, ob es gelingen könne, Brüning in Augsburg zu halten.²⁸ Dies scheiterte; Brüning wechselte zum Wintersemester 1995 nach Berlin.²⁹

Schon vorher kam aber auch die Leitungsdiskussion in Gang: Obwohl in der Ordnung ein Dreierdirektorium vorgesehen war, bestand die Leitung zuletzt nur noch aus Brüning und dem Inhaber des Lehrstuhls für Geschichte der Frühen Neuzeit, Johannes Burkhardt. Burkhardt, der seit 1991 als Nachfolger Wolfgang Reinhard in Augsburg lehrte und mit Übernahme des Lehrstuhls auch Teil des Institutsdirektoriums geworden war, legte im November 1994 einen Entwurf für die künftige Ausgestaltung des Leitungsgremiums vor.³⁰ Als verbliebener Direktor drängte Burkhardt auf eine Wiederbesetzung des Dreierdirektoriums, das zudem zur Wahrung der Interdisziplinarität des IEK aus Mitgliedern unterschiedlicher Fachgruppen bestehen sollte. Zugleich sollte das Institut einen habilitierten hauptamtlichen Geschäftsführer erhalten.³¹ Das neue Direktorium, bestehend aus Johannes Burkhardt, Theo Stammen und Helmut Koopmann sowie dem neuen Geschäftsführenden Wissenschaftlichen Sekretär, Wolfgang Weber, konstituierte sich am 2. Oktober 1995.³² Zugleich wurden mit der Beantragung eines Graduiertenkollegs die Weichen für eine neue finanzielle, aber auch organisatorische Ausrichtung des Instituts gestellt.³³ Das Graduiertenkolleg „Wissensfelder der Neuzeit: Entstehung

²⁶ Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Ministerialdirigent Bächler, an Volkswagen-Stiftung, in Abdruck an Universität Augsburg, 8.2.1991 Az B/11-5c/8179, UAA Rektorat 1087.

²⁷ Schreiben der Prorektoren, Dr. Köhler, Herr Pfennig, Ministerialdirigent Zimmermann, an Staatssekretär Bernd Kränzle, 10.8.1994 Az B/Ge, UAA Rektorat 476.

²⁸ Wolfgang Reinhard an Ministerialdirigenten Hans-Otto Zimmermann, Freiburg, 30.6.1994, UAA Rektorat 476.

²⁹ Mitteilung Brünings an die Mitglieder des IEK, 28.2.1995, UAA Rektorat 1087.

³⁰ Burkhardt, Leitungsstruktur des Instituts für Europäische Kulturgeschichte, 9.11.1994, UAA Rektorat 1087.

³¹ Burkhardt, Vorschlag zur Weiterführung des Instituts für Europäische Kulturgeschichte, 6.7.1995, UAA Rektorat 1087.

³² Protokoll der Direktoriumssitzung, 2.10.1995, UAA Rektorat 1087. Dazu auch Augsburger Allgemeine Zeitung Nr. 260, 11.11.1995, 3.

³³ Die Planung des Graduiertenkollegs nahm Anfang 1995 an Fahrt auf; Brüning, Bericht über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung vom 27.2.1995, 3.3.1995, UAA Rektorat 1087;

und Aufbau der europäischen Informationskultur“, das im Mai 1998 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bewilligt wurde und von 1998 bis 2007 am IEK angesiedelt war, legte die Basis für eine immerhin zehnjährige intensive Forschungstätigkeit, die auch und gerade auf der Grundlage der Augsburger Quellenbestände durch Doktorand.inn.en und Habilitand.inn.en durchgeführt wurde.³⁴

Ausgeweitet wurde im Laufe der 1990er Jahre auch die Publikationstätigkeit des IEK. Waren die „Studia Augustana“ beim Niemeyer-Verlag bereits vor der Institutsgründung ins Leben gerufen worden, so etablierte das Direktorium im November 1993 eine zweite Reihe, die „Colloquia Augustana“, beim Akademie-Verlag in Berlin.³⁵ Ziel dieser Reihe war es, die Ergebnisse von Tagungen und Forschungskolloquien aufzunehmen, eine Ausrichtung; die allerdings schon bald revidiert wurde. Auf der 20. Mitgliederversammlung vom 19. Februar 1996 konnte nach einem Gespräch mit Verlagsvertretern berichtet werden, dass die Reihe nun auch für Monographien und Editionen geöffnet werde.³⁶ Trotz der einhelligen Betonung der Interdisziplinarität beider Reihen in der Mitgliederversammlung setzte sich doch eine gewisse fachwissenschaftliche Trennung durch – die „Studia Augustana“ gelten seither eher als philologisch-literaturwissenschaftlich orientierte Reihe, die „Colloquia Augustana“ hingegen als stärker in den historischen Fachdisziplinen verwurzelt. Ab 1999 erschienen im Augsburger Wißner-Verlag auch die ursprünglich als Quelleneditionsreihe vorgesehenen „Documenta Augustana“, die jedoch bald auch für Sammelbände und Monographien mit einem stärker regionalen Bezug geöffnet wurden. 2004 wurde im Verlag Trio Musik Edition noch die Reihe „Documenta Augustana Musica“ ins Leben gerufen, in der Editionen von

Antrag auf Einrichtung und Förderung eines Graduiertenkollegs Medienfelder – Wissensfelder. Entstehung und Aufbau der neuzeitlichen europäischen Informationskultur, August 1996, UAA Rektorat 1088.

³⁴ Wie entstand die neuzeitliche europäische Informationskultur? DFG errichtet kulturhistorisches Graduiertenkolleg am IEK, in: UniPress 2 (1998), 3f. Vgl. auch den Eintrag GRK 519: Wissensfelder der Neuzeit, Entstehung und Aufbau der europäischen Informationskultur, in: Gepris (Geförderte Projekte Informationssystem, Datenbank DFG), [https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/272687?context=projekt&task=showDetail&id=272687&](https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/272687?context=projekt&task=showDetail&id=272687& [Zugriff 24.06.2020]) [Zugriff 24.06.2020]; und Graduiertenkolleg: „Wissensfelder der Neuzeit: Entstehung und Aufbau der europäischen Informationskultur, in: Historical Social Research/ Historische Sozialforschung 25 Heft 3/4 (2000), 274-286.

³⁵ Mitteilung von Brüning und Burkhardt an die Mitglieder des IEK, 4.11.1993, UAA Rektorat 1087. Der erste Band erschien 1995: Brüning/Niewöhner (Hrsg.), Augsburg in der Frühen Neuzeit.

³⁶ Protokoll der 20. Mitgliederversammlung vom 19.2.1996, UAA Institut für Europäische Kulturgeschichte 3. Die „Colloquia Augustana“ erscheinen inzwischen ebenso wie die „Studia Augustana“ im Verlagshaus Walter de Gruyter.

Notenhandschriften, zunächst vor allem von Leopold Mozart, erschienen.³⁷ Bereits 1993 wurde damit begonnen, in einem „Mitteilungsblatt“ regelmäßig auf Veranstaltungen, neue Stipendiat.inn.en und andere Nachrichten aus dem IEK hinzuweisen. 1996 wurden diese Blätter zu einer Institutszeitschrift, den „Mitteilungen des Instituts für Europäische Kulturgeschichte“, ausgebaut.³⁸ Die Zeitschrift bietet seither Raum für wissenschaftliche Beiträge, Rezensionen, Berichte der Institutsaktivitäten und Nachrichten über personelle Veränderungen. Seit 2019 wird sie online über den OPUS-Server der Universitätsbibliothek Augsburg publiziert.³⁹

Auch personell traten immer wieder Veränderungen ein. Von 1995 bis 2000 leiteten Johannes Burkhardt, Helmut Koopmann (1995–1997), Thomas Scheerer (1997–2000), Theo Stammen und Wolfgang Weber das Institut. Mit der Schaffung des Lehrstuhls für Europäische Kulturgeschichte und seiner Besetzung mit Silvia Serena Tschopp im Jahr 2000 wurde ein institutionelles Gefüge geschaffen, in dem die kulturhistorische Ausrichtung insbesondere der Philologisch-Historischen Fakultät noch stärker zur Geltung kommen sollte. Tschopp wurde zudem Mitglied des Direktoriums und ersetzte damit Thomas Scheerer. 2006 kehrte Scheerer dann ins Direktorium zurück, während Tschopp als Inhaberin des Lehrstuhls für Europäische Kulturgeschichte im Amt blieb. Damit war nun das Direktorium – den Geschäftsführenden Wissenschaftlichen Sekretär eingeschlossen – auf fünf Personen angewachsen und spiegelte die fachliche Vielfalt des Instituts wider. Nach dem Ausscheiden von Johannes Burkhardt 2009 trat der Althistoriker Gregor Weber in das Direktorium ein, während der Komparatist Günther Butzer nach dem Tod von Thomas Scheerer 2009 die Vertretung der Philologien übernahm. Die Erziehungswissenschaftlerin Eva Matthes trat ebenfalls 2009 an die Stelle von Theo Stammen. Die Germanisten Freimut Löser und Matthias Mayer traten 2011 bzw. 2012 ins Direktorium ein, der Lehrstuhlinhaber für Systematische Theologie, Bernd Oberdorfer, ersetzte dann 2014 Eva Matthes.⁴⁰ Für Gregor Weber kam 2016 der Inhaber des Lehrstuhls für die Geschichte der Frühen Neuzeit, Lothar Schilling, ins Direktorium. Von 2016 bis 2020 bestand das Direktorium also aus Bernd Oberdorfer (Geschäftsführender Direktor), Freimut Löser, Lothar Schilling, Silvia Serena Tschopp

³⁷ Zu den Reihen auch die Selbstpräsentation auf der Instituts-Homepage: <https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/iek/publikationen/> [Zugriff 3.7.2020].

³⁸ Das erste Heft erschien 1997; vgl. Haberer/Weber, Zur Einführung, 5. Zu den Mitteilungen s. auch <https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/iek/publikationen/mitteilungen/> [Zugriff 3.7.2020].

³⁹ Mitteilungen des Instituts für Europäische Kulturgeschichte, Publikationsserver OPUS der Universitätsbibliothek Augsburg, <https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/solrsearch/index/search/searchtype/series/id/27> [Zugriff 6.7.2020].

⁴⁰ Nachweise u.a. IEK, Jahresbericht 2005.; IEK, Jahresbericht 2010/2011.; sowie Protokolle der Mitgliederversammlungen, UAA Rektorat 1088 (1990–2001); und UAA Institut für Europäische Kulturgeschichte 2–3.

und dem ab April 2016 in der Nachfolge Wolfgang Webers im Amt befindlichen Geschäftsführenden Wissenschaftlichen Sekretär Ulrich Niggemann. Seit 2020 ist Lothar Schilling Geschäftsführender Direktor und Victor Andrés Ferretti trat als Direktoriumsmitglied an die Stelle von Freimut Löser.

2 Forschungen und Projekte

Wie gezeigt stand die Gründung des IEK in unmittelbarem Zusammenhang mit Überlegungen zur Erschließung und wissenschaftlichen Nutzung der Bestände der Oettingen-Wallerstein-Bibliothek sowie der insgesamt in Augsburg exzellent überlieferten Quellenbestände zum 13. bis frühen 19. Jahrhundert. Die damit einhergehende epochale Fokussierung korrespondierte zudem mit dem in den 1980er und 1990er Jahren immer wieder diskutierten Alteuropa-Konzept, das vor allem die Kontinuitäten zwischen dem Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit bis etwa zur Französischen Revolution und zur beginnenden Industrialisierung betonte.⁴¹ Dieser Fokus stand etwa im Zentrum der Idee einer Stiftung „Augsburg und Alt-Europa“, wie sie Wolfgang Reinhard vorschwebte.⁴² Zugleich war der Gedanke tragend, dass sich aus den in Augsburg überlieferten Quellenbeständen über rein regionalgeschichtliche Erkenntnisinteressen hinausreichende Perspektiven ergaben, dass also über die regional überlieferten Quellen eine kulturhistorische Europaforschung generiert werden könne.⁴³ Dabei stand nicht nur die unzweifelhafte Bedeutung Augsburgs als vormoderne Metropole, als Handelszentrum wie auch als Druck- und Medienstandort im Fokus, sondern auch die europäischen Perspektiven einbeziehende Sammlungstätigkeit der historischen Akteure, auf die die vorhandenen Bibliotheks- und Archivbestände zurückgehen. Es ging also von Anfang an darum, die spätmittelalterlich-frühneuzeitlichen Quellen in europäischen Zusammenhängen zu betrachten und diese Zusammenhänge, die Verflechtungen der Reichsstadt in europäischen und sogar globalen Kontexten mitzureflektieren; ein Anliegen, das auch in einem Beiratsprotokoll vom 15. Juli 1995 explizit unterstützt wurde.⁴⁴ Europäische

⁴¹ Vgl. dazu etwa Hinrichs, *Alteuropa*, Sp. 288–291.

⁴² Wolfgang Reinhard, Stiftung „Augsburg und Alt-Europa“ zur Erforschung der Kulturgeschichte des 13.–18. Jahrhunderts, 23. 10. 1989, UAA Rektorat 778. Das Alteuropa-Konzept lag auch dem Antrag bei der Volkswagenstiftung von 1991 zugrunde; Antrag an die Volkswagenstiftung zur Förderung des Augsburger Instituts für Europäische Kulturgeschichte, vorgelegt von der Planungsgruppe „Institut für Europäische Kulturgeschichte“, Vorsitzender Prof. Dr. Jochen Brüning, UAA Rektorat 1088.

⁴³ Dazu explizit Wolfgang Reinhard, Forschungsforum 5.12.1984, UAA Rektorat 461.

⁴⁴ Paul Münch, Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Europäische Kulturgeschichte vom 15.07.1995, UAA Rektorat 439.

Perspektiven und ein Schwerpunkt in der Vormoderne waren also leitende Grundideen für die Arbeit des Instituts. Freilich war diese Ausrichtung durchaus nicht immer unumstritten. Schon früh wurde auch über eine Ausweitung der inhaltlichen Ausrichtung diskutiert.⁴⁵ Indes blieb das IEK auch über die Phase der Startförderung durch die Volkswagenstiftung hinaus an den Gründungszweck gebunden, auch weil gerade der Fokus auf die besondere Überlieferungssituation in Augsburg nicht nur die Existenz des IEK rechtfertigte – ein Aspekt, der auch vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst mehrfach ausdrücklich anerkannt worden war –, sondern auch, weil mit dieser exzellenten Grundlage ein eindeutiger Standortvorteil verbunden war und es bis heute ist. So haben Direktorium und Mitgliederversammlung gemeinsam auch in der im Januar 2020 institutsintern verabschiedeten und im Juli 2020 von der Universitätsleitung in Kraft gesetzten neuen Ordnung an dieser Gründungsidee ausdrücklich festgehalten.⁴⁶

Das 1998 etablierte Graduiertenkolleg „Wissensfelder der Neuzeit“ war ebenfalls von dem Gedanken getragen, die Spezifika der in der Augsburger Überlieferung greifbaren Quellen zu nutzen. Wissenshistorische Akzente, die Wissen auch und vor allem als gesellschaftliches Konstrukt verstehen und die medialen Austauschprozesse von Wissen in den Mittelpunkt rücken, standen im Zentrum des Kollegs, das sich der Entstehung und Entwicklung einer spezifisch europäischen Wissenskultur auf der Basis ihrer Speichermedien annähern wollte. Dabei standen auch und gerade die in den Augsburger Sammlungen in großer Vielfalt und zu zahlreichen Wissensgebieten überlieferten historischen Medien im Mittelpunkt.⁴⁷

Das Auslaufen des Graduiertenkollegs, das nach einer Gründungsphase des IEK, die durch eine Vielzahl individueller Projekte und ein „programmatisches Defizit“⁴⁸ geprägt war, eine Bündelung der Forschungsinteressen mit sich gebracht hatte, bedeutete auch eine erneute Phase der Orientierung und der Suche nach gemeinsamen Aufgaben und Zielen. Trotz gescheiterter Anträge für ein neues Graduiertenkolleg konnte in dieser Phase eine Reihe von Aktivitäten entfaltet werden. 2009 gelang in Zusammenarbeit mit dem Institut für Europäische Geschichte in Mainz und der Staatsgalerie Stuttgart beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Einwerbung eines Projekts zu den „Übersetzungsleistungen frühmoderner Friedensverträge“, das bis 2013 lief.⁴⁹ Daneben aber war es weiterhin

⁴⁵ Helmut Koopmann an Jochen Brüning, Augsburg 11.12.1990, UAA Rektorat 1087.

⁴⁶ Ordnung für das Institut für Europäische Kulturgeschichte, 22.1.2020, <https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/iek/das-institut/ordnung/> [Zugriff 24.09.2020].

⁴⁷ Graduiertenkolleg „Wissensfelder der Neuzeit“ (wie Anm. 34).

⁴⁸ So der Tätigkeitsbericht Oktober 1990 bis Juli 1995, UAA Rektorat 439, 6.

⁴⁹ Dokumentiert etwa durch die Bände Burkhardt [u.a.] (Hrsg.), Sprache. Macht. Frieden.; Durst, Archive des Völkerrechts.

die Arbeit einzelner Mitglieder, die das Profil des IEK stärkte, so etwa durch die Edition der Augsburger Stadtchronik des Georg Kölderer (ca. 1550–1607), die in Zusammenarbeit mit der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft erstellt wurde,⁵⁰ oder die Rekonstruktion der Bibliothek Konrad Peutingers (1465–1547), die schon seit den Anfangstagen des IEK im Fokus des Interesses gestanden hatte und in mehreren Publikationen dokumentiert werden konnte.⁵¹ Darüber hinaus wurden zahlreiche Projekte entwickelt, die thematisch und epochal ein weites Spektrum abdecken und von der Alten Geschichte bis in die jüngste Zeitgeschichte reichten. Exemplarisch lassen sich Tagungen, etwa zur antiken Traumdeutung, ebenso nennen wie eine größere Ausstellung „Amerika in Augsburg“, die sich mit der Präsenz amerikanischen Militärs und dem Einfluss amerikanischer Kultur in und auf Augsburg auseinandersetzte.⁵² Mit dem Fehlen eines zentralen, die Forschungsanstrengungen bündelnden Projekts mangelte es freilich auch an einem bereits in der Frühphase des Instituts geforderten „Kristallisationskern“, der dem IEK ein klares Profil hätte geben können. Ein solcher Kern, das hatte immerhin schon Jochen Brüning betont,⁵³ lässt sich indes weniger durch eine Profildiskussion „erzwingen“, sondern muss sich aus den verschiedenen Forschungsbemühungen ergeben.

3 Ziele und Perspektiven unter veränderten Bedingungen

Zweifelloos hat sich die Forschungslandschaft seit den frühen 1990er Jahren verändert. Nicht nur ist die Kulturgeschichte inzwischen ein fester Bestandteil der Geschichtswissenschaft – sie ist darüber hinaus auch in weitaus umfassenderer Weise theoretisch begründet und perspektiviert. Viel deutlicher als noch 1990 hat sich die Kulturgeschichte als ein methodisch breit gefächertes, die sozialen Bedingungen und kulturellen Codierungen historischer Phänomene einbeziehendes, die Lebenswirklichkeiten und Deutungshorizonte der jeweiligen Zeitgenossen analysierendes und dadurch Teleologien und Anachronismen kritisch hinterfragender Zugang zur Geschichte etabliert. Gerade durch den Fokus auf sich wandelnde Wissenskulturen, auf Medien und Kommunikation, auf Fragen der Zirkulation und Verflechtung oder

⁵⁰ Kölderer, Beschreibung.

⁵¹ Künast/Zäh (Bearb.), Die Bibliothek Konrad Peutingers. Bd. 1; dies. (Bearb.), Die Bibliothek Konrad Peutingers. Bd. 2; Kießling/Müller (Hrsg.), Konrad Peutinger.

⁵² Vgl. z.B. die Auflistung einiger Tagungen und Ausstellungen auf der Homepage des IEK, <https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/iek/veranstaltungen/sonstige-veranstaltungen/tagungen/> sowie <https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/iek/veranstaltungen/sonstige-veranstaltungen/ausstellungen/> [beide Zugriff 6.7.2020]; sowie den Tagungsband Weber (Hrsg.), Artemidor von Daldis; Gassert [u.a.] (Hrsg.), Augsburg und Amerika.

⁵³ Tätigkeitsbericht Oktober 1990 bis Juli 1995, UAA Rektorat 439.

auf einer kulturhistorischen Friedens- und Völkerrechtsforschung hat das IEK sicher seinen Beitrag zu diesen Entwicklungen geleistet.⁵⁴ Zugleich muss es sich aber auch gerade aufgrund der breiten Etablierung der Kulturgeschichte innerhalb der historisch ausgerichteten Wissenschaften neu orientieren und seine Ziele neu bestimmen. Zu diesen Veränderungsprozessen innerhalb der am IEK beteiligten Fächer, die oft mit dem Schlagwort des *cultural turn* auf den Punkt gebracht werden, ist auch ein tiefgreifender Wandel in Bezug auf die Verfügbarkeit von Quellen hinzutreten. Die großen Digitalisierungsbemühungen der vergangenen zwanzig Jahre machen Quellen, die in den frühen 1990er Jahren noch als Raritäten galten, heute über das Internet weltweit greifbar. Das hat zur Folge, dass nicht mehr so sehr die lokale Verfügbarkeit eines einzelnen Textes oder Bildes im Zentrum des Forschungsinteresses steht, sondern vielmehr der historisch gewachsene Sammlungskontext, die Frage nach den Nutzungspraktiken, der Zirkulation und Weiterverwendung von vormodernen Medien. Auch dieser Entwicklung hat sich eine Einrichtung wie das IEK, das sich der Erschließung und Erforschung historischer Quellenbestände widmet, zu stellen.

Ebenfalls gewandelt hat sich der institutionelle Rahmen. In seiner Frühphase war das Institut eine Einrichtung, die durch die Startförderung der Volkswagenstiftung über erhebliche eigene Mittel verfügte, die Stipendien an auswärtige Wissenschaftler:innen, die an Augsburger Quellen zu arbeiten beabsichtigten, vergeben konnte und dessen Zielsetzung somit vor allem in der Koordination von Forschungsprojekten und in der Bereitstellung von Ressourcen bestand. Die Mitglieder sollten sich mindestens einmal pro Semester in der Mitgliederversammlung treffen, um auf Vorschlag der Leitung über Aktivitäten, Mittelverwendung und Aufnahmeanträge zu entscheiden. Die 1990 verabschiedete und 1994 geringfügig erweiterte Ordnung war deutlich von dem Gedanken getragen, dass die Mitglieder sich mit konkreten Forschungsvorhaben um die Mitgliedschaft bewarben und diese dann im Rahmen ihrer Mitgliedschaft durchführten. Zum Mitgliedsantrag war dementsprechend ein „begutachtungsreife[r] Projektantrag“ vorzulegen und die Mitgliedschaft war auf die Zeit der Bearbeitung des Projekts begrenzt. Zudem waren Regelungen zur jährlichen Berichterstattung und zum Verbleib von Unterlagen und Materialien beim Institut festgelegt worden.⁵⁵ Im Fokus stand also die Durchführung von Projekten am Institut und mit Mitteln des Instituts. Auch hier war in der Folge der finanziellen und institutionellen Veränderungen durch das Auslaufen der Volkswagenförderung und des Graduiertenkollegs eine Neuakzentuierung notwendig.

⁵⁴ Vgl. dazu die Publikationstätigkeit des IEK, Homepage, Publikationen <https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/iek/publikationen/> [Zugriff 6.7.2020].

⁵⁵ Ordnung des Instituts für Europäische Kulturgeschichte vom 19.12.1990, UAA Rektorat 34; Entwurf für die Neufassung der Ordnung für das Institut für Europäische Kulturgeschichte aufgrund der Besprechung im Rektorat am 23.2.1994, UAA Rektorat 1087.

Ein Ausblick auf die nähere Zukunft muss dementsprechend beide eng miteinander verschränkten Ebenen einschließen – die organisatorisch-institutionelle ebenso wie die wissenschaftlich-inhaltliche. Das IEK versteht sich inzwischen zunehmend als Kommunikationsplattform und als Angebot zum wissenschaftlichen Austausch. Die im Jahr 2020 verabschiedete Ordnung stärkt diesen Aspekt. Das Institut und seine Veranstaltungen, insbesondere der seit 2016 etablierte, jährlich durchgeführte „Tag der Europäischen Kulturgeschichte“, haben sich als ein Forum herauskristallisiert, auf dem Mitglieder und interessierte (akademische und außerakademische) Öffentlichkeit über gemeinsame Forschungsperspektiven nachdenken und diskutieren.⁵⁶ Ganz bewusst öffnet sich das IEK dem wissenschaftlichen Nachwuchs, indem nicht erst habilitierte Wissenschaftler.innen, sondern auch promovierte Universitätsangehörige Mitglieder des IEK werden können und indem künftig auch Workshops für Promovierende angeboten werden. Trotz der skizzierten neuen Akzentsetzung bleibt es eine Zielsetzung, mithilfe von Stipendien und Gastwissenschaftlerprogrammen auch wieder stärker die Forschung an Augsburger Quellenbeständen durch Forschende aus dem In- und Ausland zu fördern. Dies kann freilich im Rahmen der derzeitigen Forschungsförderungspolitik nur durch entsprechend dotierte große Drittmittelprojekte geschehen. Auf diesem Wege kann dann auch eine stärkere Internationalisierung der Forschungsarbeit des IEK erfolgen, die zweifellos zu den wichtigen Zielen der nächsten Jahre gehört und auch in der Publikationstätigkeit sichtbar werden muss.⁵⁷

Für die inhaltliche Arbeit bleiben drei Überlegungen leitend: Zum ersten soll das Institut weiterhin die Erschließung, Nutzung und Auswertung der Augsburger Quellenbestände der Vormoderne fördern und vorantreiben. Zweitens soll dabei gleichermaßen die europäische Perspektive prägend bleiben. Dem IEK geht es nicht um eine allein regionalhistorische Betrachtung, sondern immer um die Einbettung lokaler Entwicklungen in europäische, teilweise sogar globale Zusammenhänge und um die Frage nach der überregionalen und transnationalen Aussagekraft Augsburger Quellenbefunde. Damit bleibt das Institut zwei zentralen Grundpfeilern seiner Gründung verpflichtet. Zugleich erhebt es drittens den Anspruch, die Quellenbefunde im Sinne kulturhistorischer Prämissen in ihrer Medialität, ihrem sozialen Konstrukt- und Aushandlungscharakter zu betrachten und zu analysieren. Das heißt, die Quellen selbst sind als Kommunikationsphänomene einzuordnen und zu interpretieren. Alle Bemühungen – etwa um die Erschließung und Erforschung der reichen Augsburger Stadtchronistik – sind von dieser Reflektion nicht nur über die Inhalte der Texte, sondern über ihre Beschaffenheit, Funktion und Intertextualität

⁵⁶ Vgl. dazu die Berichte zu den bisherigen Tagen der Europäischen Kulturgeschichte auf der Homepage des Instituts, <https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/iek/veranstaltungen/tagekg/> [Zugriff 7.7.2020].

⁵⁷ Ein erster Ansatz besteht auch in der Öffnung der Publikationsreihen für englischsprachige Beiträge; so etwa Schilling/Vogel (Hrsg.), *Transnational Cultures*.

getragen. Dies erfordert zwingend die interdisziplinäre Zusammenarbeit und Zusammensetzung des Instituts, denn die vorhandenen Quellen selbst sind nur im multiperspektivischen Zugriff angemessen zu bearbeiten.

Die Mitglieder des Instituts haben sich in einem intensiven Diskussionsprozess auf drei Perspektiven geeinigt, die in der Lage sind, eine Vielzahl von Forschungsthemen und Fragestellungen zu bündeln.⁵⁸ Diese Perspektiven knüpfen an bestehende Forschungsschwerpunkte an, entwickeln sie aber im Anschluss an jüngere Tendenzen der kulturhistorischen Forschung weiter. So bildet die Auseinandersetzung mit Vergangenheitsrekursen, Erinnerungskulturen und verschiedensten Formen der Traditionsbildung eine Sichtachse, die sich in unterschiedlichen Projekten realisieren lässt. Das Spektrum reicht hier von der Untersuchung der für die europäischen Kulturen fundamentalen Bezugnahmen auf die Antike⁵⁹ bis hin zu den weiterhin einen Schwerpunkt der Aktivitäten des IEK ausmachenden Forschungs- und Editionsprojekten zur Augsburger Stadthistoriographie in ihren europäischen Bezügen, etwa zur besonders reichhaltigen Augsburger Stadtchronistik. Die Untersuchung von Mobilität, Kulturkontakten und Austauschbeziehungen stellt eine weitere wichtige Perspektive der Arbeit des Instituts dar. Migrationsgeschichtliche Themen finden hier ebenso ihren Ort wie Forschungen zur Zirkulation von Gütern und Wissen. Schließlich lässt sich die Erforschung vergangener Wissenskulturen als grundlegende Perspektiven auf Phänomene der europäischen Kulturgeschichte verstehen. Untersuchungen zu Bedeutung und Funktion bestimmter Wissensbestände, ihrer Verbreitung und Zirkulation, ihrer Umstrittenheit sowie Mechanismen der Autorisierung und Durchsetzung von Wissen sind in vielen Forschungsvorhaben der Institutsmitglieder präsent.⁶⁰ Sie prägen somit das Profil des IEK mit und sollen in Zukunft noch stärker miteinander vernetzt werden.

Eine Aufgabe für die nahe Zukunft wird die engere Kooperation und Vernetzung mit anderen Zentralinstituten der Universität Augsburg, aber auch die Etablierung tragfähiger Kontakte zu Instituten im In- und Ausland sein.⁶¹ Entlang der skizzierten Perspektiven wird das IEK in den kommenden Jahren neue Forschungsprojekte entwickeln, deren Ziel auch weiterhin die Ausschöpfung der reichen loka-

⁵⁸ Dazu auch die Homepage des IEK, <https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/iek/forschung/> [Zugriff 6.7.2020].

⁵⁹ 2017 widmete sich der Tag der Europäischen Kulturgeschichte „Imaginationen von Antike“; Bericht Durst, Tag der Europäischen Kulturgeschichte 2017, 94–101.

⁶⁰ Vgl. nur die jüngeren Publikationen der institutseigenen Reihen: Dauser [u.a.] (Hrsg.), *Wissenszirkulation*; Schilling/Vogel (Hrsg.), *Transnational Cultures*.

⁶¹ Ein Anfang dazu ist mit dem Abschluss von Kooperationsverträgen mit dem Interdisziplinären Institut für Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit in Osnabrück sowie dem Zentrum für Historische Friedensforschung in Bonn gemacht; <https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/iek/forschung/kooperationspartner/> [Zugriff 6.7.2020].

len Quellenbestände in einer dezidiert europäischen Sicht sein wird. In diesem Zusammenhang werden vermehrt auch Aspekte der *Digital Humanities* eine wichtige Rolle spielen, um umfassende Bestände systematisch auswerten, aber auch europaweit mit ähnlichen Projekten vernetzen zu können. In welcher Weise sich das IEK dabei auch in sich entwickelnde Schwerpunkte der Universität Augsburg – etwa im Bereich der interdisziplinären und durch die neue Medizinische Fakultät gestärkten Umweltforschung – einbringen kann, wird derzeit diskutiert. Die Aufgaben für das nächste Jahrzehnt seines Bestehens sind somit vielfältig, es besteht aber guter Grund für die Annahme, dass das Institut für Europäische Kulturgeschichte sich diesen vielfältigen Aufgaben stellen wird und neue Impulse innerhalb wie auch außerhalb der Universität Augsburg zu geben imstande ist.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1 Archivalien

Universitätsarchiv Augsburg (UAA)

Bestände: Institut für Europäische Kulturgeschichte; Rektorat; Universitätsbibliothek; Verwaltung, Zentralregistratur.

2 Publikationen

Bayern kauft Fürstlich Oettingen-Wallersteinsche Bibliothek, in: Bibliotheksforum Bayern 8 (1980), 3–11.

Bachmair, Angela, Weltdeutung gehört zum Profil. Europäische Kulturgeschichte: Neue Räume und Lehrstuhl, in: Augsburger Allgemeine, 3.2.2000.

Brüning, Jochen/Niewöhner, Friedrich (Hrsg.), Augsburg in der Frühen Neuzeit. Beiträge zu einem Forschungsprogramm (Colloquia Augustana, 1), Berlin 1995.

Brunner, Horst/Dischner, Waltraud/Klesatschke, Eva/Taylor, Brian (Hrsg.), Die Schulordnung und das Gemerkbuch der Augsburger Meistersinger (Studia Augustana, 1), Tübingen 1991.

Burkhardt, Johannes/Jankrift, Kay Peter/Weber, Wolfgang (Hrsg.), Sprache. Macht. Frieden. Augsburger Beiträge zur Historischen Friedens- und Konfliktforschung (Documenta Augustana Pacis, 1), Augsburg 2014.

Daniel, Ute, Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, 3. Aufl., Frankfurt/Main 2002.

Dauser, Regina/Fassl, Peter/Schilling, Lothar (Hrsg.), Wissenszirkulation auf dem Land vor der Industrialisierung (Documenta Augustana, 26), Augsburg 2016.

Durst, Benjamin, Archive des Völkerrechts. Gedruckte Sammlungen europäischer Mächteverträge in der Frühen Neuzeit (Colloquia Augustana, 34), Berlin/Boston 2016.

——, Tag der Europäischen Kulturgeschichte 2017: Imaginationen von Antike“, in: Mitteilungen des Instituts für Europäische Kulturgeschichte 24 (2017), 94–101.

- Emmerich, Elisabeth, Augsburg bewahrt Buch-Geschichte. Forschungszentrum für die Fülle dieses Bibliotheksstandorts, in: Augsburger Allgemeine, 4. April 1989.
- Graduiertenkolleg: „Wissensfelder der Neuzeit: Entstehung und Aufbau der europäischen Informationskultur, in: Historical Social Research/ Historische Sozialforschung 25 Heft 3/4 (2000), 274–286.
- Gassert, Philipp/Kronenbitter, Günther/Paulus, Stefan/Weber, Wolfgang (Hrsg.), Augsburg und Amerika. Aneignungen und globale Verflechtungen in einer Stadt (Documenta Augustana, 24), Augsburg 2013.
- Haberer, Stephanie/Weber, Wolfgang, Zur Einführung, in: Mitteilungen des Instituts für Europäische Kulturgeschichte 1 (1997), 5.
- Hinrichs, Ernst, Alteuropa, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 1, Stuttgart/Weimar 2005, Sp. 288–291.
- Institut für Europäische Kulturgeschichte der Universität Augsburg (Hrsg.), Institut für Europäische Kulturgeschichte. Jahresbericht 2005, Augsburg 2005.
- Kießling, Rolf/Müller, Gernot M. (Hrsg.), Konrad Peutinger. Ein Universalgelehrter zwischen Spätmittelalter und Früher Neuzeit: Bestandsaufnahme und Perspektiven (Colloquia Augustana, 35), Berlin/Boston 2018.
- Költerer, Georg, Beschreibung vnnd Kurtze Vertzaichnus Fürnemer Lob vnnd gedewchwürdiger Historien. Eine Chronik der Stadt Augsburg der Jahre 1576 bis 1607, 4 Bde., bearb. v. Silvia Strodel, hrsg. v. Wolfgang Weber (Reiseberichte und Selbstzeugnisse aus Bayerisch-Schwaben, 6.1–4/Documenta Augustana, 26), Augsburg 2013.
- Künast, Hans-Jörg/Zäh, Helmut (Bearb.), Die Bibliothek Konrad Peutingers. Edition der historischen Kataloge und Rekonstruktion der Bestände, Bd. 1: Die autographen Kataloge Peutingers. Der nicht-juristische Bibliotheksteil (Studia Augustana, 11), Tübingen 2003.
- , Die Bibliothek Konrad Peutingers. Edition der historischen Kataloge und Rekonstruktion der Bestände, Bd. 2: Die autographen Kataloge Peutingers. Der juristische Bibliotheksteil (Studia Augustana, 14), Tübingen 2005.
- Landwehr, Achim, Kulturgeschichte (UTB Profile), Stuttgart 2009.
- Lengger, Werner, Eine kleine Geschichte der Universität Augsburg, Augsburg 2005, <https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/frontdoor/index/index/year/2005/docId/63,10> [Zugriff 3.7.2020].
- Roß, Andreas, Schwäbischer Bücherschatz wird gehoben. Institut für Europäische Kulturgeschichte läßt Hochschule zu Forschungszentrum werden, in: Süddeutsche Zeitung, 29.10.1991.
- Rupp, Paul B., Oettingen-Wallerstein Bibliothek, in: Fabian, Bernhard (Hrsg.), Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland, Österreich und Europa, Hildesheim 2003, digitale Fassung auf den Seiten der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, [https://fabian.sub.uni-goettingen.de/fabian?Universitaetsbibliothek_\(Augsburg\)](https://fabian.sub.uni-goettingen.de/fabian?Universitaetsbibliothek_(Augsburg)) [Zugriff 23.6.2020].

- Schilling, Lothar/Vogel, Jakob (Hrsg.), *Transnational Cultures of Expertise. Circulating State Related Knowledge in the 18th and 19th Centuries* (Colloquia Augustana, 36), Berlin/Boston 2019.
- Tschopp, Silvia S./Weber, Wolfgang, *Grundfragen der Kulturgeschichte (Kontroversen um die Geschichte)*, Darmstadt 2007.
- Weber, Gregor (Hrsg.), *Artemidor von Daldis und die antike Traumdeutung. Texte – Kontexte – Lektüren* (Colloquia Augustana, 33), Berlin/Boston 2015.
- , Wolfgang, Institut für Europäische Kulturgeschichte, Universität Augsburg, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 9 (2008), 235–238.
- , Wolfgang, *Weichenstellungen und Innovationen im ausgehenden 20. Jahrhundert*, in: Werner Lengger/Stefan Paulus/Wolfgang Weber (Hrsg.), *Stätte des Wissens. Die Universität Augsburg 1970–2010. Traditionen, Entwicklungen, Perspektiven*, Regensburg 2010, 237–254.
- Wie entstand die neuzeitliche europäische Informationskultur? DFG errichtet kulturhistorisches Graduiertenkolleg am IEK, in: *UniPress* 2 (1998), 3f.

Von Zu(sammen)gehörigkeiten bei Pierre Bayle und seinem *Dictionnaire historique et critique*

EVA ROTHENBERGER

1 Einleitung

Der Mensch – ein vernetztes Wesen. Im Zeitalter sozialer Netzwerke, digitaler Medien und elektronischer Hightechgeräte scheint der Homo sapiens des 21. Jahrhunderts besser vernetzt zu sein als jemals zuvor. Informationen und Neuigkeiten aller Art machen in Sekunden ihren Weg über den Globus hinweg und per Emailkorrespondenz, Messenger und immer neuen Social Media Plattformen ist die permanente Kommunikation gesichert. Was heute so neu und innovativ anmuten mag, existierte allerdings bereits – wenngleich unter anderen technischen Rahmenbedingungen – im 16. und zunehmend ausgeprägt im 17. Jahrhundert. Auch wenn dieser Austausch zum Teil weitaus mehr Zeit benötigte als die eingangs skizzierte digitale Welt, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Frühen Neuzeit die Qualität des Austauschs unter der Dauer der Nachrichtenzustellung nicht derart gelitten hat, wie man aus der modernen Gewohnheit heraus geneigt ist, zu glauben. Vielmehr ist festzustellen, dass gerade diese Dauer bis zum Eintreffen der sehnstchtig erwarteten Antworten (auch hierin hat sich seither nichts geändert) dazu beitrug, einen fundierten Diskurs zu ermöglichen. Dies mag sicherlich auch daran gelegen haben, dass aufgrund der sozialen Rahmenbedingungen eher gut gebildete Menschen am derart gestalteten Diskurs teilnahmen.

In Form von Briefen, die innerhalb eines bestimmten Adressatenkreises weitergereicht wurden, zirkulierten die Informationen und Nachrichten. Sie wurden kommentiert und diskutiert und machten auf diese Art ihren Weg durch viele Hände eines weitestgehend festen Kreises aus Gelehrten, und dies weit über territoriale Grenzziehungen hinweg. In dieser internationalen Gemeinschaft, der *République des Lettres*, trug besonders ein im Exil lebender Protestant zum regen und lebendigen Austausch bei. Pierre Bayle, der spätestens seit den beiden Sammelbänden von Paul Dibon und später Wiep van Bunge¹ als *philosophe de Rotterdam* bekannt ist, war eine der wohl schillerndsten Schlüsselgestalten dieser Gelehrtenwelt und schuf

¹ S. weiterführend Dibon, Pierre Bayle, le philosophe de Rotterdam und Bunge, Pierre Bayle (1647 – 1706), le philosophe de Rotterdam.

mit seinem *Dictionnaire historique et critique* ein Werk, das wegbereitend für aufklärerisches Gedankengut in den Folgejahrzehnten nach seinem Erscheinen werden sollte.

Doch wie ist diese Mitgliedschaft in der *République des Lettres* zu verstehen? Um Bayles Position in diesem frühneuzeitlichen sozialen Netzwerk konkreter fassen zu können und um zu umreißen, welche Tragweite die Verankerung in diesem Beziehungsgeflecht entfaltet, werden im Folgenden zunächst verschiedene Dimensionen von Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit in seinem Leben herausgearbeitet. Daran anknüpfend wird in einem nächsten Schritt veranschaulicht, welche qualitative Beschaffenheit sich aus dem Zusammengehörigkeitsgefühl für die Gelehrtengemeinschaft entwickelt und wie diese wiederum auf den Entstehungsprozess des *Dictionnaire historique et critique* einwirkt. Es soll dabei deutlich werden, wie Bayle in einem vielschichtigen Netz aus Beziehungen und sozialen Rahmenbedingungen in der Lage ist, ein in vielerlei Hinsicht komplexes Werk zu verfassen, das den eigenen hohen Ansprüchen an wissenschaftliches Arbeiten genügt. Denn ohne das Netzwerk von Gleichgesinnten und ohne das geistige Ankommen in einem mentalen Zuhause, das heißt ohne Zugehörigkeit und Identifikation, und somit ohne Zusammengehörigkeit, ließe sich ein derartiges Werk vermutlich nicht in dieser vielschichtigen und wissenschaftlich profunden Form realisieren.

2 Die Zugehörigkeiten im Leben Bayles

Um verstehen zu können, wie die Frage der Zugehörigkeit(en) Bayle in verschiedenen Lebensphasen beschäftigt und schließlich auch in Form von Zusammengehörigkeit Einfluss auf das *Dictionnaire historique et critique* ausüben wird, ist es erforderlich, zunächst den Begriff in jener Bedeutungsdimension zu bestimmen, gemäß welcher im vorliegenden Kontext eine Analyse durchgeführt werden kann.² Im *Dictionnaire de l'Académie Française*, welches 1694 in erster Auflage als groß angelegtes Projekt erschien, wird dargelegt, dass unter Zugehörigkeit, *appartenance*, auch *dépendance* zu verstehen sei, „ce qui appartient à une chose, ce qui dépend d'une chose“.³ Aus der Zuordnung unter das Verb *appartenir* wird zudem deutlich, dass Komponenten wie „Estre à quelqu'un de droit“, „Avoir une relation nécessaire“ und „Estre attaché à quelqu'un, estre domestique de quelqu'un“⁴ in der

² Im Folgenden wird mit französischen Wörterbüchern die Begriffsbestimmung erarbeitet, da Bayle in diesem Sprachraum zu verorten ist und somit seinem Denken und Selbstverständnis Rechenschaft getragen wird.

³ *Dictionnaire de l'Académie Française*, Band 2, 548; „was zu einer Sache gehört, was von einer Sache abhängt“. (übers. E.R.)

⁴ Ebd., „jemandem von Rechtswegen gehören“, „eine notwendige Verbindung haben“ und „an jemanden gebunden sein, jemandes Bediensteter sein“. (übers. E.R.)

Bedeutung des Begriffs mitschwingen. Auch einige Jahrzehnte später bleibt die Bedeutung besonders auf diese Aspekte beschränkt: „Appartenance, s. f. (en Droit.) est synonyme à dépendance, annexe, &c. [...] Les appartenances peuvent être corporelles, comme les hameaux qui appartiennent à un chef lieu ; ou incorporelles, telles que les services des vassaux ou censitaires.“⁵ Und selbst im 19. Jahrhundert bei Émile Littré und seinem zwischen 1863 und 1877 herausgegebenen, vierbändigen *Dictionnaire de la langue française* sowie Pierre Larousse und dem *Grand dictionnaire universel du XIX^e Siècle*, welches zwischen 1864 und 1876 erschien, verändert sich die Bedeutung des Begriffs nicht. Erst moderne Definitionen beinhalten jene Komponenten, die heutzutage im Sprachgebrauch selbstverständlich scheinen und mit welchen das Bayl'sche Denken und Schreiben betrachtet werden soll, nämlich die Zugehörigkeit als „[l]e fait pour un individu d'appartenir à une collectivité (race, pays, classe, parti). Appartenance à une religion, à une communauté, à un groupe. L'appartenance politique, sociale, religieuse.“⁶ Besonders die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, zu einer Gruppe steht im Zentrum des Interesses, um aus der Perspektive eines Europas des 21. Jahrhunderts den Blick auf europäische Beziehungen über Ländergrenzen hinweg im angehenden 18. Jahrhundert zu richten. Die Tatsache, an dieser Stelle mit einer modern geprägten Definition zu arbeiten, stellt in diesem Zusammenhang keinen fraprierenden Anachronismus dar, da der Sinn für Gemeinschaft und für Zugehörigkeit als solcher zweifelsohne schon zu Zeiten Bayles bestand, lediglich definitorisch nicht mit der heutigen Begrifflichkeit verbunden wurde.

Betrachtet man das Leben Bayles, so treten vor allem vier Arten der Zugehörigkeit in Erscheinung. Die erste und typischerweise ursprünglichste ist dabei die familiäre Zugehörigkeit. Als Sohn eines protestantischen Pastors wächst er im Süden Frankreichs in ärmlichen Verhältnissen auf, dafür mit einer engen Verbindung zu seinem älteren Bruder Jacob, der selbst den Weg in das Amt des Pastors wählt. In der elektronischen Erschließung der Bayl'schen Korrespondenz arbeitet Antony McKenna unter anderem heraus, dass gerade Jacob und natürlich auch der Vater Jean eine zentrale Rolle und Funktion im Briefwechsel des jungen Pierre einnehmen und für dessen Einbindung in die protestantische Gemeinschaft vor Ort und darüber hinaus sorgen.⁷ Anhand dieser Analyse wird deutlich, dass durch die Fami-

⁵ Encyclopédie, Band 1, 1751, 547; „Appartenance, s. f. (juristisch) ist synonym zu dépendance, annexe, &c. [...] Zugehörigkeiten können körperlich sein, wie die Dörferchen, welche zu den Hauptorten gehören; oder unkörperlich, wie jene Dienste der Vasallen und Zinspflichtigen.“ (übers. E.R.)

⁶ Rey-Debove/Rey, *Le Petit Robert*, 117; „die Tatsache für ein Individuum, einem Kollektiv (Rasse, Land, Klasse, Partei) zuzugehören. Zugehörigkeit zu einer Religion, einer Gemeinschaft, einer Gruppe. Politische, soziale, religiöse Zugehörigkeit.“ (übers. E.R.)

⁷ Vgl. McKenna, *La correspondance du jeune Bayle und ders./Leroux, L'édition électronique*

lie die Zugehörigkeit in ein nächst größeres Kollektiv – in diesem Falle das Netzwerk Jacobs über die Académie von Puylaurens – geschaffen wird. Dies ist vor allem auch vor dem Hintergrund zu bewerten, dass Jean seine beiden Söhne aus finanziellen Gründen nicht zur gleichen Zeit in Ausbildung schicken konnte, Pierre aber durch den Briefwechsel mit Jacob aus der Ferne bereits frühzeitig Zugang zum intellektuellen Netzwerk seines studierenden Bruders bekam.

Die familiäre Ausgangsbasis ist von Anfang an durch eine zweite und sehr markante Dimension von Zugehörigkeit geprägt, nämlich die religiös-konfessionelle. Welche Tragweite diese Form der Zugehörigkeit im jungen Leben Bayles spielt wird deutlich, als er zwischen dem 19. Februar 1669 und dem 21. August 1670 am Jesuitenkolleg in Toulouse studiert, zeitweise zum Katholizismus konvertiert, um schließlich am Ende jener Phase wieder zum Protestantismus zurückzukehren. McKenna und Leroux beschreiben anhand der Korrespondenz jenen Zeitraum der Konversion als „une catastrophe, car elle le [Pierre Bayle] coupe de sa famille (rappelez-vous que le père est pasteur du Carla et que le frère aîné l'est devenu aussi à cette date): c'est le silence total“.⁸ Erst als er Ende August bzw. Anfang September 1670 wieder zum Protestantismus zurück wechselt und bedingt durch drohende Verbannung und Enteignung gemäß einer abgeänderten Gesetzeslage unter dem Deckmantel des Edikts von Nantes nach Genf geht⁹, renkt sich auch das familiäre Verhältnis wieder ein. Das verlorene Schäfchen, wie McKenna und Leroux den späteren *philosophe de Rotterdam* treffend bezeichnen, hat sich mit dieser Eskapade aus dem Zentrum des protestantischen Netzwerks bewegt. Wenngleich dieses höchst familiär und stark regional geprägt ist, so werden doch parallel dazu alle hehren Hoffnungen an Jacob und dessen kirchliche Karriere gehängt, sodass der kleine Bruder zwar Teil des Netzes ist, ohne jedoch maßgeblichen Einfluss darauf auszuüben.¹⁰

Gezwungen, die nationale und damit dritte Dimension von Zugehörigkeit, nämlich zu Frankreich, mit dem Schritt nach Genf zu überwinden, erschließt sich Bayle nun neues soziales und besonders intellektuelles Terrain. In dieser Lebensphase beginnen jene Freundschaften, die für seinen weiteren Werdegang wegbereitend und prägend sind. Vincent Minutoli, Jacques Basnage, Jean-Baptiste de Rocolles, Antoine Léger und Bénédict Pictet gründen mit Pierre Bayle unter der Schirmherrschaft von Pierre Fabry einen intellektuellen Zirkel, mit dem sie sich als kleinere Gruppierung der *République des Lettres* wahrnehmen und dem Beispiel prominenter Vorbilder in Paris und Rouen folgen. Besonders in diesem Zirkel und dank dieser

de la correspondance de Pierre Bayle, 71.

⁸ McKenna/Leroux, L'édition électronique de la correspondance de Pierre Bayle, 73; „[diese Konversion ist] eine Katastrophe, da sie ihn von seiner Familie abtrennt (erinnern wir uns daran, dass der Vater Pastor von Carla ist und auch der ältere Bruder dies bereits zu jenem Zeitpunkt ist): Es herrscht komplettes Schweigen“. (übers. E.R)

⁹ Vgl. ebd., 73.

¹⁰ Vgl. ebd., 74.

Beziehungen durchlebt Bayle eine intellektuelle und sozialen Entwicklung¹¹, welche die wohl wichtigste Zugehörigkeit seines Lebens darstellen wird. Das unfreiwillig unstete Leben als Protestant und die damit verbundenen, durch äußere Gegebenheiten notwendigen Ortswechsel tragen dazu bei, dass Bayle weniger über ein örtlich-physisches Zuhause verfügt, wenngleich er von 1681 bis an sein Lebensende 1706 in Rotterdam lebt. Weitaus mehr Bedeutung kommt seinem späteren mental-intellektuellen Zuhause zu, welches die vierte Dimension der Zugehörigkeit darstellt und eben in jener Zeit in Genf seinen Ursprung nimmt. Doch zunächst wandelt er zwischen zwei Welten: Er befindet sich wie ein Bindeglied zwischen der ‚alten‘ Welt seiner Kindheit und Jugend in Carla und der ‚neuen‘, intellektuellen, akademisch-universitären Welt in Genf. In dieser Position sorgt er unter anderem dafür, dass das abgelegene Carla mit aktuellen Meldungen und Informationen versorgt wird, und versucht, beide Welten miteinander zu verbinden. McKenna weist jedoch zurecht darauf hin, dass Bayle psychologisch hin- und hergerissen bleibt zwischen den familiären Wurzeln und der *République des Lettres* in Genf.¹²

Diese Beobachtung weist auf ein Problem hin, das von ganz grundlegender Natur ist. Generell sind Überlagerungen und Mischformen verschiedener Zugehörigkeiten einer einzelnen Person möglich. So schließen sich beispielsweise nationale, kulturelle und religiöse Anbindungen an soziale Gruppierungen nicht zwangsläufig gegenseitig aus, sondern bergen das Potenzial zur Ausbildung von Überlappungen. Und dennoch kann eine Kombination mehrerer Zugehörigkeiten je nach Konstellation zu Konflikten für die betroffene Person führen, wenn sie sich einander ausschließenden Kollektiven oder konkurrierenden Gruppierungen anschließt. In Fällen von Exklusivität zwischen inkompatiblen Sozialkollektiven besteht dann nämlich die Gefahr der Exklusion, wie am Beispiel der Konversion Bayles deutlich wurde. In dem Moment, als er zum Katholizismus wechselt, treten die familiäre und die religiös-konfessionelle Zugehörigkeit in Konkurrenz zueinander, sodass Interdependenzen, d.h. Abhängigkeiten und ein komplexes Geflecht aus Bedingungen zwischen scheinbar einzelnen Zugehörigkeiten zum Vorschein kommen und in ganz eigener Dynamik auf den betroffenen Pierre einwirken. Das Kollektiv der Familie schließt ihn durch den zum Stillstand gekommenen Briefwechsel aktiv aus, was er zunächst passiv über sich ergehen lassen muss, und erst durch seine eigene Aktivität, nämlich die Rekonversion, verschafft er sich wieder Zugang zu seinem ursprünglichsten Sozialgefüge. Während die Frage der Zugehörigkeit an dieser Stelle in einem außerhalb seiner Person liegenden, den praktisch konkreten Lebensalltag bestimmenden Handlungsrahmen ausgehandelt wird, so verschiebt sich die Problematik später auf eine psychologische, innere Ebene, als Bayle sich selbst in der oben beschriebenen Zerrissenheit zwischen ‚alter‘ und ‚neuer‘ Lebenswelt wieder-

¹¹ Vgl McKenna/Leroux, L'édition électronique de la correspondance de Pierre Bayle, 75.

¹² Vgl. ebd., 76.

findet. Aus diesem inneren Konflikt heraus schlägt er schließlich aus eigenem Antrieb den Weg in Richtung des künftigen, geistig-intellektuellen Zuhauses ein, wenngleich sein neues soziales Umfeld Hilfestellung leistet. So ist es beispielsweise dem persönlichen Einsatz Pierre Jurieus zu verdanken, dass er 1675 den Posten als Professor für Philosophie und Geschichte an der *Académie protestante* von Sedan erhält.

Dieser Weg ins geistig-intellektuelle Zuhause wird 1681 von Ludwig XIV. im Rahmen der politischen, anti-protestantischen Maßnahmen besiegelt. Die damit einhergehende Schließung der *Académie protestante* treibt Bayle nämlich nach Rotterdam ins Exil, wo er an der neu gegründeten *École Illustre* den Lehrstuhl für Philosophie und Geschichte übernimmt und dort zwölf Jahre lang unterrichtet.¹³ Dass dieser Weg aber nicht nur steinig, sondern auch mit der Freude verbunden ist, die engen und wichtigen Freunde im Ort des Exils wiederzufinden und Jurieu als Kollegen anzutreffen, wird aus den Worten Eliabeth Labrousse deutlich. Ihre Beschreibung dieser Etappe der Bayl'schen Biographie hebt damit implizit den unvergleichlichen Zusammenhalt des protestantischen Netzwerks und in Anklängen der *République des Lettres* hervor.¹⁴ Zu unterstreichen ist außerdem, dass durch die beschriebene Freude über die Wiedervereinigung mit den Freunden eine Intensivierung der Zugehörigkeit bzw. des Zugehörigkeitsgefühls zu beobachten ist, sodass eine Verschiebung hin zu einem Zusammengehörigkeitsgefühl stattfindet.

3 Die Entstehung der Zusammengehörigkeit

Worin unterscheiden sich aber Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit? Beim Versuch einer Begriffsbestimmung auch an dieser Stelle hilft die Recherche in den bereits zitierten Wörterbüchern auf den ersten Blick nur wenig, da auch diese Begrifflichkeit nicht derart definitorisch ausgeprägt zu sein scheint, wie in der modernen Auffassung. Verschiedene denkbare Komposita, wie beispielsweise *sentiment de solidarité* oder *identité de groupe* scheiden aus, da sie die Bedeutungsnuance der Gemeinsamkeit und des Zusammenhalts nicht passend abbilden können. Und so birgt schlicht der Begriff der *union* jene Nuance in sich, welche über die oben diskutierte *appartenance* hinaus geht. Im *Dictionnaire de l'Académie Française* wird die *union* als „[j]onction de plusieurs choses ensemble“¹⁵ beschrieben, was an gleicher Stelle unter anderem noch weitergeführt wird: „On appelle, *Esprit d'union*, Un

¹³ Vgl. Labrousse, Pierre Bayle 1, 165f.

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ *Dictionnaire de l'Académie Française*, Band II, 648; „Verbindung mehrerer Dinge miteinander [...]“ (übers. E.R.)

esprit de paix & de concorde.“¹⁶ Die *Encyclopédie* verfolgt eine ähnliche Bedeutungsschiene mit der Angabe: „UNION, JONCTION, (Synonyme.) l’union regarde particulièrement deux différentes choses, qui se trouvent bien ensemble.“¹⁷ Littré reiht sich ebenfalls in diese Definitionslinie ein, achtet dabei jedoch auf eine detaillierte Erfassung verschiedenster Bedeutungsnuancen, sodass er unter anderem die *union* in einem übertragenerem Sinne als „[c]oncorde, bonne intelligence, liaison“¹⁸ beschreibt. Und gerade diese Nuancierung macht die Idee der Zusammengehörigkeit für den Kontext einer intellektuellen Verbundenheit griffiger, da sie die geistige Dimension einer *union d’esprit*¹⁹ berücksichtigt. Larousse tat es Littré gleich und beschrieb einerseits die *union* als „[l]iaison, intimité, conformité d’efforts ou de pensées“ und „[a]ssociation entre plusieurs personnes“²⁰ und andererseits die *concorde* als „[u]nion des esprits qui produit la paix“²¹, wobei sich der Aspekt des Friedens bzw. des Harmonisierens innerhalb einer Gruppe besonders halten wird, wie die moderne Definition im *Petit Robert* zeigt.²² Schließlich behält auch der Begriff der *union* über die Jahrhunderte hinweg den Bedeutungsgehalt einer Verbindung bzw. Zusammenkunft von Personen, welche auf gemeinsamen Interessen beruht.²³ So ist also der deutsche Begriff der Zusammengehörigkeit in seinem französischen Pendant der *union* abzubilden und mit der Bedeutungsausprägung der *concorde* als der *union des esprits* zu konturieren.

Durch diese Begriffsbestimmung kristallisiert sich der zentrale Unterschied zwischen Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit heraus, nämlich die Qualität und die Intensität der zwischenmenschlichen Beziehungen und die soziale Verortung der einzelnen Person in verschiedenen Beziehungsgeflechten auf der Basis von

¹⁶ Dictionnaire de l’Académie Française, Band II, 648.; „Man bezeichnet als Zusammengehörigkeit im Geiste den Frieden und die Eintracht im Geiste.“ (übers. E.R.)

¹⁷ Encyclopédie, Band XVII, 1765, 384; „Die Einheit betrachtet insbesondere zwei verschiedene Sachen, die sich gut zusammenfinden.“ (übers. E.R.)

¹⁸ Littré, Band 4, 1874, 2392; „Eintracht, gutes Verstehen, Verbindung“ (übers. E.R.)

¹⁹ Vgl. Littré, Dictionnaire, Band I, 1873, 716 den Eintrag zu *concorde*.

²⁰ Larousse, Grand dictionnaire, Band 15, 1876, 651; „Verbindung, Vertrautheit, Ähnlichkeit der Anstrengungen oder der Gedanken; Verbindung zwischen mehreren Personen“. (übers. E.R.)

²¹ Ders., Grand dictionnaire, Band 4, 1869, 854; „Zusammengehörigkeit im Geiste, die Frieden schafft“. (übers. E.R.)

²² Vgl. Rey-Debove/Rey, Le Petit Robert, 499; „Paix, harmonie qui résulte de la bonne entente entre les membres d’un groupe.“ („Frieden, Harmonie, die aus dem guten Einvernehmen zwischen den Mitgliedern eine Gruppe resultiert.“ übers. E.R.)

²³ Vgl. ebd., 2656; „Entente entre des personnes liées par des intérêts communs.“ („Eintracht zwischen Personen, welche durch gemeinsame Interessen miteinander verbunden sind.“ übers. E.R.)

Gemeinsamkeiten hinsichtlich persönlicher, geistiger und intellektueller Neigungen. So mag also die Verschiebung des Lebensmittelpunkts ins niederländische Exil zwar als einschneidendes und wohl auch schmerzliches Ereignis im Leben Pierre Bayles wirken, sie zeichnet sich jedoch gleichzeitig durch die Intensivierung seiner eigenen Vernetzung in eben jenem Sozialgefüge aus Gleichgesinnten aus, sodass der Weg in die Fremde vielmehr zu einem Weg in das wirklich geistige Zuhause wird.

Der Eintritt in die *République des Lettres* über die hugenottische Diaspora in Rotterdam stellt die Weiche für den umfangreichen Schaffensprozess und damit für sein gesamtes Lebenswerk. Ab 1682, so dokumentiert es Gianluca Mori in seiner Übersicht über die Bayl'schen Publikationen²⁴, entsteht sukzessive eine Vielzahl von Schriften, zwischen denen besonders die *Nouvelles de la République des Lettres* (1684–1687) und das *Dictionnaire historique et critique* (1697¹ und 1702²) herausragen. Beide Werke zeugen in ihrer jeweils eigenen Ausprägung von einem Sinn für Solidarität, Loyalität und Gemeinschaft, sodass das Ideal der Zusammengehörigkeit innerhalb der Gelehrtenrepublik deutlich spürbar wird. Durch die literarische Zeitschrift einerseits und durch das enzyklopädische Großprojekt andererseits floriert eine gelebte europäische Gelehrtenkultur gegen Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts.

Was unter einer ‚gelebten europäischen Gelehrtenkultur‘ zu verstehen ist, lässt sich an zwei Beispielen veranschaulichen. In der *Préface* der ersten Ausgabe der *Nouvelles de la République des Lettres* schreibt Bayle in den Ausführungen zur Zielsetzung:

Il ne s'agit point ici de Religion : il s'agit de Science : on doit donc mettre bas tous les termes qui divisent les hommes en différentes factions, & considerer seulement le point dans lequel ils se réunissent, qui est la qualité d'Homme illustre dans la Republique des Lettres. En ce sens-là tous les Sçavans se doivent regarder comme freres, ou comme d'aussi bonne maison les uns que les autres. Ils doivent dire,

Nous sommes tous égaux

Nous sommes tous parens [...].²⁵

Im Bereich der Wissenschaft also sind die Differenzen, welche sonst die Menschen voneinander trennen, zu Gunsten der einen zentralen Gemeinsamkeit aufzugeben,

²⁴ Vgl. Mori, *Œuvres de Bayle*, besonders 2–7.

²⁵ Bayle, *Nouvelles de la République des Lettres*, März 1684, 10. „Hierbei handelt es sich nicht um Religion: Es handelt sich um Wissenschaft: Man muss also alle Begrifflichkeiten niederlegen, welche die Menschen in verschiedene Gruppen teilen, und nur den Punkt betrachten, in dem sie sich vereinen, welcher die Eigenschaft des verdienten Gelehrten in der République des Lettres ist. In diesem Sinne sollen sich alle Gelehrten als Brüder betrachten, oder als aus gleich gutem Hause stammend die einen wie die anderen. Sie sollen sagen: Wir

nämlich der Bruderschaft im Geiste, welche die Mitglieder der *République des Lettres* eint. Durch den Appell an die Gleichheit sowie durch die gesamte Anlage der Zeitschrift gelingt es Bayle bereits in den Jahren zwischen 1684 und 1687, ein weit verstreutes, internationales Publikum für sich zu gewinnen, was ihm besonders einige Jahre später bei der Arbeit am *Dictionnaire* von größtem Nutzen sein wird. Wie bereits in den obigen Ausführungen deutlich wurde, pflegt er stetig seine zunehmend internationale Korrespondenz und baut dadurch sein Netzwerk kontinuierlich aus, das sich aus einer Vielzahl von europäischen Gelehrten zusammensetzt und sich über die Niederlande, Frankreich, England, Deutschland und Italien erstreckt.²⁶ Antony McKenna arbeitete unter anderem heraus, wie durch diese umfangreiche Korrespondenz und den damit verbundenen fachlichen, wissenschaftlichen Austausch aus einem zunächst biographischen Wörterbuch – in Teamarbeit – durch kritisches, intellektuelles Debattieren ein hoch komplexes historisches, theologisches und philosophisches Wörterbuch entstehen konnte. Die Kollegen und Freunde stellten nämlich für Bayle Nachforschungen an, ließen ihm Zitate aus Büchern zukommen, zu denen er selbst keinen Zugang hatte, kommentierten bereits verfasste Passagen, diskutierten Quellen mit ihm und trugen damit maßgeblich zum Aufbau eines zuverlässigen historischen Wissensbestands bei.²⁷

Aus dieser Teamarbeit heraus und aus der Dynamik eines Zusammengehörigkeitsbewusstseins ist es also nicht weiter verwunderlich, dass Bayle in seiner sehr positiven Verankerung in der Gelehrtenrepublik sich folgendermaßen in der Fußnote D zum Artikel CATIUS äußert:

Cette Republique est un état extrêmement libre. On n'y reconoît que l'empire de la verité & de la raison ; & sous leurs auspices on fait la guerre innocemment à qui que ce soit. Les amis s'y doivent tenir en garde contre leurs amis, les peres contre leurs enfans, les beaux-peres contre leurs gendres [...]. Il est bien aisé de conoître pourquoi la Puissance Souveraine a dû laisser à chacun le droit d'écrire contre les Auteurs qui se trompent, mais non pas celui de publier des satires. C'est que les satires tendent à depouiller un homme de son honneur, ce qui est une espece d'homicide civil [...]. On n'a rien de commun avec les faiseurs de libelles diffamatoires : on n'avance rien sans preuve ; on

sind alle gleich, Wir sind alle verwandt [...].“ (übers. E.R.)

²⁶ Die Korrespondenz von Bayle erstreckt sich besonders über folgende Städte: Rotterdam, Amsterdam, Den Haag, Leiden, Gouda, Deventer, Paris, Genf, Dijon, Metz, Aix-en-Provence, Beauvais, Bordeaux, Berlin, Hannover, London, Oates, Salisbury, Florenz. (vgl. McKenna, *Une certaine idée*, 39-146).

²⁷ Vgl. McKenna, *Du dictionnaire biographique*.

se porte pour témoin & pour accusateur [...] ; on court le même risque qu'on fait courir [...].²⁸

In diesem Sinne wird hier der Entwurf eines Arbeitsethos skizziert, einer mentalen Grundeinstellung zur Arbeit in der Gelehrtenwelt. Bayle formuliert das Selbstverständnis einer Gruppe, welche sich durch eine Vorstellung von Zusammengehörigkeit und auch von Zugehörigkeit auszeichnet, auf der Basis von Gleichheit und Unabhängigkeit bzw. Freiheit. Damit wird hier sozusagen ein virtueller, übernationaler, geistiger Raum erschlossen, in dem sich Menschen gleicher Gesinnung mit gleichen Grundwerten bewegen. Das Funktionieren der Gemeinschaft in diesem Raum ist (idealerweise) zusätzlich gekennzeichnet durch den respektvollen Umgang miteinander und durch das Bestreben, zuverlässige Wissensbestände gemeinsam kritisch aufzubauen. Das gleiche Fundament und die gleichen Visionen verbinden also.

Eine Einschränkung muss an dieser Stelle jedoch gemacht werden. Dieser von Bayle beschriebene Idealzustand der *République des Lettres*, des gemeinsamen Grundstocks an Werten und Überzeugungen, der respektvollen, wenngleich fachlich harten, Auseinandersetzung und des loyalen Zusammenwirkens ist in der Tat ein in der Realität nie vollständig umsetzbarer Idealzustand. Denn vor nachlässigen oder unverschämten Zeitgenossen ist man nie gefeit. So greift McKenna exemplarisch die beiden Passagen aus je einem Brief von Bayle an Nicaise vom 27. April 1693 und aus einem Brief von Nicaise an Bayle vom 30. April 1696 heraus, worin die beiden Gelehrten über die Faulheit und Unzuverlässigkeit von Johan de Witt schreiben, welcher schließlich aufgrund der Missachtung des Regelkodexes des Netzwerks aus der *République des Lettres* ausgeschlossen wird.²⁹ Der unverzeihliche Fehler von Nicolas Thoynard wird ebenfalls thematisiert, nämlich das Verlieren bzw. das wahrscheinlich bewusste Vorenthalten von Briefen, die für die Gruppenkommunikation zwischen den Mitgliedern der *République des Lettres* verfasst waren und damit unter ihnen zirkulierten und weitergereicht wurden.³⁰ Auch dieses

²⁸ Bayle, *Dictionnaire historique et critique*, Band 1, 859. „Diese Republik ist ein extrem freier Staat. Man erkennt dort nur die Hoheit der Wahrheit und der Vernunft an; und unter ihren Vorzeichen führt man unschuldig Krieg gegen wen auch immer es sei. Die Freunde müssen sich dort gegenüber ihren Freunden in Acht nehmen, die Väter vor ihren Kindern, die Schwiegerväter vor ihren Schwiegersöhnen [...]. Es ist wohl einfach zu verstehen, warum die Höchste Macht jedem das Recht überlassen haben muss, gegen Autoren zu schreiben, die sich irren, nicht aber jenes [Recht], Satiren zu publizieren. Die Satiren zielen darauf ab, dem Menschen seine Würde zu entreißen, was einer Art bürgerlichen Totschlags gleichkommt [...]. Mit Verfassern diffamierender Schmähchriften hat man nichts gemein: man behauptet nichts ohne Beweis; man ist Zeuge und Ankläger [...]; man läuft der gleichen Gefahr, die von einem selbst ausgeht.“ (übers. E.R.)

²⁹ Vgl. McKenna, *Une certaine idée*, 144.

³⁰ Vgl. ebd., 144 f.

Verhalten wurde als Vergehen gegen die Zusammengehörigkeit im Sinne einer *union d'esprit* mit dem Ausschluss aus dem Netzwerk geahndet, da es der bedingungslosen Kollegialität entbehrt und nicht dem gemeinsamen Geist der internationalen Gelehrtengruppe entspricht.

Abgesehen von diesen einzelnen Ausreißern ist der starke Zusammenhalt in der *République des Lettres* jedoch als bemerkenswert einzuschätzen. In einer Zeit weit vor Kommunikationsmöglichkeiten der modernen Medienwelt wird von einer Vielzahl an Gelehrten ein umfangreicher intellektueller Austausch über verschiedenste Grenzen hinweg gepflegt³¹ und in einem Bewusstsein über Zusammengehörigkeit und Arbeitsethos der eigene Beitrag in das Ensemble des Netzwerks eingespeist. Welch Tragweite sich aus einer derartigen Konstellation entfalten kann, wird sichtbar, betrachtet man die Entstehung des *Dictionnaire historique et critique*.

4 Das *Dictionnaire historique et critique* – ein Werk in Zu(sammen)arbeit

Mit dem *Projet et fragmens d'un Dictionnaire critique* startet Bayle 1692 – modern gesprochen – eine Meinungsumfrage, um bei seinen Lesern und Kollegen das Interesse an einem von ihm geplanten Wörterbuch auszuloten. Da die Reaktionen mitelmäßig enthusiastisch ausfielen, überdachte er seine ursprüngliche Zielsetzung der akribischen Fehlerkorrektur des *Grand dictionnaire historique* von Louis Moréri. Wie sich der Entwicklungsprozess weg von einer Sammlung fehlerhafter Angaben aus einem Vorgängerwerk hin zu einer hoch kritischen und komplexen historiographisch zuverlässigen Schrift gestaltete, wird von McKenna auf die Zusammenarbeit der Gelehrtengruppe zurückgeführt.³² Er stellt heraus, wie die Arbeit am *Dictionnaire* und ein damit verbundenes Funktionieren des Netzwerks der *République des Lettres* von statten ging. Was zeichnet das Netzwerk jedoch qualitativ aus? Neben den von McKenna kurz erwähnten notwendigen drei Voraussetzungen für eine Deontologie der Kommunikation – Vertrauen, Diskretion, Loyalität³³ – lassen sich drei weitere Qualitätsmerkmale für die Zusammenarbeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl extrapolieren.

An erster Stelle zeichnen sich die Mitglieder der *République des Lettres*, und so auch Bayle selbst, durch hohe wissenschaftliche und fachliche Kompetenz aus. Sein eigenes Vorgehen bei der akribischen Quellenarbeit wird durch die Zuarbeit der Kollegen forciert: Sie schicken ihm Zitate zu; sie prüfen in Fällen, in denen er keinen Zugang zu den betreffenden Schriften hat, für ihn Zitate; sie leisten fachliche

³¹ Zum Thema der vielfältigen Grenzüberschreitungen vgl. Rothenberger, *Transitions frontalières*.

³² Vgl. McKenna, *Du dictionnaire biographique*.

³³ Vgl. ebd., 70.

Expertise; sie reichen detaillierte Informationen weiter. Dies dokumentiert Bayle durch die wertschätzende Nennung seiner Informanten. In der Anmerkung B des Artikels MARTELLIUS beispielsweise verweist er darauf, dass „Mr. Thomassin Mazaugue Conseiller au Parlement d'Aix, a bien voulu se donner la peine de m'instruire des particularitez suivantes [...]“. ³⁴ Und in der Anmerkung Q des Artikels GUISE (Henri de Lorraine, duc de; fils aîné du précédent) schreibt er gegen Ende: „Mr. Marais Avocat au Parlement de Paris a eu la bonté de m'envoyer la copie qu'il avoit faite de cet acte. Il m'a communiqué aussi des observations sur mon Dictionnaire, qui me donnent une haute idée de son esprit, & de son érudition.“ ³⁵ Die Wertschätzung von Kollegen und ihrer Expertise wird an zahlreichen Stellen im *Dictionnaire* dokumentiert und zeugt von einem respektvollen Umgang mit jenen Personen, die den eigenen hohen Ansprüchen gerecht werden. Im Gegenzug werden die nachlässigen Zeitgenossen genauso benannt und ihre mangelhaften Arbeiten kritisch aufgearbeitet. ³⁶

Diese Dimension der fachlichen Expertise geht zweitens einher mit einem gemeinsamen, wahrhaftigen Interesse an den Themen, welche aufgeworfen werden und die Zusammenarbeit mit Bayle motivieren, und am *Dictionnaire* selbst. Wenn gleich anfangs die Reaktionen auf das *Projet et fragmens d'un Dictionnaire critique* kaum begeistert ausfielen, so gewann das bayl'sche Schaffen durch das zunächst ausbleibende Interesse eine neue Dynamik. Die Änderung des ursprünglichen Konzepts, welches die Züge des Historikers und klassischen Philologen tragen, „qui,

³⁴ Bayle, *Dictionnaire historique et critique*, Band 2, 2077; [...], „[dass] Herr Thomassin Mazaugue, Abgeordneter im Parlament von Aix, gewillt war, sich die Mühe zu machen, mich über folgende Besonderheiten in Kenntnis zu setzen [...]“. (übers. E.R.)

³⁵ Ebd., ; „Herr Marais, Anwalt am Parlament von Paris, besaß die Güte, mir eine Kopie der Akte zu schicken, welche er von diesem Fall angefertigt hat. Er hat mir auch Anmerkungen über mein Wörterbuch mitgeteilt, welche mir eine hohe Vorstellung von seinem Geist und seiner Gelehrsamkeit vermitteln.“ (übers. E.R.)

³⁶ Um nur ein anschauliches Beispiel zu geben vgl. FERRARE, Führtext („Un historien (B) moderne assure qu'elle [Renée de France, Duchesse de Ferrare] possedoit une vaste érudition. Il conte beaucoup de choses qui sont les unes (C) très-fausces, les autres douteuses touchant le voiage de Calvin à la Cour de cette Princesse.“ / „Ein moderner Historiker versichert, dass sie eine breite Bildung hatte. Er erzählt viele Dinge, wovon die einen sehr falsch und die anderen fragwürdig sind, was die Reise von Calvin an den Hof dieser Prinzessin betrifft.“) und die zugehörige Anm. C („Un historien [Antoine Varillas], qui se rend coupable de tant de mensonges sur des choses si aisées à bien rapporter, ne mérite pas beaucoup de créance à l'égard des conversations particulières qu'il suppose entre la duchesse de Ferrare et Calvin.“ / „Ein Historiker, der sich so vieler Lügen schuldig macht über Dinge, die einfach zu berichten wäre, verdient nicht viel Glaubwürdigkeit hinsichtlich der besonderen Konversationen, die er zwischen der Baronin von Ferrara und Calvin annimmt.“) in Bayle, *Dictionnaire historique et critique*, Band 2, 1231f. (beide Zitate übers. E.R.)

d'une plume un peu pédant, corrige les fautes de son prédécesseur“³⁷, haben zur Folge, dass in den Jahren des Schreibens das Interesse, ja sogar eine gewisse Ungeduld spürbar wird, ob des Erscheinens des Meisterwerks, was Nedergaard anhand verschiedenster Zitate aus Briefen der Korrespondenz Bayles sukzessive aufzeigt. Und gleichzeitig ist das zunehmende Interesse der Kollegen gepaart mit einem Engagement, selbst etwas zu dem entstehenden und bereits faszinierenden Werk beizutragen zu wollen, was sich – wie oben bereits skizziert – in der bereitwilligen Zusammenarbeit und der umfangreichen Korrespondenz manifestiert. Es findet ein geistiger Austausch statt, der sich durch ein Geben und Bekommen auszeichnet und somit die Gelehrtenwelt in diesem Kontext zusammenschweißt.

In dieser Zu(sammen)arbeit verbirgt sich zudem an dritter Stelle der Aspekt der gemeinsamen Perspektive, der gemeinsamen Vision, welche eine kreative Schaffensenergie bei Bayle und seinen gelehrten Mitstreitern hervorruft. Diese konstituiert maßgeblich das wissenschaftliche Arbeiten und dies besonders im Bereich der Geschichtsschreibung, wie McKenna hervorhebt: „Le *Dictionnaire* doit donc être envisagé comme le produit d'une collaboration savante, fruit du labeur d'une communauté d'érudits qui [...] œuvrent à la construction de la certitude dans le domaine de l'historiographie“.³⁸ Das gemeinsame Ziel des systematischen und damit methodologischen Aufbaus wissenschaftlicher Beweisführung wird zum Handlungsmotor einer ganzen Gelehrtengruppe. Labrousse stellt Beobachtungen zur Methode Bayles an, verfolgt dabei ebenfalls die Frage nach dem *Wie* des bayl'schen Vorgehens und gelangt schließlich ebenfalls zu Überlegungen rundum wissenschaftliche Werte wie Validität, Zuverlässigkeit, Unparteilichkeit und Glaubwürdigkeit.³⁹ Die Verortung von Bayle im sozialen Gefüge der *République des Lettres* bleibt eher im Hintergrund, sodass der qualitative Zugewinn für die Gemeinschaft durch die Kollaboration mit eben dieser eine Weiterführung des Labrouss'schen Gedankengangs darstellt. In Teamarbeit wird an den Werten und damit am gemeinsamen Arbeitsethos gefeilt, die eine kritische Geschichtsschreibung ermöglichen sollen. Aufgrund der Tatsache, dass Informationen in Briefformat von einer Vielzahl an kompetenten Korrespondenten gelesen und weiter verwertet werden, ist eine kontinuierliche Qualitätskontrolle gegeben. Natürlich kann nicht jedes wachsame Auge in vollem Umfang über die Validität einer Aussage entscheiden. Dafür bedarf es eben der Vereinigung der Kompetenzen aller Gruppenmitglieder und es

³⁷ Nedergaard, *La genèse*, 214; „der, mit einer etwas pedantischen Feder, die Fehler seines Vorgängers korrigiert.“ (übers. E.R.)

³⁸ McKenna, *Du dictionnaire biographique*, 76; „Das *Dictionnaire* muss somit als das Produkt einer gelehrten Zusammenarbeit betrachtet werden, die Frucht harter Arbeit einer Gemeinschaft von Gelehrten, die [...] an der Konstruktion der Gewissheit im Bereich der Geschichtsschreibung arbeiten.“ (übers. E.R.)

³⁹ Vgl. Labrousse, *Hétéroxie et Rigueur*, und darin besonders die Kapitel 1, 2, 3 und 15.

ist in der Tat das von McKenna bereits erwähnte Vertrauen notwendig, in die Zuverlässigkeit der Mitstreiter.

Aus dem Konglomerat an wissenschaftlicher Kompetenz, engagiertem Interesse und fachlicher, anspruchsvoller Vision zieht Bayle neben den Ressourcen an eigenem Wissen und Geist die Energie und auch einiges an Material für sein Meisterwerk. Durch die Zusammengehörigkeit und die Gemeinsamkeiten der Gruppe, das Ankommen im mentalen sozialen Gefüge kann er sich intellektuell entfalten und lebt durch den Austausch. Es ist überlebenswichtig für den *philosophe de Rotterdam*, sozialisiert und vernetzt zu sein, weil damit seine eigene Identität verbunden ist, all das, was sein hoch intellektuelles Sein ausmacht, das nach Entfaltung und Selbstverwirklichung strebt. Der Mensch als Sozialwesen ist auf eine wie auch immer geartete Vernetzung angewiesen, was auch McKenna hervorhebt, indem er zusammenfassend über die Bedeutung des Netzwerks schreibt:

l'importance du réseau, qui confère une identité intellectuelle, culturelle et sociale; [...] il [l'homme] s'identifie et il est identifié par les autres au moyen des réseaux de relations qu'il entretient ou plutôt dont il fait partie et qui l'entretiennent: le réseau est le corps de membres pesants et agissants, la communauté invisible qui donne vie et identité à l'individu: par le réseau, l'individu entre dans l'espace relationnel de la société, hors du réseau, point de vie sociale.⁴⁰

Somit ist also der Bayl'sche Lebensweg in der Tat als ein Weg zu sich selbst zu verstehen, ausgehend von den verschiedenen Zugehörigkeiten zu einzelnen sozialen Gruppen, mit denen Identifikationsmöglichkeiten bestehen, bis hin zu einem umfassenden Ankommen im mentalen, intellektuellen Zuhause, das sich durch die Zusammengehörigkeit mit Gleichgesinnten auszeichnet und woraus sich letztlich der kreative Schaffensprozess am *Dictionnaire historique et critique* speist.

5 Schluss

Mit den Fragen nach der Zugehörigkeit und der Zusammengehörigkeit sowie deren Rolle in Bayles Leben lässt sich zusammenfassend festhalten, dass beide Dimensi-

⁴⁰ McKenna/Leroux, L'édition électronique de la correspondance de Pierre Bayle, 80; „die Wichtigkeit des Netzwerks, das eine intellektuelle, kulturelle und soziale Identität zuweist; er [der Mensch] identifiziert sich und wird von den anderen identifiziert, mittels des Beziehungsgeflechts, das er pflegt oder besser wovon er Teil ist und derer, die es pflegen: das Netzwerk ist der Körper zu Gliedmaßen, welche abwägen und handeln, die unsichtbare Gemeinschaft, die dem Individuum Leben und Identität spendet: über das Netzwerk tritt das Individuum in den Raum des Beziehungsgeflechts der Gesellschaft ein, außerhalb des Netzwerks, kein Sozialleben.“ (übers. E.R.)

onen des menschlichen Beziehungsgeflechts in seiner vorwiegend sozialen Ausprägung eine klar sichtbare Auswirkung in Bezug auf sein Werk haben. Wenngleich beide Begriffe zunächst voneinander abgetrennt und in diachroner Abfolge aufeinander betrachtet wurden, so gilt es jedoch darauf hinzuweisen, dass keine Reinformen oder exklusive Bedingungen gelten. Verwebung und Überlappung von Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit sind stets mitzudenken, da ja beispielsweise die familiäre Zugehörigkeit nicht abrupt endet und anschließend vollständig durch die Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit Bayles zur *République des Lettres* abgelöst wird. Denn gegenüber seinen Brüdern Jacob und Joseph besteht, wie Hubert Bost aus der Korrespondenz der Brüder herausarbeitet⁴¹, grundsätzlich eine tiefere Verbundenheit, als die oben dargestellten Beobachtungen zur familiären Zugehörigkeit suggerieren mögen. Beide Parameter sind also an und in sich dynamisch zu verstehen und lassen zweifellos Überlappungen zu.

Darüber hinaus wird die Komplexität des menschlichen Daseins deutlich, insofern dass äußere Parameter und Gegebenheiten in einem subtilen Wechselspiel mit der inneren Veranlagung der betreffenden Person stehen und Einfluss auf den Lebensweg nehmen. Zu den äußeren Parametern zählen hierbei definitiv die Zugehörigkeiten zu den unterschiedlichen sozialen Gruppierungen, in denen die Person ihre Rolle einnimmt und dann entsprechend unterschiedlich emotional eingebunden ist. Je tiefgreifender diese emotionale, intellektuelle, geistige Verbundenheit und Verankerung sich gestaltet, desto intensiver fließt das Gefühl der Zusammengehörigkeit in das Beziehungsgeflecht ein und wirkt sich auf die Dynamik des Handelns hinsichtlich des persönlichen Engagements aus, wie es sich am Entstehungsprozess des *Dictionnaire historique et critique* zeigte. Aufgrund der Tatsache, dass Bayle Zeit seines Lebens eine rege Korrespondenz pflegte und diese durch das Exil in Rotterdam noch eine Intensivierung erfährt, bringt er sich mit seinem Wissen und seiner Arbeit höchst aktiv in die *République des Lettres* ein, woraus er wiederum selbst Energie und Wissen zieht. Das Handeln im Netzwerk ist also vital und wirkt sich auf seine Tätigkeit als Autor und Philosoph maßgeblich aus. Durch den permanenten intellektuellen Austausch wird zum einen in der Gruppe der Gelehrten methodologisch, fachlich, wissenschaftlich an hohen Werten eines Arbeitsethos geheilt; zum anderen entsteht auf einer inhaltlichen Ebene ein hochwertiges Wörterbuch bzw. eine akribisch geprüfte und diskutierte Sammlung an Wissensbeständen, die von der Antike bis in die Gegenwart Bayles reicht. Und so muss sein *Dictionnaire historique et critique* als das komplexe Produkt eines vielschichtigen Bezie-

⁴¹ Vgl. zum Verhältnis Bayles zu seinen Brüdern den Artikel von Bost, Bayle et ses frères.

hungsgeflechts gewertschätzt werden, das durch Teamarbeit und pedantische Einzelarbeit in einer umfassenden Vernetzung aus Zugehörigkeiten und Zusammengehörigkeiten als Lebenswerk des *philosophe de Rotterdam* entstehen konnte.

Literaturverzeichnis

- Bayle, Pierre, *Nouvelles de la République des Lettres*, Amsterdam März 1684.
- , *Projet et fragmens d'un Dictionnaire critique*, Rotterdam 1692.
- , *Dictionnaire historique et critique*, 2. Aufl., Rotterdam 1702.
- Bost, Hubert, Pierre Bayle et ses frères: les enseignements de la correspondance, in: Robert, Philippe de (Hrsg.), *Le rayonnement de Bayle*, Oxford 2010, 97–114.
- Bunge, Wiep van (Hrsg.), *Pierre Bayle (1647 - 1706), le philosophe de Rotterdam : philosophy, religion, and reception*, Leiden 2008.
- Dictionnaire de l'Académie Française*, 1. Aufl., 2 Bände, Paris 1694.
- Dibon, Paul (Hrsg., et al.), *Pierre Bayle, le philosophe de Rotterdam*, Paris 1959.
- Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers*, 1. Aufl., 17 Textbände und 11 Tafelbände, Paris 1751–1772.
- Labrousse, Elisabeth, *Pierre Bayle – Hétérodoxie et Rigorisme*, 1. Aufl., Band 2, La Haye 1964.
- , *Pierre Bayle – Du Pays de Foix à la Cité d'Erasmus*, 2. Aufl., Band 1, Dordrecht 1985.
- Larousse, Pierre, *Grand dictionnaire universel du XIX^e Siècle*, 1. Aufl., 15 Bände & 2 Zusatzbände, Paris 1866–1877.
- Littré, Émile, *Dictionnaire de la langue française*, 1. Aufl., 4 Bände, Paris 1873–1874.
- McKenna, Antony, *La correspondance du jeune Bayle : Apprentissage et banc d'essai de son écriture*, in: *Revue d'histoire littéraire de France*, vol. 103, N° 2, 2003, 287–300.
- , Leroux, Annie, *L'édition électronique de la correspondance de Pierre Bayle et l'étude de ses réseaux relationnels*, in: Robert, Philippe de (Hrsg.), *Le rayonnement de Bayle*, Oxford 2010, 61–96.
- , *Du dictionnaire biographique à l'histoire critique : le travail d'équipe dans le Dictionnaire historique et critique de Pierre Bayle*, in: Mombert, Sarah/Rosellini, Michèle, *Usages des vies – Le biographique hier et aujourd'hui (XVII^e – XXI^e siècle)*, Toulouse 2012, 63–77.
- , *Une certaine idée de la République des Lettres : l'historiographie de Pierre Bayle*, in: ders., *Études sur Bayle*, Paris 2015, 139–177.
- Mori, Gianluca, *Les Œuvres de Bayle*, http://bayle-correspondance.univ-st-etienne.fr/gallery/main.php?g2_view=core.DownloadItem&g2_itemId=1631 [Zugriff 23.09.2020].
- Nedergaard, Leif, *La genèse du «Dictionnaire historique et critique» de Pierre Bayle*, in: *Orbis litterarum*, vol. 13, 1958, 210–227.
- Rey-Debove, Josette/Rey, Alain (Hrsg.), *Le Petit Robert – Dictionnaire alphabétique et analogique de la langue française*, Paris 2017.

Rothenberger, Eva, Transitions frontalières et leur influence dynamisante dans le *Dictionnaire historique et critique* in: Greilich, Susanne/Lüsebrink, Hans-Jürgen, Écrire l'encyclopédisme, du XVII^e siècle à nos jours, Paris 2020, 21–37.

Vorlesungsverzeichnisse als Quellen historischer Weltbilder. Die Geschichtslehre an der Universität zu Köln von der Weimarer Republik bis zum Ost-West-Konflikt

MATTHIAS LEHMANN

1 Einleitung

„Die Historiker unter uns wußten schon vorher, daß jede Gegenwart sich ein anderes Geschichtsbild macht“¹ – mit diesem Befund leitete der Kölner Historiker Peter Rassow 1953 sein Handbuch *Deutsche Geschichte im Überblick* ein. Folgen wir Rassows Befund, so steht das Geschichtsbild in starker Abhängigkeit vom Weltbild der jeweiligen Gegenwart. Doch wie kann man ein solches Geschichtsbild fassen? Wodurch wird ein Geschichtsbild geprägt und vermittelt? Hier scheint die Universität ein geeigneter Anknüpfungspunkt. Erstens forschen Historiker.innen der Universitäten zu Themenkomplexen, Ereignissen, Personen, Strömungen und Handlungsweisen der Vergangenheit. Zweitens vermitteln sie durch die Lehre ein bestimmtes Bild von Geschichte an eine neue Generation von Studierenden. Drittens leistet die Universität einen Transfer wissenschaftlicher Erkenntnis in die Öffentlichkeit. Aus der Forschung entsteht somit nicht nur ein akademisches, sondern ein gesamtgesellschaftliches Bild von Geschichte.

Wie lässt sich das an Universitäten vermittelte Geschichtsbild heute rekonstruieren? Hierzu bietet sich ein Medium an, welches auch noch heutige Studierende zur Auskunft über das Veranstaltungsangebot konsultieren: das Vorlesungsverzeichnis. Die Geschichte dieses Mediums weist – wie Ulrich Rasche in einem Aufsatz thematisiert – eine lange Tradition auf, die an manchen Universitäten bereits bis in das 16. Jahrhundert zurück reicht.² Der Historiker setzt sich darin mit dem Vorlesungsverzeichnis als Quelle für die Geschichtswissenschaft auseinander und geht auf Entstehung und Verbreitung des Mediums ein sowie dessen Nutzbarkeit als Quelle für die Lehre an den Universitäten des 17. bis 19. Jahrhunderts ein. Diese Überlegungen wurden jedoch nur in geringem Maße von weiteren Historiker.innen

¹ Rassow, *Deutsche Geschichte im Überblick*.

² Vgl. Rasche, *Vorlesungsverzeichnisse*, 445–478.

aufgegriffen. Obwohl beispielsweise Andreas Becker erneut auf den Wert von Vorlesungsverzeichnissen als historische Quellen hinweist,³ ist die bisherige Beachtung der Vorlesungsverzeichnisse als Quelle in der neueren Geschichtsforschung eher als marginal einzustufen; die wenigen Untersuchungen zu Vorlesungsverzeichnissen fokussieren zumeist die lateinischen Lektionskataloge der Frühen Neuzeit⁴.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Vorlesungsverzeichnissen, insbesondere denen des 20. Jahrhunderts, ist also offenkundig ein Desiderat der Forschung. Um diese Forschungslücke aufzuarbeiten, werden in diesem Beitrag Vorlesungsverzeichnisse der Universität zu Köln unter folgenden Fragestellungen untersucht: Können Vorlesungsverzeichnisse als Quelle zur Rekonstruktion eines Geschichtsverständnisses verwendet werden? Welche Probleme stellen sich bei der Arbeit mit solchen Quellen und wo liegen ihre Vorteile? Welche Informationen wurden durch die Verzeichnisse vermittelt und welche ausgespart? Diese Fragen sollen exemplarisch anhand der Vorlesungsverzeichnisse der Universität zu Köln beantwortet werden, um Rückschlüsse auf das Geschichtsverständnis der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu ziehen.

a) Die Universität zu Köln als Fallbeispiel

Für eine Untersuchung universitärer Lehre im 20. Jahrhundert bietet sich die Universität zu Köln an, da sie im Gegensatz zu vielen älteren Universitäten nicht auf eine lange Lehrtradition zurückblicken kann, wurde sie doch erst zu Beginn der Weimarer Republik gegründet: Zwar war die alte Universität zu Köln bereits im Jahre 1388 gegründet worden und zählte damit zu den frühesten Universitätsgründungen im deutschsprachigen Raum, wurde jedoch 1798 geschlossen. Erst im Jahre 1919 wurde die Universität als „neue Universität zu Köln“ „neu“ gegründet. Der Jubiläumsband *Die Neue Universität zu Köln – Ihre Geschichte seit 1919* analysiert die historische Entwicklung der Universität, fragt nach der Bedeutung gesellschaftlicher und politischer Einflüsse sowie der Situation von Studierenden und Lehrenden.⁵ Der Band ist im Rahmen eines Forschungsprojektes der Universität zu Köln entstanden, das unter Leitung von Ralph Jessen, Habbo Knoch und Hans-Peter Ull-

³ Vgl. Becker, Vorlesungsverzeichnisse als historische Quelle, 347–350. Becker betont zwar auch die vielfältigen Informationen, die Vorlesungsverzeichnisse vermittelten, beschäftigt sich aber insgesamt eher mit der Erhaltungs- und Konservierungssituation des Mediums.

⁴ S. exemplarisch für die Verzeichnisse der frühen Neuzeit und des 19. Jahrhunderts: Benrath, Heidelberger Vorlesungsverzeichnisse, 85–103; Blanke [u.a.], Historik als akademische Praxis, 182–255; Boockmann, Geschichtsunterricht und Geschichtsstudium, 161–185; Hinske, Das erste Auftauchen, 1–14; Bach [u.a.] (Hrsg.), ‚Gelehrte‘ Wissenschaft.

⁵ S. dazu Jessen [u.a.] (Hrsg.), Neue Universität zu Köln.

mann mehrere Teilaspekte der Geschichte der Universität zu Köln seit 1919 untersucht.⁶ Generell finden sich zur Geschichte der Universität zahlreiche Studien. Als Grundlagenwerk kann *Die Kölner Universitätsgeschichte* von Erich Meuthen gelten, der in drei Bänden die Geschichte der Universität eingehend betrachtet und eine Chronik der Ereignisse anlegt.⁷ Seit 1985 erscheint die Schriftenreihe *Studien zur Geschichte der Universität zu Köln*, die zum jetzigen Zeitpunkt 19 Bände zählt. Die neuesten Studien von Andreas Speer und Andreas Berger widmen sich der Verortung der „alten“ Kölner Universität in der europäischen Kulturgeschichte.⁸ Zur Geschichtslehre an der Universität zu Köln im 20. Jahrhundert fehlen bisher spezifische Untersuchungen im Hinblick auf die angebotenen Lehrveranstaltungen. Gerade zu den Vorlesungsverzeichnissen der Universität, welche inzwischen vollständig digitalisiert zugänglich sind, gibt es bisher keine eigenständigen Untersuchungen.

Ausgangspunkt des Untersuchungszeitsraums ist die Einrichtung der Philosophischen Fakultät zum Sommersemester 1920, der gesamte Untersuchungszeitraum deckt die ersten 40 Jahre ihres Bestehens ab. Als Primärquellen dienen die Vorlesungsverzeichnisse der Jahre 1919/20 bis 1959/60.⁹ Als Sekundärliteratur ist zunächst die *Universitätsgeschichte* von Erich Meuthen zu nennen, die mit ihrer chronologischen Listung Einblicke in den institutionengeschichtlichen Rahmen der Lehre bietet. Auch neuere Veröffentlichungen der Universität Köln zu bestimmten Zeitabschnitten, Studienbedingungen und Veränderungen der Forschungsschwerpunkte werden zu Rate gezogen. Zur besseren Einordnung und Analyse der Schwerpunkte und Überzeugungen der jeweiligen Dozierenden werden biographische Aufsätze, wie beispielweise Artikel aus dem deutschen Historikerlexikon¹⁰, zu den Lehrenden an der Universität zu Köln herangezogen. Eine Ausstellung der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln im Jahr 1984 war den Vorlesungsverzeichnissen gewidmet, ging allerdings in ihrem Begleitheft nur sehr oberflächlich auf das konkrete Lehrangebot ein.¹¹

⁶ S. dazu Geschichte der Universität zu Köln (URL) [Zugriff 15.8.2020].

⁷ S. dazu Meuthen, *Kölner Universitätsgeschichte*.

⁸ Berger [u.a.], *Wissenschaft mit Zukunft*.

⁹ Vgl. Vorlesungsverzeichnis Universität (zu) Köln Wintersemester 1919/20 bis Wintersemester 1959/60 (URL).

¹⁰ Bruch, *Historikerlexikon*.

¹¹ Vgl. Universitäts- und Stadtbibliothek Köln (Hrsg.), *200 Jahre Kölner Vorlesungsverzeichnisse* (URL).

b) Universitätsgeschichte und Vorlesungsverzeichnisse

Umfassende Untersuchungen des konkreten Lehrangebotes an den Universitäten des 20. Jahrhunderts sind bisher kaum durchgeführt worden. Die Universitätsgeschichten befassen sich stärker mit architektonischen Veränderungen, den Lehrenden und Studierenden sowie der akademischen Ausrichtung von Universitäten. Bei der Untersuchung von Lehre und Forschung stehen zumeist die personelle wie auch die organisatorische Gliederung sowie die Etablierung bestimmter Forschungsrichtungen an den einzelnen Seminaren, Lehrstühlen und Fakultäten im Zentrum der Aufmerksamkeit.¹² Als Grundlagen zur Forschung mit Vorlesungsverzeichnissen können allerdings die Untersuchungen von Ulrich Rasche und Gabrielle Lingelbach¹³ zur Geschichtslehre an der modernen Universität dienen. Entgegen den meisten universitäts- und institutionengeschichtlichen Werken setzen Rasche und Lingelbach ihre Schwerpunkte stärker auf die Ausgestaltung der Lehre und die Vorlesungsverzeichnisse als Quellen. Gerade Lingelbachs Untersuchung bleibt mit ihrer Betrachtung der konkreten Lehrveranstaltungen, wie Vorlesungen, Seminare und Übungen aber eine Ausnahme. Das ist verwunderlich, da doch gerade Lehrveranstaltungen maßgeblich für die akademische Profilbildung der Studierenden sind und Wissenschaftshistoriker:innen Einblicke in Themenfelder und Gegenstände ermöglichen, die im Zentrum des Interesses der Lehrenden standen.

Die äußere Form und Gestalt der Vorlesungsverzeichnisse variierten zwar leicht in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert, blieben im Kern aber konstant. Die konkrete Listung der Veranstaltungstitel, deren Zeiten, Räume, Dozierenden und die Einordnung zu den Lehrstühlen standen stets im Mittelpunkt der Verzeichnisse. Im Gegensatz zu aktuellen Vorlesungsverzeichnissen ist der Aufbau aber deutlich listenartiger. Es gibt keine Ebene unter einer konkreten Veranstaltung, welche etwa einen Beschreibungstext oder Literaturhinweise erhält. Die kurzen Titel geben häufig nur knappe Informationen über den tatsächlichen Inhalt einer Veranstaltung, sodass dieser oft nur errahnt werden kann. Daneben enthalten die Verzeichnisse auch Informationen zum Preis der Hefte, zur Druckerei, Verweise auf andere Stellen oder Institutionen sowie gelegentlich Personallisten. Herausgegeben wurden die Verzeichnisse zunächst von der Kölner Verlagsanstalt und Druckerei A.G., wohl im Auftrag der neugegründeten Universität. Ab dem Sommersemester 1924 wurde nur noch Köln als Verlagsort angegeben, was für einen Selbstverlag durch die Universität sprechen könnte. Ab dem Sommersemester 1923 erschienen sie als *Vorlesungs- und Personalverzeichnis*, was neben der Identifizierung der Lehrkräfte auch

¹² So exemplarisch für die Universität zu Köln in folgenden Abhandlungen: Bolten, Hochschulstudium kommunale und soziale Verwaltung; Augsberg, Kölner Juristen im 20. Jahrhundert; Richter, 111 Jahre Prähistorische Archäologie; Knebelspieß [u.a.], Programm, 515–552; Stubbe, 100 Jahre Psychologie.

¹³ S. dazu Lingelbach, Vorlesung, Seminar, Repetitorium.

deren Schwerpunkte und die Struktur der Fakultät besser nachvollziehbar macht. Sie dienten den Studierenden – wie heute – als Orientierung in den Studienfächern und zur Raumfindung; darüber hinaus waren auch die Privatadressen der Dozierenden, die zum Beispiel für private Lehrveranstaltung oder die Abgabe von Arbeiten relevant sein konnten, aufgeführt. Des Weiteren fungierten die Verzeichnisse als Werbung für potentielle Studieninteressenten und sollten den akademischen Lehrumfang der Universität illustrieren.¹⁴

Der Untersuchungszeitraum, die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, war eine Zeit rascher politischer Umwälzungen und stetig variierender Gesellschaftsbilder. Besonders interessant erscheint deshalb die Frage, ob die Vorstellungswelten dieser Zeitspanne sich in der geschichtswissenschaftlichen Lehre portraitierten. Um dies zu bestimmen, soll eine qualitative Analyse der umfangreichen Vorlesungsverzeichnisse erfolgen. Da die Titel der Veranstaltungen häufig sehr kurz und zweideutig sind, muss die problematische Informationsknappheit durch weitere Quellen ergänzt werden: Hierzu erfolgt eine exemplarische Betrachtung der Lehrpersonen und deren Forschungsschwerpunkte, welche einen tieferen Einblick in die Inhalte der Veranstaltungen ermöglichen soll. Die Ausrichtung der Dozierenden weicht teilweise von ersten Eindrücken der Titel ab und lässt vermuten, dass Lehrinhalte vermittelt wurden, die weniger wertfrei waren als die Titel der Veranstaltungen. Wie auch bei der Interpretation der Titel bildet das Einbeziehen der politischen Überzeugungen und Spezialisierungen der Dozierenden keine genaue Wiedergabe des Lehrinhaltes, sondern eher eine Annäherung an Aufbau und Ablauf der Veranstaltungen. Die kurzen Titel, die Schwerpunkte bestimmter Lehrenden und die Anzahl der Veranstaltungen können aber Auskunft über größere Tendenzen in der historischen Lehre der Universität bieten.

Die folgende Untersuchung ist in drei Phasen gegliedert, die sich durch starke historische Brüche voneinander abgrenzen. Zum Ersten die Weimarer Republik als politischer Rahmen, in dem die Universität gegründet wird. Sind demokratisch-liberale Grundgedanken auch in den Vorlesungsverzeichnissen zu erkennen? Von der Weimarer Republik ausgehend wird der Übergang zum NS-Regime und der Einfluss nationalsozialistischen Gedankengutes sowie die staatliche verschärfte Kontrolle der Universität betrachtet. Gerade in diesem Zeitabschnitt ist eine besondere Beeinflussung der Verzeichnisse durch die Gleichschaltung der Universitäten und Neubesetzungen zu erwarten. Abschließend werden der Wiederaufbau der Universität und die politische Spaltung der Welt in Ost- und Westblöcke als Ausblick schematisch angedeutet, welche analog eine weitere Ausdifferenzierung der Lehre in Bezug auf spezifische geographische Räume – insbesondere die USA und Sowjetunion – in Erwartung stellt.

¹⁴ Vgl. Rasche, Vorlesungsverzeichnisse, 469.

2 Zwischen alten Denkmustern und Pluralismus – Die Universität in der Weimarer Republik (1920–1933)

Die Weimarer Republik, die im November 1918 am Ende des 1. Weltkriegs ausgerufen wurde, stand schon bei ihrer Gründung unter schwierigen Vorzeichen. Neben der Tilgung von Kriegsschulden und Reparationen sowie Zugeständnissen an die siegreiche *Entente* musste auch ein demokratisches Parlament etabliert werden. Hierzu war es von elementarer Bedeutung, demokratisches Gedankengut im Gegensatz zum vorherigen monarchistisch-militärischen Ideal der wilhelminischen Zeit zu etablieren. Maßgeblich für solche ideologischen (Um-)Prägungen wären gerade Erziehungs- und Bildungseinrichtungen gewesen; und tatsächlich konstituierte die Verfassung der Weimarer Republik die Gesetzgebung im Bereich des Hochschulwesens als nationalstaatliche Rahmenkompetenz.¹⁵ Diese in der Verfassung zugeteilte Kompetenz wurde jedoch nicht aktiv von der Reichsregierung ausgeübt, wodurch die Hochschulpolitik *de facto* Kompetenz der Länder war.¹⁶ Die Universität zu Köln bildete jedoch eine Ausnahme, da sie bis zum Jahr 1954 unter städtischer Trägerschaft stand. Wie groß der politische Einfluss auf lokaler Ebene war, zeigt Kurt Düwells Artikel, der sich mit Konrad Adenauers entscheidender Rolle bei der Herausbildung der Universität zu Köln als katholisch geprägter Bildungseinrichtung befasst.¹⁷

Die Neugründung der Universität zu Köln erfolgte am 29. Mai 1919, knapp ein halbes Jahr nach der Ausrufung der Republik. Die Universität war zunächst mehr als Zusammenschluss der Kölner Handelshochschule, der Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung und der Akademie für praktische Medizin zu sehen, allesamt ebenfalls Neugründungen des frühen 20. Jahrhunderts. Die Konstituierung aus diesen Instituten erklärt auch den zunächst stark wirtschaftlichen Fokus der Universität, der sich in den Vorlesungsverzeichnissen in Form der Wirtschafts- und Sozialgeschichte widerspiegelt. Schon im zweiten Jahr des Bestehens erfolgten die Einrichtungen der Rechtswissenschaftlichen sowie der Philosophischen Fakultät. Letztere umfasste bereits zum Sommersemester 1920 ein breites Spektrum aus Philologien und Sprachwissenschaften, Geographie, Philosophie, Mathematik, Naturwissenschaften, Pädagogik und Geschichte.¹⁸

Zur Geschichtswissenschaft listet das Vorlesungsverzeichnis in diesem Gründungssemester der Fakultät zunächst zwölf Veranstaltungen auf, vier davon aus

¹⁵ Vgl. Verfassung, Art. 10, 2, ÖNB/ALEX (URL).

¹⁶ Vgl. Müller, Geschichte der Universität.

¹⁷ Vgl. Düwell, Universität, Schulen und Museen, 167–206.

¹⁸ Vgl. Vorlesungsverzeichnis, Sommersemester 1920, 3 USB Köln (URL).

dem Bereich der Wirtschaftsgeschichte.¹⁹ Die Wirtschaftsgeschichte war zunächst der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zugeordnet. An dieser Zuordnung lassen sich Tendenzen eines akademischen Selbstverständnisses als Wirtschaftswissenschaft erkennen, war doch die alte deutsche Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts noch viel stärker eine auf die Vergangenheit hin orientierte Nationalökonomie als eine eigenständige historische Disziplin gewesen.²⁰ Allerdings finden sich hier im Gegensatz zur Kunstgeschichte immer Querverweise und Aufzählungen innerhalb des Faches Geschichte in den Verzeichnissen. Dass die Wirtschaftsgeschichte mit vier Veranstaltungen stark besetzt war, lässt sich anhand der vorherigen Anstellung des Lehrstuhlinhabers Bruno Kuske an der ehemaligen Handelshochschule erklären, die dann in die Universität überführt wurde. Kuske betrieb die Lehre der Wirtschaftsgeschichte über Jahrzehnte hinweg alleinig oder hauptsächlich.

Bereits in diesem ersten Semester lassen sich auch Veranstaltungen als repräsentativ für den Pluralismus der Weimarer Republik erkennen. So zum Beispiel die Veranstaltung „Probleme der deutschen Parteigeschichte“ bei Professor Martin Spahn, die dem Titel nach eine Auseinandersetzung mit dem aktuellen Parteiensystem suggeriert.²¹ Auf den ersten Blick wirkt der Inhalt der Veranstaltung passend zum neuen demokratischen System der Weimarer Republik. Bei Betrachtung der Person Spahns erscheint eine neutrale Beschäftigung mit dem Parteiwesen jedoch fraglich. Martin Spahn war zwar bis 1921 noch Mitglied der Zentrumspartei, aber als rechts-katholischer Jungkonservativer wohl „konsequent antiparlamentarisch eingestellt“.²² Seine Veranstaltungen zur Parteigeschichte werden kaum das Ziel einer Stärkung demokratischen Bewusstseins verfolgt haben. Spahn steht für die von Wolfgang Weber aufgezeigte Kontinuität der Lehrenden über das Kaiserreich hinaus, deren politischen Überzeugungen nicht zwangsläufig mit dem demokratischen System der Weimarer Republik gleichgesetzt werden konnten.²³

Die Dozierenden und insbesondere die Professoren an der Universität zu Köln – Professorinnen gab es zur Gründung der Fakultät noch keine – hatten bereits eine umfangreiche Ausbildung an den Universitäten im Kaiserreich erhalten und langjährige Lehrerfahrung. So auch Martin Spahn, um dessen Berufung es eine breite Kontroverse gab. Denn er wurde auf Wunsch Konrad Adenauers, des damaligen Oberbürgermeisters der Stadt Köln, an die neue Universität gerufen. Spahn war wie Konrad Adenauer überzeugter Katholik. Köln, als katholische Stadt einer-

¹⁹ Veranstaltungen der Kunstgeschichte wurden gesondert gelistet und somit im zeitgenössischen Verständnis bereits als eigene Disziplin betrachtet, sie stehen hier nicht im Fokus der Untersuchung.

²⁰ Vgl. Walter, Einführung, 259f.

²¹ Vorlesungsverzeichnis SoSe 1920, 58, USB Köln (URL).

²² Clemens, Martin Spahn, 145.

²³ Vgl. Weber, Geschichtsstudium, 21–44.

seits, aber Teil des protestantischen Preußens andererseits, stand in einem konfessionellen Spannungsfeld. Die Berufung Spahns jedenfalls löste eine Debatte über die Konfessionszugehörigkeit von Hochschullehrenden und deren Bedeutung für Berufungen aus.²⁴ Die in der Weimarer Verfassung postulierte „Freiheit der Wissenschaft“²⁵ wurde von vielen Kritikern der Berufung als verletzt angesehen.²⁶ Hierin zeigt sich auch, dass die Universität trotz ihrer Selbstverwaltung als städtisch getragene Universität stark an die politischen Interessen von Stadt und Oberbürgermeister gekoppelt war.

Die ebenfalls im Sommersemester 1920 angebotene Veranstaltung „Kulturgeschichte der Frau im Mittelalter“ bei Professor Justus Hashagen weist auf eine verstärkte Wahrnehmung von Frauen im öffentlichen Raum in der Weimarer Republik hin. Anhand dieser Veranstaltung lässt die Problematik im Umgang mit Vorlesungsverzeichnissen als Quellen illustrieren, denn eine Rekonstruktion des Frauenbilds, welches in der Veranstaltung vermittelt wurde, ist nicht möglich. Eine so frühe Frauenforschung kann in Verbindung mit einem emanzipierteren Frauenbild der jungen Weimarer Republik gesehen werden, die Frauen ebenfalls aktives und passives Wahlrecht zugestand. Allerdings könnten hier auch konservativere Inhalte vermittelt worden sein, welche die Rolle der Frauen im Mittelalter zu marginalisieren suchten. Ob Grundzüge einer Frauengeschichte durch das gleichberechtigte Wahlrecht befördert wurden, bleibt spekulativ. Die eigentliche Frauengeschichte als historische Disziplin entwickelte sich erst in den 1970er Jahren in den USA.²⁷

Auch ein Einblick in die Person und Forschung Justus Hashagens kann die Zweideutigkeit des Veranstaltungstitels nicht vollständig klären. Er hatte eine Professur für „Mittlere und Neuere Geschichte“ inne und war überzeugter Protestant. Er veröffentlichte mehrere Schriften, in denen er sowohl den Versailler Vertrag als auch die Proklamation der Weimarer Republik ablehnte. In der 1918 verfassten Schrift *Freunde und Feinde des deutschen Soldaten* propagierte er aktiv den Krieg und betonte, es sei „ein volksverräterisches Weichwerden“, diesen frühzeitig zu beenden.²⁸ So ist es nicht überraschend, dass er bereits 1919 Mitglied der DNVP wurde und der jungen Republik kritisch gegenüberstand.²⁹ Allerdings lehnte er auch das nationalsozialistische Regime ebenso vehement ab. Eine Rekonstruktion seiner persönlichen Einstellungen ist nur schwer möglich. Hashagen unterstützte 1922 wohl die Habilitation Ermentrudes von Ranke, der dies als erster Frau in Deutschland im Fach Geschichte möglich war.³⁰ Ob er dies jedoch aus einer offeneren

²⁴ Vgl. Düwell, Universität, Schulen und Museen, 173–175.

²⁵ Verfassung, Art. 142, ÖNB/ALEX (URL).

²⁶ Jessen [u.a.] (Hrsg.), Neue Universität zu Köln, 60.

²⁷ Vgl. Opitz-Belakhal, Geschlechtergeschichte, 10f.

²⁸ Hashagen, *Freunde und Feinde*, 7.

²⁹ Vgl. Borowsky, Justus Hashagen, 164.

³⁰ Vgl. Paletschek, Ermentrude und ihre Schwestern, 177.

Grundhaltung gegenüber Frauen im Umfeld der Universität tat oder aufgrund des berühmten Namens ‚von Ranke‘, kann nicht abschließend geklärt werden. Einzig ein deutlich späterer, im Jahr 1949, veröffentlichter Artikel befasst sich mit der christlichen Prägung der Frau im Mittelalter. Hier zeigt Hashagen kein rein passives Frauenbild für das Mittelalter auf, sondern betont: „Auch die Frauenwelt geriet in Bewegung und war insofern gerüstet, die neuen Aufgaben in Angriff zu nehmen, die ihr das späte Mittelalter und das Zeitalter der Renaissance übertrugen.“³¹ Da dieser Artikel jedoch deutlich später erschien, bleiben die behandelten Inhalte der Veranstaltung aber selbst mit dieser Kontrastierung noch unklar.

Ermentrude von Ranke, eine Enkelin Leopolds von Ranke, war politisch für Frauenbildung aktiv und stand der neuen demokratischen Ordnung der Weimarer Republik positiv gegenüber.³² Trotz der Möglichkeit des Frauenstudiums an der Universität zu Köln und dem Habilitationsrecht für Frauen ab dem Jahr 1920 bildet sie eine Ausnahme im Lehrkörper zur Zeit der Weimarer Republik. Ihre Veranstaltungen beziehen sich zum Teil auf Themenfelder, die eher in Richtung einer modernen historischen Anthropologie tendieren. So zum Beispiel die Übung „Zur Geschichte des deutschen Studententums“ im Wintersemester 1925/26. Solche Untersuchungen von Lebensverhältnissen und Alltagskulturen wurden in der Geschichtswissenschaft meist erst ab den 1990er Jahren mit eher ethnologisch-anthropologischen Methoden betrieben.

Eine Besonderheit der neuen Kölner Universität ist das zeitungswissenschaftliche Institut, das im selben Jahr von Martin Spahn gegründet wurde und regelmäßig Übungen zur Zeitungsgeschichte anbot.³³ Diese illustrieren die Bedeutung des Mediums Zeitung in der jungen Republik, in deren pluralistischem System Presse- und Meinungsfreiheit eine wichtige Rolle spielten. Aufgrund der Vielzahl an politischen Positionen und Parteien in der Weimarer Republik nahm auch die Anzahl an Tageszeitungen, Parteizeitungen und Zeitschriften stark zu.³⁴ Hierin kann ein Grund für die intensivere wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Medium gesehen werden. Allerdings bleibt fraglich, ob der rechtskatholische Spahn sozialdemokratische Parteipresse objektiv untersuchte. Insgesamt zeigt sich bereits in diesem Eröffnungssemester der Philosophischen Fakultät im Bereich der Geschichtswissenschaft, dass es durchaus Anknüpfungspunkte der Lehre an das pluralistische System der Weimarer Republik gab, deren Relation hierzu jedoch nicht leicht zu bestimmen sind.

Themenfelder wie Erziehung und Bildung finden sich häufig in den Vorlesungsverzeichnissen, welche ebenfalls in Verbindung mit der Bedeutung der Presse

³¹ Hashagen, Spannungen in der Frauenkultur, 100.

³² Vgl. Paletschek, Ermentrude und ihre Schwestern, 176.

³³ Vgl. Klose, Zeitungswissenschaft in Köln, 99f.

³⁴ Dussel, Deutsche Tagespresse, 128f.

stehen. So beispielsweise in der im Wintersemester 1923/24 angebotenen Veranstaltung „Deutsches Zeitungswesen und deutsche Bildung“ bei Spahn.³⁵ Veranstaltungen zur „Geschichte der rheinischen Presse“ und zur „Geschichte des deutschen Zeitungswesens“ finden sich in zweisemestrigem Turnus sowohl bei Hashagen als auch bei Spahn. Die Herausgeber der Verzeichnisse scheinen dem Bereich des Zeitungswesens generell große Bedeutung für die historische Lehre beigemessen zu haben, da sich immer wieder Querverweise zur Veranstaltung „Pressrecht“ an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät und zu Vorlesungen und Übungen des Zeitungswissenschaftlichen Instituts finden.

Auch in den folgenden Semestern lag einer Hashagens Schwerpunkten in der Lehre im Bereich der Parteiengeschichte, so zum Beispiel die von wiederholt angebotene Vorlesung zur „Parteiengeschichte des Reichstages“ ab dem Wintersemester 1921/22.³⁶ Auch in späteren Semestern, wie etwa im Wintersemester 1922/23, war der politische Diskurs in der Republik Thema in den Vorlesungsverzeichnissen. Die Vorlesung „Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen“³⁷ betont – wie auch die Veranstaltungen zur Parteiengeschichte – die große Rolle, welche der öffentliche Diskurs im pluralistischen Staat einnahm. Immer wieder im Zentrum des Interesses stand auch eine politische Geschichte, die sich mit ausländischer Politik, den Nationalstaaten und der jüngeren Verfassungsgeschichte beschäftigte. Der Fokus lag hierbei besonders auf der zweiten Hälfte des 19. oder sogar auf dem beginnenden 20. Jahrhundert. Dies verdeutlicht ein Interesse an aktuellen oder für die Weimarer Republik grundlegenden politischen Entwicklungen, auch im Bereich der Geschichtswissenschaft. Nur in sehr wenigen Veranstaltungen näher thematisiert wurde die, aus gegenwärtiger Perspektive als frühneuzeitlich eingestufte, Geschichte, wodurch eine große Lücke zwischen der mittelalterlichen Geschichte und einer „zeitgenössischen“ Geschichte – die man ab der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ansetzen könnte – entstand. In der Fokussierung auf eine unmittelbare Geschichte der jüngeren Vergangenheit kann auch der Versuch erkannt werden, die geänderte politische Lage zu verarbeiten. Hierfür sprechen beispielsweise Veranstaltungen wie „Übungen zur Geschichte der neueren Staatsumwälzungen, für Anfänger“.³⁸

Die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit als wichtiger Grundaspekt der Verfassung ist ebenfalls ein wiederkehrendes Motiv in den Vorlesungsverzeichnissen. Ein Beispiel hierfür ist die regelmäßig angebotene Übung „Zur Geschichte der Men-

³⁵ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1923/24, 75, USB Köln (URL).

³⁶ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1921/22, 57, USB Köln (URL).

³⁷ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1922/23, 81, USB Köln (URL).

³⁸ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1920/21, 59, USB Köln (URL).

schenrechte“ bei Hashagen, welche das erste Mal im Sommersemester 1924 auftaucht.³⁹ Hashagen befasst sich somit stärker mit einer in der französischen Revolution konstituierten Idee von „Menschenrechten“, welche in Teilen auch in der Paulskirchenverfassung und der Verfassung der Weimarer Republik eingeschrieben waren. Trotz Hashagens Abwehrhaltung gegenüber der Weimarer Republik wird auch an dem Engagement für seine jüdischen Doktoranden an der Universität Hamburg im Jahr 1933 und seiner Ablehnung des Nationalsozialismus ersichtlich, dass er persönlich für eine Durchsetzung von Menschenrechten eintrat. Er repräsentierte damit, trotz politischer Ablehnungshaltungen, einen wichtigen Aspekt des demokratischen Systems der Weimarer Republik, der diese sowohl vom Kaiserreich als auch vom Nationalsozialismus abgrenzte.

Hervorzuheben an der geschichtlichen Lehre der Universität zu Köln ist auch eine teilweise sehr spezifische internationale Ausrichtung. Obwohl die Mehrheit der Veranstaltungen sich auf deutsche Geschichte bezieht und auch die rheinische Regionalgeschichte ein wichtiges Untersuchungsfeld darstellt, finden sich auch Veranstaltungen zur europäischen und internationalen Geschichte. Hier liegen die Untersuchungsräume nicht nur bei anderen Staaten, sondern befassen sich auch mit politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im europäischen Raum. So zum Beispiel die Übung zur „Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen“ bei Helmut Goering,⁴⁰ dessen Forschungsschwerpunkt im Bereich der französischen Geschichte zu liegen schien. Seminare wie „Internationale Politik seit 1871“ im Wintersemester 1924/25 bei Hashagen repräsentieren diesen internationalen Bereich, der sich wiederum auf die jüngere Geschichte konzentriert. Daneben sind ebenso Veranstaltungen zur niederländischen, italienischen, englischen sowie zur chinesischen und ostasiatischen Geschichte – letztere bei Hans Wirtz – gelistet. Dieser globale Fokus erscheint als Gegensatz zu den Überlegenheitsvorstellungen der Deutschen im Nationalsozialismus, der sich in den Verzeichnissen auch niederschlagen wird. Dort fokussierte sich die Lehre, wie aus den Verzeichnissen der späten 1930er und 1940er Jahre ersichtlich, fast ausschließlich auf den deutschen Raum.

In den Jahren 1923 und 1924 liefern die Verzeichnisse auch Hinweise auf die Wirtschaftskrise, die jedoch nicht an der Lehre, sondern an den Preisen der Verzeichnisse ersichtlich werden. Kostete das Verzeichnis im Sommersemester 1922 noch 3 Mark,⁴¹ so waren es im Wintersemester 1922/23 bereits 8 Mark. Zum Sommersemester 1923 ist der Preis durch die einsetzende Hyperinflation bereits um 3.125 Prozent auf 250 Mark angestiegen. Im Wintersemester 1923/24 hat sich der Preis auf 2.000 Mark verachtfacht. Somit bilden die Verzeichnisse hier objektiv die

³⁹ Krause, Personen, die „Geschichte“ machten, 254.

⁴⁰ Vorlesungsverzeichnis SoSe 1924, 81, USB Köln (URL).

⁴¹ Später zur Konstatierung zu Renten-, Gold-, bzw. Reichsmark als *Papiermark* bezeichnete Währung in den ersten Jahren der Weimarer Republik.

wirtschaftliche Krisensituation des Jahres 1923 ab. Die Eindämmung der Inflation durch die Rentenmark beziehungsweise durch die Angabe eines Bezugswertes auf die *Goldmark* gelang auch in den Vorlesungsverzeichnissen, sodass im Sommersemester 1924 ein Preis von 0,5 G.M. angegeben wird, der dann relativ stabil bleibt und ab 1927 mit *R.M.* für Reichsmark angegeben wird.⁴² Folglich wären die Verzeichnisse auch für wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen interessant, in denen weitere bisher wenig beachteten Fragen zum Kauf der Verzeichnisse durch Studierende oder Interessenten und deren Finanzierbarkeit noch zu überprüfen wären.

Gerade in Anbetracht des bereits in der Weimarer Republik ausgeprägten Antisemitismus sind auch eine im Sommersemester 1924 angebotene Übung zur „Geschichte des Judentums im Mittelalter“ wie auch die in den benachbarten Philologien angebotene Veranstaltung „Die Weltanschauung des Judentums“ interessant.⁴³ Welches Bild vom jüdischen Glauben und den jüdischen Bevölkerungsteilen allerdings in den Veranstaltungen vermittelt wurde, bleibt unklar. Die auch in der Weimarer Republik stark ausgeprägten antisemitischen Denkmuster schlugen sich auch in der Universität Köln nieder, wurden aber teilweise missbilligt. Dies zeigt sich zum Beispiel im Beschluss des Senates, auf den Privatdozenten Nießen dahingehend einzuwirken, antisemitische Äußerungen, über die es zahlreiche Beschwerden gab, einzustellen.⁴⁴

Deutlichstes Anzeichen für Zusammenhänge von Lehre und dem politischen System Weimars sind die Lehrveranstaltungen, die sich direkt mit Demokratie und Sozialpolitik befassen. Zur Demokratiegeschichte erfolgte eine epochenübergreifende Lehre mit internationaler Ausrichtung. Diese begann mit der antiken Demokratie im „Staat der Griechen“, die im Wintersemester 1927/28 vom Inhaber des Lehrstuhls für Alte Geschichte, Johannes Hasebroek, angeboten wurde.⁴⁵ Mit Amerika als Grundpfeiler der modernen Demokratie beschäftigte sich Joseph Stulz in seinen Vorlesungen „Amerikanische Geschichte und Demokratie“ sowie „Politische Führung und bürgerliche Freiheit in den Vereinigten Staaten“ in den Jahren 1926 und 1927. Stulz vertrat damit nicht nur die Lehre moderner Demokratiegedanken, sondern band sich mit dem Schwerpunkt auf anglophone Kulturen auch in die internationale Ausrichtung der Universität ein. Diese demokratische Lehre wurde zum Wintersemester 1929/30 von Spahn in der Vorlesung „Demokratie und Weltmachtbildung im 19. Jahrhundert und in der Gegenwart“ fortgesetzt. Hinter diesem Titel lässt sich eine Untersuchung über die 1848er Revolution in Deutschland und Frankreich bis hin zum den demokratischen Strukturen der Weimarer Republik vermuten. Erneut machen diese Veranstaltungen den „zeitgeschichtlichen“

⁴² Vgl. Vorlesungsverzeichnis SoSe 1922, USB Köln (URL) bis Vorlesungsverzeichnis WiSe 1927, USB Köln (URL).

⁴³ Vorlesungsverzeichnis SoSe 1924, 80f., USB Köln (URL).

⁴⁴ Vgl. Meuthen, Kölner Universitätsgeschichte, 16.

⁴⁵ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1927/28, 100, USB Köln (URL).

Fokus deutlich, der bis zur unmittelbaren Gegenwart reichte und somit schon an den Grenzen historischen Arbeitens lag.

Im Jahr 1927 wurde Gerhard Kallen als Nachfolger von Hashagen an den Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte berufen. Kallens Schwerpunkt lag, deutlicher als bei Hashagen, auf mittelalterlicher Geschichte. Seine Veranstaltungen zeichneten sich sowohl in der Weimarer Republik als auch in späteren Jahren durch eine starke Allgemeinheit der Titel aus, die Interpretationen erschwert. Ein weiterer Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte wurde 1927 eingerichtet und mit Johannes Ziekursch als Ordinarius besetzt. Ziekursch war überzeugter Anhänger der Weimarer Republik und einer demokratischen Regierung. Gerade im Hinblick auf seine liberalere politische Gesinnung und die Umstände seiner Berufung ist Ziekursch für diese Untersuchung von Interesse, denn in seiner Forschung und Lehre befasste er sich – wie Bernd Faulenbach konstatiert – zumeist objektiv mit Diplomatie-, Verfassungs- und Sozialgeschichte.⁴⁶

In den Jahren 1928 bis 1930 wurden die Veranstaltungstitel stark verallgemeinert als „Geschichtliche Übungen“ oder „Griechische Geschichte III“ abgedruckt.⁴⁷ Hierin liegt ein Problem bei der Arbeit mit den Vorlesungsverzeichnissen: Wenn die ohnehin schon stark komprimierten Titel noch allgemeiner werden, lassen sich keine Aussagen über Inhalt und Ausrichtung der Veranstaltung treffen. Zum Wintersemester 1930/31 wurden die Titel der Veranstaltungen jedoch wieder präziser und geben Auskunft über die Untersuchungsfelder der jeweiligen Veranstaltungen.

Ein weiterer Aspekt, der die Vorlesungsverzeichnisse der Jahre 1928 bis 1930 auszeichnet, ist die Verwendung einer Fotografie des Universitätsgebäudes auf dem Titelblatt der Verzeichnisse. Dieser wirft auch die Frage nach der Funktion der Verzeichnisse als Werbemedium auf. Sollte durch die Darstellung der Universität an prominenter Stelle auch Interessenten angeworben werden? Die Abbildung zeigt das Gebäude der ehemaligen Handelshochschule in der Claudiusstraße 1, in dem auch die Universität bis 1934 ihren Hauptsitz hatte. Auch außerhalb der Verzeichnisse finden sich auf einigen Postkarten Darstellungen des Gebäudes.⁴⁸ Die Verwendung als Postkartenmotiv und die stark daran angelehnte Fotografie in den Verzeichnissen kann als Indiz für Werbeversuche der Universität gedeutet werden. Dies fällt zeitlich unter anderem auch mit der Einrichtung einer Pressestelle an der Universität im Jahr 1929 zusammen.⁴⁹ Den Aspekt der Werbung reißt auch Ulrich Rasche kurz an und betonte die Funktion der deutschen Vorlesungsverzeichnisse

⁴⁶ Vgl. Faulenbach, Ziekursch, 365f.

⁴⁷ Vgl. Vorlesungsverzeichnis WiSe 1928/29, 85, USB Köln (URL).

⁴⁸ Vgl. Ansichtskarten „Neue Handels-Hochschule“ und „Handelshochschule“, ÖNB/AKON (URL).

⁴⁹ Vgl. Meuthen, Kölner Universitätsgeschichte, 31.

des 19. Jahrhunderts, welche „Universitätswerbung mit konkreter Studieninformation“ verbanden.⁵⁰

Ein starker Umbruch in der Lehre an der Universität zu Köln zeichnete sich bereits in den letzten Jahren der Weimarer Republik unter der Regierung der Präsidialkabinette ab. Auffallend ist das rasche Vordringen der ‚Volksgeschichte‘ in den Vorlesungsverzeichnissen. Hier tauchte zunehmend der Begriff des ‚deutschen Volkes‘ auf, dessen Konnotation eng mit den nationalsozialistischen Vorstellungen einer überlegenen deutschen Volksgruppe verbunden war, etwa in der zum Wintersemester 1931/32 erstmals angebotenen Vorlesung „Deutsches Volk und deutsche Nation“. Besonders auffällig erscheint dies, da der Begriff des ‚Volkes‘ in den Verzeichnissen der Vorjahre kaum verwendet wurde. Im Wintersemester 1932/33, also unmittelbar vor der Machtübernahme Hitlers, waren mehrere Veranstaltungen zur „Geschichte des deutschen Volkes“ und „Vorgeschichte des deutschen Volkes“ bei Joseph Stulz und Herbert Kühn in den Verzeichnissen angekündigt.⁵¹ Dieser Wechsel ersetzte jedoch Veranstaltungen mit einer für die Weimarer Republik spezifischen Orientierung nicht unmittelbar. Sowohl im Sommersemester 1931 als auch im Wintersemester 1931/32 bot Spahn noch Vorlesungen und Übungen zur „Deutschen Verfassungsentwicklung und Geschichte der politischen Parteien von der Begründung des Norddeutschen Bundes bis zur Gegenwart“ oder „Die deutschen Parteien“ an.⁵²

Die Vorlesungsverzeichnisse der Jahre 1920–1932 spiegeln somit politische und gesellschaftliche Grundgedanken der Weimarer Republik. Professoren wie Spahn oder Hashagen verdeutlichen jedoch auch die ambivalente Einstellung der Dozierenden zur Weimarer Republik. Trotz der Informationsknappheit der Veranstaltungstitel erscheint die Lehre an der Universität zu Köln stellenweise in das System Weimars eingebettet und in diesem Sinne ‚modern‘. Diese ist sowohl thematisch mit wirtschaftsgeschichtlichen, kultur- und frauengeschichtlichen als auch bereits mit historisch-anthropologischen Fragestellungen wegweisend für die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in Deutschland. Auch der zu erkennende internationale Fokus sowie die europäische Ausrichtung der Hochschule sind hier hervorzuheben. Durch den relativen konfessionellen und politischen Ausgleich an der Universität sowie die Habilitierung von Ermentrude von Ranke erscheint die Universität zu Köln modern für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Lehre zeichnete mit demokratischen, aber auch pluralistischen Parteienvorstellung ein Bild der Vielfalt in der Weimarer Republik. Die Universität war gerade durch die verschiedenen konfessionellen wie politischen Einstellungen der Dozierenden kennzeichnend für die gesplante Gesellschaft der Weimarer Republik. Ab den frühen 1930er erfolgte ein Wechsel der Lehre und Lehrenden, der die Universität in

⁵⁰ Rasche, Vorlesungsverzeichnisse, 469.

⁵¹ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1932/33, 111, USB Köln (URL).

⁵² Vgl. Vorlesungsverzeichnis SoSe 1931, 88, USB Köln (URL).

die ideologischen Konzeptionen des Nationalsozialismus einzubetten versuchte. Inwieweit dies gelang, soll im Folgenden untersucht werden.

3 Die Prägung der Lehre durch die nationalsozialistische Ideologie (1933–1945)

Der Einfluss nationalistischer bzw. früher nationalsozialistischer Tendenzen lässt sich bereits vor der eigentlichen Machtübernahme im Januar 1933 feststellen. Neben dem Auftauchen des Begriffes ‚Volk‘ schwindet ab dem Wintersemester 1931/32 auch die in der Weimarer Republik stark ausgeprägte Internationalität der Lehre. Deren Wegfall passt in die allgemeine, neue Fokussierung der Lehre auf die deutsche Geschichte. Die Lehre und Forschung im Nationalsozialismus waren stark durch Fächer wie Vor- und Frühgeschichte, Volkskunde, Rassenkunde, Medizin und letztlich auch die Geschichtswissenschaft geprägt, sollte durch sie doch ‚Deutschtum‘ ideologisch begründbar sein.⁵³

Die Forschungsschwerpunkte in der Wirtschaftsgeschichte, die seit Gründung der Universität von Kuske betrieben wurde, fokussierten fast ausschließlich den ‚germanischen‘ Raum.⁵⁴ Die Titel von Kuskes Veranstaltungen blieben über seine gesamte Lehrzeit von 1919 bis in die frühen 1960er Jahre aber sehr neutral gehalten, was eine Ableitung seiner politischen Position aus den Verzeichnissen nicht möglich macht. Jedoch stand Kuske der neugegründeten Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung vor, welche konkrete wirtschaftsgeographische Beratertätigkeiten erfüllte.⁵⁵

Insbesondere den Titel zu Veranstaltungen Spahns sind Hinwendungen zu einer nationalsozialistisch geprägten Lehre zu entnehmen; Spahn, der von einer rechtskatholischen Grundeinstellung zu Beginn der Weimarer Republik in zunehmend zum Rechtsextremismus tendierte, hatte den Versailler Vertrag sowie die Weimarer Verfassung stets abgelehnt.⁵⁶ Bereits im Wintersemester 1933/34 bot Spahn eine Vorlesung zum Thema „Weltkrieg und Weimarer Republik“ an. Dies zeigt deutlich, dass für den rechtskonservativen Anhänger der DVNP bzw. NSDAP die Zeit der Weimarer Republik und Demokratie abgelaufen war. Des Weiteren unterstreicht die Veranstaltung den starken Schwerpunkt der Universität auf Zeitgeschichte: Die jüngsten Ereignisse der Untersuchungsepoche lagen noch im gleichen Jahr, in dem die Veranstaltung angeboten wurde. Bereits zum Sommersemester 1934 bot Spahn

⁵³ Vgl. Hammerstein, Epilog, 536.

⁵⁴ Vgl. Anzahl der Vorlesungen zur deutschen Wirtschaftsgeschichte in den Vorlesungsverzeichnissen der Universität zu Köln ab dem Sommersemester 1933.

⁵⁵ Vgl. Jessen [u.a.] (Hrsg.), Neue Universität zu Köln, 98.

⁵⁶ Vgl. Clemens, Martin Spahn, 145f.

eine Übung „Übungen über Geschichtswissenschaft und Raumpolitik unter Berücksichtigung der Wehrgeopolitik“. Das Thema weist mit der raumpolitischen Dimension bereits Aspekte der nationalsozialistischen Ideologie, wie beispielsweise die Begründung eines Besiedlungsrechtes des ‚Lebensraums im Osten‘, auf.

Auch die hier ersichtliche Einbindung der im Nationalsozialismus verbreiteten sogenannten „Wehrgeschichte“ verdeutlicht die starke Beeinflussung der universitären Lehre durch die nationalsozialistische Ideologie. Diese Prägung ging in nicht geringem Umfang von den Studierenden der Universität aus. Die Kölner Ortsgruppe des Nationalsozialistischen Studentenbundes gewann bereits ab 1929 erheblich an Einfluss.⁵⁷ In Flugblättern verbreitete sie antisemitisches Gedankengut und hisste bei der Reichsgründungsfeier 1930 die Hakenkreuzfahne. Hierauf reagierte der Senat der Universität mit einem vorübergehenden Verbot der Gruppe im Februar 1930.⁵⁸ Auch hatte der Senat der Universität noch im Dezember 1932 gegen die Einrichtung eines Lehrstuhls für Wehrwissenschaften gestimmt. Vorlesungen zum Thema Wehrgeschichte wurden erst im April 1933 auf Wunsch der nationalsozialistischen Studentengruppe mit Unterstützung des neuen Rektors eingeführt. Dieses Drängen auf Wehrwissenschaft als Lehr- und Forschungsbereich deutet auch auf eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft hin – insbesondere, da solche Themenschwerpunkte in den Verzeichnissen der Weimarer Republik nicht aufzufinden sind. Die Wehrgeschichte als spezifischer Forschungsbereich im nationalsozialistischen Deutschland ist anhand der Vorlesungsverzeichnisse ab dem Wintersemester 1933/34 auch verstärkt in der Lehre nachzuweisen. Die beiden neuen Lehrenden an der Fakultät im Fach Geschichte, Dr. Paul Wentzcke und Dr. Rudolf Schmidt-Bückeberg, schienen, soweit anhand der Verzeichnisse ersichtlich, den Schwerpunkt ihrer Lehre auf diesen Bereich zu legen. Die von Wentzcke im Sommersemester 1934 angebotene Übung „Zur Geschichte der westdeutschen Grenzlande mit besonderer Berücksichtigung wehrpolitischer Fragen“ impliziert neben einer Militarisierung auch Expansionspläne des NS-Regimes.⁵⁹ Wentzckes Lehre konzentrierte sich auch in den folgenden Semestern auf die deutsche Westgrenze, Wehrgeschichte und rheinische Geschichte. Verstärkt wurde diese nationalistische Ausrichtung der Geschichtswissenschaft auch durch den Wegfall der in der Weimarer Republik gehaltenen Lehrveranstaltungen zur Demokratiegeschichte.

Generell prägend für die Semester ab 1933 ist das vermehrte Vorkommen der Begriffe ‚Volk‘ und ‚Germanen(tum)‘. Der Begriff ‚Germanentum‘ trat zunächst häufig im Bereich der Vorgeschichte auf. Allgemein finden sich Veranstaltungen zur Vorgeschichte in den Verzeichnissen erst seit dem Sommersemester 1929.⁶⁰

⁵⁷ Vgl. Jessen [u.a.] (Hrsg.), Neue Universität zu Köln, 62.

⁵⁸ Vgl. Meuthen, Kölner Universitätsgeschichte, 32f.

⁵⁹ Vorlesungsverzeichnis SoSe 1934, 115, USB Köln (URL).

⁶⁰ Vorlesungsverzeichnis SoSe 1929, 85, USB Köln (URL).

1930/31 wird dann die Vorgeschichte neben der Geschichte einzeln gelistet, was für eine Heraushebung des Faches spricht. Die Vorgeschichte wurde vom Nationalsozialismus systematisch instrumentalisiert, um eine ideologische Grundlage für die Überlegenheit der ‚deutschen Rasse‘ schon in der Frühzeit zu verankern.⁶¹ Während die von Herbert Kühn vor 1933 angebotenen Veranstaltungen meist Titel wie „Entstehung und Entwicklung der Religion im vorgeschichtlichen Europa“ oder „Die Bronzezeit in Europa“⁶² trugen, verwendet Kühn seit dem Sommersemester 1933 in den Titeln zu seinen Lehrangeboten häufiger den Begriff ‚Germanen‘: So bot er im Sommersemester 1934 und 1935 die Veranstaltungen zur „Religion der Germanen“, „Die Germanen der Völkerwanderungszeit“ und „Vorgeschichte des deutschen Volkes“ an,⁶³ während er sich noch fünf Jahre zuvor in der vorgeschichtlichen Lehre eher auf den europäischen Raum konzentrierte. Noch deutlicher ist diese Prägung bei Walter von Stokar, der ab dem Sommersemester 1939 mit einem Lehrauftrag in den Verzeichnissen aufgeführt wird. Seine Veranstaltung „Deutsche Vorgeschichte, Germanenkunde für Hörer aller Fakultäten“ bezog mit der neuen Bezeichnung auf die Vermittlung eines idealisierten Germanenbildes, dass die Veranstaltung für alle Studierenden geöffnet war und somit ein möglichst breites Publikum ansprechen sollte.⁶⁴ Die Veränderungen in allen Bereichen der historischen Lehre an der Universität verdeutlichen einen starken Einfluss der nationalsozialistischen Ideologie auf das Lehrangebot. Schon die nationalsozialistischen Bildungspolitik griff durch das Einsetzen eines neuen Senats und damit auch eines parteikonformen Rektoren in die Universität ein,⁶⁵ doch es waren vor allem überzeugte Lehrende, die ihre Veranstaltungen dahingehend instrumentalisierten, die auf Rassismus und völkischem Denken basierende Ideologie zu stützen und zu legitimieren.⁶⁶

Bei den Dozierenden und Lehrbeauftragten der Universität fand Mitte der 1930er Jahre ein fachübergreifender Wechsel statt, der sich auch in der Geschichtswissenschaft bemerkbar machte. Die Chronik in Meuthens *Kölner Universitätsgeschichte* verdeutlicht diese Veränderungen: Zwischen 1933 und 1940 wurde fächerübergreifend 20 Dozierenden die Lehrbefugnis an der Universität entzogen. Dies geschah in vielen Fällen auf Basis des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Das 1933 erlassene Gesetz eröffnete der neuen Reichsregierung die Möglichkeit, „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten,

⁶¹ Vgl. Punscher, *Rassenideologie*, 49–72.

⁶² Vorlesungsverzeichnis SoSe 1931, 88, USB Köln (URL).

⁶³ Vorlesungsverzeichnis SoSe 1935, 115, USB Köln (URL).

⁶⁴ Vorlesungsverzeichnis SoSe 1939, 121, USB Köln (URL).

⁶⁵ Vgl. Jessen [u.a.], *Neue Universität zu Köln*, 65.

⁶⁶ Vgl. Müller, *Geschichte der Universität*, 99.

[...] aus dem Dienst [zu] entlassen“.⁶⁷ Diese sehr allgemeine Formulierung erlaubte es, Professoren und andere verbeamtete Lehrende ohne weitere Begründung zu entlassen bzw. in den Ruhestand zu versetzen. Auch der Entzug von Doktorgraden bzw. die Weigerung, diese zu verleihen, war nicht selten: Wie eine Untersuchung von Margit Szöllösi-Janze und Andreas Freitäger zeigt, wurde zwischen 1933 und 1945 mindestens 70 Personen der Doktorgrad vorenthalten oder entzogen.⁶⁸ Viele dieser Entzüge erfolgten aufgrund von Ausbürgerungen oder von Straftaten, die nicht selten politisch motiviert waren.⁶⁹ Auch die Zulassung neuer Studierender wurde reglementiert: Ab dem 11. April 1933 wurden keine jüdischen Studierenden mehr an der Universität neu zugelassen. Die Gleichschaltung, die zwar am 21. April auf Erlass erfolgte, war *de facto* bereits im April 1933 durch die Universität selbst vollzogen worden: Im April 1933 wurde ein neuer Senat gewählt, der unter anderem den Rücktritt des bisherigen Rektors Godehard Ebers, welcher sich noch in seiner Antrittsrede im Vorjahr für eine Erneuerung der durch die Präsidialkabinette geschwächten Weimarer Republik stark gemacht hatte,⁷⁰ erzwang und NSDAP-Mitglied Ernst Leupold zum neuen Rektor wählte.⁷¹ Durch diesen starken Wechsel im Universitätspersonal, der Studierendenschaft und in den Schwerpunkten der Lehre wurde die Universität bereits 1933 von der nationalsozialistischen Ideologie durchdrungen.⁷²

Im Wintersemester 1935/36 lässt sich eine deutlich ideologische geprägte Gliederung der Vorlesungsverzeichnisse feststellen. Spahn blieb mit Ziekursch und Kallen Leiter des Historischen Instituts und wurde zusätzlich Leiter des neugegründeten Institutes für Raumpolitik.⁷³ Dieses war bedeutend für die Etablierung von ‚Lebensraum‘-Vorstellungen und lieferte zusammen mit der Theorie eines frühgeschichtlichen Vorrechtes der Germanen auf den europäischen Raum eine Legitimationsbasis für eine gewaltsame Expansion nach Ost und West.⁷⁴ Direkt nach der Geschichtswissenschaft listen die Verzeichnisse ab diesem Semester auch die neue Kategorie ‚Volk‘. Die Titel der dort aufgeführten Veranstaltungen „Deutsches Recht“, „Volk und Wirtschaft“ sowie „Auslandsdeutschtum und Familie“⁷⁵ zeigt, dass diese neue Kategorie ihr Lehrangebot aus unterschiedlichen Fachbereichen wie Jura, Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Geographie und auch Geschichte

⁶⁷ Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, § 4. Vgl. hierfür auch Meuthen, Kölner Universitätsgeschichte, 36–46.

⁶⁸ Vgl. Freitäger [u.a.], Doktorgrad, 8–13.

⁶⁹ Vgl. ebd., 47.

⁷⁰ Vgl. Golczewski, Gleichschaltung, 38.

⁷¹ Vgl. ebd., 50f.

⁷² Vgl. Jessen [u.a.] (Hrsg.), Neue Universität zu Köln, 70f.

⁷³ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1935/36, 60, USB Köln (URL).

⁷⁴ Jessen [u.a.] (Hrsg.), Neue Universität zu Köln, 98.

⁷⁵ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1935/36, 60, USB Köln (URL).

bezog. Die Etablierung eines nationalsozialistisch geprägten ‚völkischen‘ Denkens nivelliert zum Teil die zuvor noch strenger gezogenen Grenzen zwischen den Disziplinen.

Diese ideologische Aufladung der Vorlesungsverzeichnisse wird in den folgenden Semestern immer deutlicher erkennbar. Die Lehre ist ab dem Sommersemester 1936 deutlich militarisiert. Vorlesungen wie „Der Kampf um den Rhein 16.–19. Jh.“ bei Wentzcke und „Preußische Offiziere im Kampf um die Schlagfertigkeit des Heeres“ im Sommersemester 1937 bei Schmidt-Bückeburg verdeutlichen den neuen militär- und wehrgeschichtlichen Schwerpunkt. Am Beispiel der Wehrgeschichte zeigt sich eine Einbindung der Geschichtswissenschaft zu militärischen Zwecken.

Ein weiterer Aspekt der nationalsozialistischen Ideologie ist die Prägung auf Hitler als ‚Führer‘ der Deutschen. Diese ist in den Vorlesungsverzeichnissen als epochenübergreifend angelegte Theorie nachweisbar. Wie bei oben bereits erwähnten ideologischen Konzepten begann auch hier die Rückführung in der germanischen Frühzeit, die eine entscheidende Rolle bei der Legitimation der deutschen Vormachtstellung spielte. So wurde von der Veranstaltung „König und Volk in der Völkerwanderung“ im Wintersemester 1937/38 bei Franz Petri der Gedanke der Herrschaft eines Einzelnen zur Vorlesung „Führung und Volk im Mittelalter“⁷⁶ im folgenden Semester weiterentwickelt. Die Personalie Petri illustriert die Verknüpfung zwischen universitärer Lehre einerseits und nationalsozialistischer Ideologie andererseits: Petris Forschungsschwerpunkt lag vor allem auf der Geschichte der deutschen Westgrenze zu Nordfrankreich, Belgien und den Niederlanden.⁷⁷ Schon die Titel seiner Lehrveranstaltungen zur niederländischen Geschichte verdeutlichen das Ziel, eine historische Verbundenheit zwischen Deutschland und den Niederlanden aufzubauen, die später auch politisch instrumentalisiert wurde. Hier deckt sich die Lehrtätigkeit Petris mit der von ihm betriebenen Kulturräumforschung, durch welche Expansionsbestrebungen des NS-Regimes legitimiert werden sollten.⁷⁸ Eine solche wurde an der Universität Köln auch am von Petri geleiteten Deutsch-Niederländischen Institut betrieben. Über diese Forschung hinaus wirkte Petri auch aktiv als Kriegsverwaltungsrat an der Besatzung Nordfrankreichs und Belgiens mit.⁷⁹

Nicht alle Veranstaltungen der Vorlesungsverzeichnisse sind so deutlich ideologisch geprägt wie die hier angeführten Beispiele. Professoren wie Ziekursch, welcher überzeugter Anhänger der Weimarer Republik war, oder Kallen boten vor allem Veranstaltungen mit aussageschwachen Titeln an. Ob Ziekursch und Kallen in den Veranstaltungen weiterhin ihre demokratie- und parteigeschichtlichen Themen

⁷⁶ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1937/38 USB Köln (URL); Vorlesungsverzeichnis SoSe 1938, 120–122, USB Köln (URL).

⁷⁷ Vgl. Ditt, Petri, 265f.

⁷⁸ Vgl. ebd., 265.

⁷⁹ Vgl. Jessen [u.a.] (Hrsg.), Neue Universität zu Köln, 98.

thematisierten, lässt sich den Verzeichnissen nicht entnehmen. Die neutral gehaltenen Titel wie z. B. Kallens „Deutsche Geschichte III (1250–1500)“ oder Zierkuschs „Historisches Seminar zur deutschen Geschichte“⁸⁰ der Veranstaltungen, die im Sommersemester 1938 angeboten wurden, lassen eine strengere Zensur der Lehre oder zumindest der Titel in den Verzeichnissen vermuten, so dass Titel, die explizit auf Demokratiegeschichte oder den für die Weimarer Republik typischen Ideenpluralismus verwiesen, nicht mehr zu finden sind. Über Johannes Ziekursch, der 1944 verstarb, sagte sein Kollege Peter Rassow allerdings in einem Nachruf, er habe sich nicht durch die nationalsozialistische Ideologie beeinflussen lassen und verblieb „auch nach 1933 lehrend, was er von je gelehrt hatte“.⁸¹

Mit dem Beginn des 2. Weltkrieges verlagerten sich ab dem Sommersemester 1939 die Schwerpunkte in der Lehre noch stärker in Richtung der Wehrgeschichte, Grenzgeschichte und der Raumpolitik: Spahn radikalisierte seine raumpolitische Lehre weiter und lieferte mit Veranstaltungen wie „Ausweitung und Dynamik des deutschen Lebensraumes“⁸² ein epistemisches Grundgerüst für eine aktive Expansionspolitik. Die von ihm im 1. Trimester 1940 angebotene Vorlesung „Vom Waffenstillstand im November 1918 bis zur Grundlegung des Großdeutschen Reiches“ zeigte, dass die Weimarer Republik hier als Episode des Stillstandes zwischen dem 1. Weltkrieg und Hitlers Expansion zum „Großdeutschen Reich“ verstanden wurde.

Neben den Veränderungen in der geschichtswissenschaftlichen Lehre fällt in den Verzeichnissen auch auf, dass neue Forschungsbereiche, wie Japanologie oder Afrikanische Kolonialsprachen, eingerichtet wurden, die als Ausdruck weiterer Expansionspläne im Krieg und dem Bündnis mit Japan verstanden werden können. Nicht nur Verbündete, auch die Kriegsgegner standen im Fokus: So hielt Spahn im Jahr 1940 – dem Zeitpunkt des Kriegseintritts Großbritanniens – eine Vorlesung zur „Englischen Machtbildung“ und Petri bot eine Übung „Über England und die deutsche Westgrenze“ an.⁸³ Beide Vorlesungen setzten im 17. bzw. 18. Jahrhundert an und reichten bis in die (damalige) Gegenwart. Hier zeigte sich erneut der bereits in der Weimarer Republik vorhandene zeitgeschichtliche Fokus, der während der NS-Zeit bis zur Gegenwartsforschung mit geringer zeitlicher Distanz gesteigert wurde.

Solche Veranstaltungen illustrieren, mit wie wenig historischer Distanz eine unmittelbare „Zeitgeschichte“ an der Universität zu Köln betrieben wurde. Auch die von Petri angebotenen Veranstaltungen zur niederländischen Geschichte, wie z. B. „Geschichte der nationalen und politischen Grenzen im deutschen Westen“

⁸⁰ Vorlesungsverzeichnis SoSe 1938, 121f., USB Köln (URL).

⁸¹ Rassow, Nachruf, 448.

⁸² Vorlesungsverzeichnis 1. Trimester 1940, 46, USB Köln (URL).

⁸³ Vorlesungsverzeichnis 2. Trimester 1940, 112f, USB Köln (URL).

oder „Der neutrale Westen“ fanden in den Jahren 1940/41 im Turnus statt.⁸⁴ Allgemein sprechen diese Veranstaltungstitel für eine verstärkte Instrumentalisierung der Lehre durch die nationalsozialistische Ideologie. In organisierter Form zeigte sich die ideologische Prägung auch durch den NS-Dozentenbund.⁸⁵

Von nationalsozialistischer Ideologie geprägte Schlagworte wie ‚Reich‘ und Subdisziplinen wie die ‚Sippengeschichte‘ wurden erstmals im Jahr 1941 in den Vorlesungsverzeichnissen abgedruckt, wodurch eine offene Militarisierung, Radikalisierung und rassistische Tendenzen in den Verzeichnissen gespiegelt werden. Die ‚Bevölkerungs- und Sippengeschichte‘, welche ausschließlich vom neu berufenen Professor Karl Wülfrath ab dem Wintersemester 1941/42 gelehrt wurde, war von einer rassistisch-rassistischen Grundidee geprägt und sollte vor allem einer Hervorhebung der ‚germanischen Volksgruppe‘ dienen.⁸⁶ Wülfrath stand dem „Rheinischen Provinzialinstitut für Sippengeschichte und Volkskörperforschung“ vor, das in engen Zusammenhang mit mehreren nationalsozialistischen Organisationen stand. Dessen Projekt zur Verkartung von Kirchenbüchern zielte auf die Erstellung umfangreicher Ahnentafeln ab. Diese Genealogie der rheinischen Bauernschaft um Köln passte zur ‚Blut-und-Boden-Ideologie‘ des Nationalsozialismus, da sie die Einheit des ‚Volkskörper‘ mit dem Siedlungsgebiet untermauerte.⁸⁷

Mittels der Veranstaltungen in der ‚Sippengeschichte‘ im Wintersemester 1941/42 sollte eine auf Abstammung und Herkunft beruhende Verbindung zwischen Deutschland und den Niederlanden ideologisch legitimiert werden. Paradigmatisch dafür ist der Veranstaltungstitel „Die Sippenbeziehungen zwischen Westdeutschland und den Niederlanden“. Im Gegensatz zu anderen Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft, die zwar großteils instrumentalisiert wurde, aber dennoch diverse Forschungsfelder behandelte, erscheint diese neugegründete Disziplin fast ausschließlich als Apparat ideologischer Erziehung. Im Gegensatz zu Petris Veranstaltungen, die, den Titeln nach zu urteilen, zumindest auch verschiedene Aspekte der niederländischen Geschichte abdeckten, scheint es sich hier lediglich um ein Instrument der Propaganda, mit dem Ziel, die Annexion der Niederlande zu legitimieren, zu handeln. Die Kriegsbezogenheit der Lehre wird an einer im 1. und 2. Trimester 1940 vom Zeitungswissenschaftlichen Institut angebotenen Übung zur „Nachrichtenpolitik und Aufmachung der holländischen Presse im Kriege“ ersichtlich, die im zweiten Trimester zur „Nachrichtenpolitik und Aufmachung der holländischen und belgischen Presse im Kriege“ erweitert wurde.⁸⁸

⁸⁴ Vorlesungsverzeichnis 1.–3. Trimester 1940, 45f., USB Köln (URL).

⁸⁵ Vgl. Hammerstein, Epilog, 534f.

⁸⁶ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1941/42, 123, USB Köln (URL).

⁸⁷ Vgl. Klein, Karl Wülfrath, 797.

⁸⁸ Vorlesungsverzeichnis, 1. und 2. Trimester 1940, 46, 114, USB Köln (URL).

Eine Radikalisierung zeigte sich in der Geschichtslehre ab dem Sommersemester 1942 in Form der Übung „Sippengeschichtliche Verfahren volkspolitischer Ausmerze und Auslese“⁸⁹ bei Wülfrath, wird in diesem Titel doch der nationalsozialistische Lehrinhalt semantisch explizit formuliert. Neben der Verbreitung der nationalsozialistischen Vorstellungswelten sind weitere Schwerpunkte der Lehre und Forschung in der ‚Bevölkerungs- und Sippengeschichte‘ nicht ersichtlich. Mussten sie auch nicht: Es ging nicht um wissenschaftliche Objektivität, sondern um pseudo-wissenschaftliche Unterstützung und Legitimation der NS-Ideologie.

Insgesamt blieb die Lehre in der oben illustrierten Form bis zum Sommersemester 1944 bestehen. Weitere Themen neben der gesondert gelisteten Sippengeschichte bei Wülfrath blieben Grenzgeschichte bei den Lehrbeauftragten Franz Petri und Walter Wache. Spahn lehrte auch nach seiner Emeritierung im Jahr 1940 weiter mit den Schwerpunkten Raumpolitik und Militärgeschichte.⁹⁰ Ziekursch war noch bis ins Sommersemester 1944 in der Lehre aktiv. Im Personal erfolgten nach Kriegsbeginn durch Todesfälle, Neuberufungen und Emeritierungen aber einige Veränderungen. Peter Rassow, dessen Schwerpunkt auf mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Geschichte lag, wurde als Nachfolger auf Spahns Professur berufen. In seiner Lehre thematisierte er vor allem Kriegs- und Militärgeschichte, ohne jedoch – so der Eindruck – zeitgeschichtlichen Fragenstellungen zu behandeln.⁹¹ Ab dem Wintersemester 1943/1944 reduzierte sich der Lehrbetrieb stetig, bis im letzten geplanten Semester 1944/1945 mit Lothar Wickert, Peter Rassow und Gerhard Kalten nur noch die drei Professoren für Alte, Mittlere und Neue Geschichte unterrichteten. Im Oktober 1944 wurde der Lehrbetrieb eingestellt und die Universität für zwei Jahre geschlossen.

4 Wiederaufbau und geographisch-politische Ausdifferenzierung der Lehre (1945–1959)

Bereits im Oktober 1945, ein Jahr nach der kriegsbedingten Schließung der Universität, wurde die Wiedereröffnung der Universität zu Köln genehmigt.⁹² Als neue Satzung der Universität wurde die Gründungssatzung von 1919 von der Verfassungskommission, deren Mitglied auch Peter Rassow war, beschlossen. Da Rassow nie der NSDAP beigetreten war, galt er als „unbelastet“ und wurde zum Wintersemester 1945/46 zum Dekan ernannt.⁹³ Die eigentliche Wiederaufnahme der Lehrveranstaltungen ist jedoch erst auf das Wintersemester 1946/47 zu datieren. Die

⁸⁹ Vorlesungsverzeichnis SoSe 1942, 131, USB Köln (URL).

⁹⁰ Vgl. Selig, Spahn, 320f.

⁹¹ Vgl. Müller, Rassow, 269.

⁹² Vgl. Meuthen, Kölner Universitätsgeschichte, 48.

⁹³ Vgl. Vogt, Peter Rassow, 166f.

Lehre wurde zunächst mit einer deutlich limitierten Zahl an Studierenden und insbesondere an Lehrenden aufgenommen. Zum ersten Nachkriegssemester bot als ordentliche Lehrkraft lediglich Rassow eine Vorlesung und zwei Übungen an, die sich, entgegen Rassows eigentlicher Spezialisierung als Mediävist, primär mit neuerer Geschichte und Zeitgeschichte befassten. Die Professuren für Alte Geschichte und „Mittlere“ Geschichte bzw. Geschichte des Mittelalters waren in den ersten Semestern noch unbesetzt. Es waren zwar Veranstaltungen dieser Disziplinen gelistet, wer diese abhielt und ob sie tatsächlich stattfanden, wird aus den Verzeichnissen jedoch nicht ersichtlich. Nur die Wirtschafts- und Sozialgeschichte wurde schon im ersten Semester nach dem Krieg, wie bereits seit 1919, ausschließlich von Professor Kuske mit Veranstaltungen zur deutschen Wirtschaft und zur Weltwirtschaft unterrichtet.

In den ersten Semestern nach dem 2. Weltkrieg lassen sich thematisch kaum Schwerpunkte feststellen. Aufgrund eines umfangreichen Wechsels der Studierendenschaft wurden vor allem zahlreiche Einführungsveranstaltungen und Veranstaltungen zu allgemeinesgeschichtlichen Themenblöcken und Epochen wie Hellenismus, Reformation, Absolutismus etc. angeboten.⁹⁴ Ab dem Wintersemester 1946/47 wurde Alfred Heuß, der spätere Mitherausgeber der *Propyläen Weltgeschichte*, als Vertretung für Wickert bis zu dessen Rückkehr 1948 an den Lehrstuhl für Alte Geschichte berufen. Heinz Löwe nahm als Privatdozent am Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte eine ergänzende Lehrtätigkeit auf. Für diese ersten Jahre sind vor allem der schrittweise Wiederaufbau der Fakultät und die Berufung neuer Dozierender charakteristisch. Zum Sommersemester wurde Theodor Schieder als Nachfolger von Ziekursch nach Köln berufen. Obwohl Schieder in der Bundesrepublik eine liberale Position vertrat, setzten nach dessen Tod umfangreiche Kontroversen um seine NS-Vergangenheit ein. Im Zentrum der Diskussion stand vor allem eine 1939 von Schieder verfasste Denkschrift zum besetzten Polen,⁹⁵ in welcher Schieder eine deutlich rassistische Ideologie offenbarte und eine Deportation der polnischen Juden befürwortete.⁹⁶ Gewiss darf eine Beleuchtung Schieders Vergangenheit und wissenschaftlichen Tätigkeit während der NS-Zeit nicht ausgeblendet werden.⁹⁷ Seine späteren Erfolge und wichtigen Beiträge zur Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft aber ebenso wenig. Schieder erzielte in der Bundesrepublik zahlreiche wissenschaftliche Erfolge, betreute zahlreiche namhafte

⁹⁴ Vgl. Vorlesungsverzeichnis WiSe 1946/47, 14, USB Köln (URL); Vorlesungsverzeichnis SoSe 1947, 24, USB Köln (URL); Vorlesungsverzeichnis WiSe 1947/48, 34f., USB Köln (URL); Vorlesungsverzeichnis SoSe 1948, 53f., USB Köln (URL).

⁹⁵ Vgl. Jessen [u.a.] (Hrsg.), Neue Universität zu Köln, 169.

⁹⁶ Vgl. Kraus, Porträt eines Historikers, 720–727.

⁹⁷ S. hierzu Ebbinghaus [u.a.], Vorläufer des Generalplans, 62–94; Haar, Historiker im Nationalsozialismus.

Historiker:innen und war Herausgeber der *Historischen Zeitschrift*.⁹⁸ Die Schwerpunkte seiner Lehre jedenfalls lagen laut den Kölner Vorlesungsverzeichnissen im Bereich der neueren Geschichte, unter besonderer Berücksichtigung der Idee des Nationalstaates und des Liberalismus.

Durch diese Neuberufungen und die Rückkehr von Wickert zum Wintersemester 1948/49 hatte sich die geschichtswissenschaftliche Lehre an der Universität zu Köln bis zur Gründung der Bundesrepublik bereits einen ähnlichen Umfang wie vor dem Beginn des 2. Weltkrieges erreicht. In der Anfangszeit der Bundesrepublik war die Lehre an der Universität sehr breit gefächert, große Themenkomplexe der Geschichte schienen hier im Vordergrund zu stehen. Daneben fanden sich jedoch auch vereinzelt Veranstaltungen zur amerikanischen und asiatischen Geschichte sowie zur Kölner Stadtgeschichte.

Die Lehre war stark epochal gegliedert und deckte Themengebiete vom klassischen Griechenland bis zur Weimarer Republik ab. Die Zeitgeschichte, die seit 1950 vor allem von Karl Dietrich Erdmann betrieben wurde, konzentrierte sich vor allem auf das späte 19. und frühe 20. Jahrhundert bis zum Ende der Weimarer Republik. Nur einzelne Veranstaltungen, wie z. B. die im Wintersemester 1952/53 angebotene Vorlesung „Verfassungsgeschichte II. Teil (Von 1789 bis zur Gegenwart. Die Zeit der geschriebenen Verfassungen) (Für Historiker und Juristen)“ bei Kallen reichten noch „bis zur Gegenwart“.⁹⁹ Generell stieg nun auch die Zahl der Veranstaltungen kontinuierlich an. Seit Beginn der Bundesrepublik wurde in den Verzeichnissen nun auch genauer zwischen Proseminaren, Oberseminaren, Übungen und Kolloquien, welche vorher meist nur unter dem Begriff Übungen gelistet waren, unterschieden. Die Ausdifferenzierung von Veranstaltungstypen war, so konstatiert Daniela Saxer, an den deutschsprachigen Universitäten bereits seit der Jahrhundertwende üblich, sodass davon auszugehen ist, dass die Verzeichnisse hier zuvor lediglich weniger präzise Informationen vermittelten.¹⁰⁰

Diese relative, epochen- und raumübergreifende Allgemeinheit der Lehre wies jedoch ab dem Sommersemester 1953 einen Gegensatz auf, der nicht nur die Weltpolitik seit den 1950er Jahren bestimmte, sondern auch Einfluss auf die historische Lehre im Kölner Geschichtsseminar hatte. Ab diesem Semester bot Peter Scheibert zum ersten Mal zwei Übungen an, die sich mit osteuropäischer, insbesondere russischer Geschichte befassten. 1953 waren die Fronten in Europa bereits deutlich verhärtet und die Weltpolitik war stark durch den Gegensatz zwischen Ost- und Westblock geprägt. Von dieser Teilung war vor allem „Deutschland“ betroffen, das sich mit Gründung der BRD und DDR nun aus zwei ideologisch gegenüberstehenden Staaten bestand. Die politisch-ideologische Spaltung der Welt prägte, wie im

⁹⁸ Vgl. Bruch, Schieder, 291f.

⁹⁹ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1952/53, 84, USB Köln (URL).

¹⁰⁰ Vgl. Saxer, Vermittlungsweisen, 44.

Folgenden dargestellt werden wird, die geschichtswissenschaftliche Lehre der Universität zu Köln und verdeutlicht somit die Gegensätzlichkeit der Ost- und Westmächte im Kalten Krieg.

Ein erster Schritt in diese Richtung erfolgte im Sommersemester 1954 mit der Genehmigung durch den Senat, einen Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte einzurichten.¹⁰¹ Peter Scheibert, der zuvor bereits einige Übungen zur osteuropäischen Geschichte angeboten hatte, wurde neu auf diesen Lehrstuhl berufen. Mit Vorlesungen wie „Lenin und die russische Revolution“ im Wintersemester 1954/55 oder „Revolution und Bürgerkrieg in Russland“ im folgenden Semester wurde hinsichtlich osteuropäischer Geschichte zunächst fast ausschließlich der russische Weg zur Sowjetunion und zum Kommunismus im 19. und 20. Jahrhundert thematisiert.¹⁰² Zum Sommersemester 1956 befasste Scheibert sich in seinen Lehrveranstaltungen auch zeithistorisch mit der „Geschichte der Sowjetunion seit 1917“ sowie der „Polnische[n] Geschichte“. ¹⁰³ Scheibert beschäftigte sich jedoch nicht nur mit der Politik- oder Wirtschaftsgeschichte der Sowjetunion, sondern untersuchte in Übungen wie „Lenins Revolutionstheorie“ oder „Übungen zum dialektischen Materialismus“ ebenfalls spezifisch kommunistisches Gedankengut.¹⁰⁴ Diese Lehrinhalte illustrieren, wie stark die universitäre Lehre auch nach dem 2. Weltkrieg von einem zeitgenössischen Weltbild geprägt war, lässt sich aus der Thematisierung Osteuropas und Russlands in der universitären Lehre doch die Steigerung ihrer politischen Relevanz herauslesen.¹⁰⁵ Auch blieb die Wissenschaft nicht frei von direkten politischen Einflüssen. Vorausblickend sei hier auf die Gründung des Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (ab 1966 Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien) in Köln verwiesen, welche als nachgeordnete Behörde des Bundesinnenministeriums eine stark an der Bundespolitik orientierte Osteuropa- und Russlandforschung betrieb.¹⁰⁶

Ein Gegenpol zu Beschäftigung mit osteuropäischer Geschichte konstituierte sich im Jahre 1955 mit der Gründung des neuen Amerika-Institutes, dessen Direktor, Professor Dietrich Gerhard, ab dem Wintersemester 1955/56 Lehrveranstaltungen zur amerikanischen Geschichte anbot. Dietrich Gerhard war 1935 in die USA emigriert und behielt auch noch nach seiner Berufung nach Köln seine Professur an der Washington University. Eigentlich Frühneuzeithistoriker, widmete er sich in

¹⁰¹ Vgl. Meuthen, Kölner Universitätsgeschichte, 55.

¹⁰² S. dazu Vorlesungsverzeichnis WiSe 1954/55, USB Köln (URL) bis Vorlesungsverzeichnis SoSe 1955, 103, USB Köln (URL).

¹⁰³ Vorlesungsverzeichnis SoSe 1956, 111f., USB Köln (URL).

¹⁰⁴ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1956/57, 117, USB Köln (URL).

¹⁰⁵ Vgl. Emeliantseva [u.a.] (Hrsg.), Osteuropäische Geschichte, 22f.

¹⁰⁶ S. zur Gründung und Benennung: Kabinettsitzung am 31. Mai 1961, BArch (URL); zum Institut und seiner Entwicklung siehe: Brahm, Osteuropaforschung, 163–175.

Köln primär der amerikanischen Geschichte sowie den Beziehungen zwischen Europa und Nordamerika.¹⁰⁷ Er lehrte zunächst vor allem neuzeitliche Aspekte „Amerikanische[r] Geschichte im 20. Jahrhundert“ oder „Amerikanische[r] Außenpolitik im 20. Jahrhundert“.¹⁰⁸ Auch hier bot die Lehre, wie generell spezifisch für die Universität zu Köln, einen konzentrierten Einblick in die Zeitgeschichte. Zum Sommersemester 1957 wurde gar die Veranstaltung „Zur amerikanischen Außenpolitik seit Ende des Weltkrieges“, in der vermutlich auch auf zeitgenössische Themen wie die NATO und die Bildung eines Westblockes eingegangen wurde, angeboten. Analog zur osteuropäischen Geschichte beschäftigte sich auch das Amerika-Institut mit den Weltanschauungen seines Untersuchungsraumes, wie der Titel der Übung „Zur Ideologie der amerikanischen Verfassung“¹⁰⁹ verdeutlicht. Ebenso wie bei der osteuropäischen Geschichtswissenschaft zeigt sich auch in Forschung und Lehre seitens des Amerika-Instituts die Abnahme historisch-kritischer Distanz zum Forschungsbereich, wodurch die Grenze zwischen Zeitgeschichte und Politikwissenschaft zu verwischen scheint.

Ein weiteres Forschungsfeld geographisch orientierter Geschichtswissenschaft an der Universität zu Köln entstand ebenfalls 1954 mit der Ankunft Richard Konetzkes. Konetzke konzentrierte sich in Forschung und Lehre vor allem auf spanische und portugiesische Geschichte. Einer seiner Schwerpunkte bildete iberische Kolonialgeschichte und die eng damit verknüpfte süd- und mittelamerikanische Geschichte.¹¹⁰ Obwohl die Staaten Süd- und Mittelamerikas mit wenigen Ausnahmen nur in geringem Maße am Kalten Krieg beteiligt waren, kann die Einrichtung dieses Lehrstuhls als programmatisch für diese neue Form der geographisch geteilten Geschichtswissenschaft gesehen werden. Veranstaltungen wie „Übungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Spaniens“ im Wintersemester 1954/55 oder die Vorlesung „Islam und Christentum im spanischen Mittelalter“ im Sommersemester 1955 behandelten Themen, die Konetzke auch in späteren Semestern behandeln sollte.¹¹¹

Die neu gegründeten Lehrstühle zeichnen das Bild einer Geschichtswissenschaft, die themenübergreifend Bereiche von Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Kulturgeschichte bis hin zur Religionsgeschichte untersucht. Oft wurde an diesen Lehrstühlen auch vom Altertum bis hin zur Zeitgeschichte geforscht. Novum dieser Lehrstühle, die in den 50er Jahren an der Universität zu Köln entstanden, ist die starke Konzentration auf bestimmte geographische Räume. In einer Welt, die

¹⁰⁷ Vgl. Vierhaus, Dietrich Gerhard, 759.

¹⁰⁸ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1955/56, 108f., USB Köln (URL).

¹⁰⁹ Vorlesungsverzeichnis WiSe 1958/59, 128, USB Köln (URL).

¹¹⁰ Vgl. König, Konetzke, 171f.

¹¹¹ Vgl. Vorlesungsverzeichnis WiSe 1954/55, USB Köln (URL), bis Vorlesungsverzeichnis SoSe 1955, 102f., USB Köln (URL).

als in West-, Ost- und neutrale Mächte geteilt wahrgenommen wurde, erfuhr räumliche Zugehörigkeit eine neue Bedeutung, die sich auch in der Kölner Geschichtslehre niederschlug. Somit stellt diese Periode einen Gegensatz zur vorherigen, stärker an Themen und Epochen orientierten Geschichtslehre an der Universität zu Köln dar.

Dank der neu etablierten Lehrstühle, Seminare und Institute nahm auch die Zahl der Veranstaltungen zu. Neben geographischen Schwerpunkten war die Geschichtsforschung weiterhin auch thematisch und epochal orientiert. Der Lehrstuhl für Alte Geschichte, welchen auch 1955, wie schon zu Beginn des 2. Weltkrieges, Wickert innehatte, wurde im selben Jahr noch um einen zweiten Lehrstuhl erweitert, der mit Professor Johannes Volkmann besetzt wurde. Den Lehrstuhl Wirtschafts- und Sozialgeschichte übernahm Ludwig Beutin von Kuske, der die Professur seit Gründung der Universität innehatte. Beutin und Kuske lehrten weiterhin parallel. Aus den neuen Stellen resultierte das sehr breit gefächerte Lehrangebot, das zum Wintersemester 1955/56 33 Veranstaltungen umfasste.¹¹² Im Vergleich hierzu wurden, drei Jahre zuvor, im Wintersemester 1952/53 nur 23 Veranstaltungen angeboten.¹¹³

Dieser enorme Anstieg der Veranstaltungs- und Dozierendenzahlen sowie der Ausbau der Philosophischen Fakultät waren vor allem durch die veränderte Grundsituation der Universität zu Köln möglich geworden. Seit ihrer Gründung aus den Vorgängerinstituten im Jahre 1919 stand die Universität unter städtischer Trägerschaft. Zum 1. April 1954 dann wurde die Universität durch das Land Nordrhein-Westfalen übernommen.¹¹⁴ Die neue Trägerschaft gewährte der Universität die nötigen finanziellen Mittel sowohl für den Ausbau des Fächerangebotes als auch für den Neubau von Gebäuden, die innerhalb weniger Jahre fertiggestellt waren.¹¹⁵ Erst hierdurch wurde die Entwicklung der geographisch in Ost- und West geteilten Geschichtsforschung möglich, die sich eng am Zeitgeschehen und Weltpolitik orientierte und in den meisten Lehrveranstaltungen mit neuer Geschichte oder – aus zeitgenössischer Sicht – Zeitgeschichte, auseinandersetzte. Mit der Entwicklung des Ost-West-Konflikts verschob sich an beiden Lehrstühlen der Forschungsschwerpunkt hin zu einer Untersuchung gegenwärtiger Außenpolitik: Am Amerika-Institut führte dies zu ersten Untersuchungen über den Beginn des Ost-West-Konflikts durch das „Verhältnis der Vereinigten Staaten und Russland im Zweiten Weltkrieg“. ¹¹⁶ Im Fach osteuropäische Geschichte gab es eine erste Veranstaltung zu

¹¹² Vgl. Vorlesungsverzeichnis WiSe 1955/56, 68, 108–109, USB Köln (URL).

¹¹³ Vgl. Vorlesungsverzeichnis WiSe 1952/53, 55, 84–86, USB Köln (URL).

¹¹⁴ Meuthen, Kölner Universitätsgeschichte, 55.

¹¹⁵ Vgl. zur Teilung der Philosophischen Fakultät und der Einrichtung der Universitätsklinik ebd., 56–59.

¹¹⁶ Vorlesungsverzeichnis SoSe 1959, 130, USB Köln (URL).

„Rußland und Asien“ im Sommersemester 1958,¹¹⁷ in welcher sich auch weltpolitisch ausweitende Spannungsfelder spiegelten.

5 Ergebnisse und Ausblick

Die bisher noch kaum untersuchten Vorlesungsverzeichnisse der Universität Köln ermöglichen einen erkenntnisreichen Einblick, nicht nur in die Geschichtslehre des 20. Jahrhunderts, sondern auch in diese Zeit selbst. Trotz der Informationsknappheit geben die Vorlesungsverzeichnisse Aufschlüsse über zeitgenössische Strömungen und Gedankenwelten. In Verbindungen mit dem Hintergrund der Lehrenden an der Universität entsteht so für die Weimarer Republik der Eindruck stark ambivalenter Vorstellungswelten: So finden sich neben Demokratiegeschichte auch Veranstaltungen zur Parteiengeschichte vom rechtskatholischen Spahn, dem konservativen Hashagen oder dem demokratisch-liberalen Ziekursch. Diese politische Diversität der Lehrenden kann als Entsprechung der Vielschichtigkeit der Weimarer Republik auf universitärer Ebene verstanden werden, wird durch sie doch verdeutlicht, dass die vorherrschende politische Struktur einer Zeit keineswegs immer die politische(n) Meinung(en) der Lehrenden widerspiegelt.

Schon ab 1930 wurden erste Veranstaltungen, die nationalistische oder nationalsozialistische Tendenzen aufwiesen, angeboten. Somit illustrieren die Verzeichnisse auch eine zunehmende Radikalisierung ab der Zeit der Präsidialkabinette und verdeutlichen den Übergang zum NS-Regime. Zentrale Begriffe und Gedanken der nationalsozialistischen Ideologie wie ‚Reich‘, ‚Volk‘ und ‚Germanentum‘ waren um 1933 Bestandteile von Veranstaltungstiteln und zeigen auf, wie umfassend die Prägung durch solche ideologischen Schlagworte bereits war. Mit Forschungsbereichen wie Militär- und Wehrgeschichte sowie Volksgeschichte und Sippen-geschichte entstanden neue Schwerpunkte in der Geschichtsforschung. Auch die epochal orientierte Geschichtswissenschaft thematisierte die Legitimation von Diktatur und Krieg. Letztendlich geben die Verzeichnisse in den 1940er Jahren auch Einblicke auf eine explizit antisemitische Lehre und Forschung, besonders im Bereich der Sippen-geschichte. Der starke Wechsel der Themen und auch des Personals lässt eine objektive historische Lehre vor allem seit Beginn des 2. Weltkrieges zweifelhaft erscheinen. Gerade in den neugegründeten Instituten ging Lehrtätigkeit mit direkter Politikberatung einher, sodass die dort konstruierten Weltbilder ideologisch konform waren. Die Untersuchung hat ebenfalls aufgezeigt, in welchem Umfang viele Dozierende politisch involviert waren, wodurch eine Spiegelung dieser Einstellungen in die Lehre wahrscheinlich war.

Auch nach Ende des Krieges stellen die Verzeichnisse einen wichtigen Indikator für das zeitgenössische weltpolitische Geschehen dar. Weniger ideologisiert als

¹¹⁷ Vorlesungsverzeichnis SoSe 1958, 119, USB Köln (URL).

im NS-Regime stehen analog zu NATO und Warschauer Pakt die Untersuchungsräume des Amerika-Instituts und der Osteuropäische Geschichte in territorialem Gegensatz. Von der ursprünglichen Beschäftigung mit den USA und Russland entwickeln sich die Institute weiter und untersuchen Gedankenwelten und politische Strukturen beider Kontrahenten im Kalten Krieg. Dadurch etablierte sich neben der klassischen epochal gegliederten Geschichtsforschung ein ausgeprägt geographisch und geopolitisch geschichtswissenschaftlicher Ansatz; das Nebeneinander der beiden Ansätze ermöglichte ein stark vergrößertes Veranstaltungsangebot.

Anhand der im Rahmen dieses Beitrags ausgewählten Abschnitte in der Geschichte des 20. Jahrhunderts lässt sich erkennen, dass Vorlesungsverzeichnisse als Quelle weit mehr zu leisten vermögen als nur einen quantitativen Überblick über angebotene Vorlesungen und Seminare zu geben. Als Quelle ermöglichen Vorlesungsverzeichnisse eine Art doppelter Erkenntnisfunktion: Sie illustrieren zum einen, welche Schwerpunkte und Neuerungen es in der Geschichtswissenschaft gab und inwiefern diese in die Lehre übernommen wurden. Zum anderen stellen sie eine Form des Überrests dar, die vor allem in der eigenen Zeit einen Nutzen hatte. Sie geben Einblicke in Wertvorstellungen der jeweiligen Zeit und erlauben Rückschlüsse auf historische und epistemische Konstellationen ihrer Entstehungszeit. Auch ihre Sprache ist am gesellschaftlichen und politischen Verständnis der jeweiligen Zeit orientiert.

Vorlesungsverzeichnisse als Quelle eignen sich besonders für eine wissenschaftsgeschichtliche Forschung, da sie Aufschluss über die akademische Ausbildung der Studierenden und Interessensfelder der Lehrenden geben, die oft mit deren politischer Einstellung verknüpft waren. Die Verzeichnisse bieten einen direkten Einblick in die Profile, Schwerpunkte und Ausrichtungen der verschiedenen Fächer. Das Hinzukommen neuer oder das Wegfallen alter Lehrstühle oder Institute zeigt nicht nur an, welche Themen Schwerpunkt des Lehr- und damit auch des Forschungsinteresses waren, sondern gerade auch, welche nicht untersucht wurden.

Dass bisher nur wenige Historiker:innen das Potential von Vorlesungsverzeichnissen für die wissenschaftliche erkannt haben, dürfte vor allem der Hauptproblematik von Vorlesungsverzeichnissen geschuldet sein – ihrer Ungenauigkeit. Ohne weiterführende Beschreibungen der Veranstaltung lässt sich anhand der Titel oft nur erahnen oder abwägen, welche Inhalte vermittelt worden sein könnten. Die Verzeichnisse bedürfen dann einer tiefgreifenden Ergänzung durch biographische Informationen zu den Lehrenden, deren Forschung oder weitere Quellen im Bereich persönlicher Korrespondenz, wie Briefe oder Tagebücher. In dieser Ansammlung von Quellen haben die Verzeichnisse dann jedoch fast den geringsten Erkenntniswert vorzuweisen. Eine Verwendung abseits der Universitäts- bzw. Institutionengeschichte wird dadurch deutlich erschwert.

Anders verhält es sich hingegen bei den Vorlesungsverzeichnissen des 21. Jahrhunderts. Sie enthalten meist nicht nur den Titel, sondern daneben auch einen Beschreibungstext, der ein klareres Bild von den Inhalten der Veranstaltung vermittelt.

Auch die üblicherweise aufgeführten Literaturhinweise zeigen Bezugstexte und Erkenntnisstand der Forschung auf. Davon abgesehen können auch die verknüpften Module und Strukturbäume der Veranstaltungen einen Überblick über die immer komplexeren Studienstrukturen seit der Bologna-Reform geben. Somit sind die Vorlesungsverzeichnisse der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit eine erhaltenswerte Quelle für zukünftige historische Forschung.

Dennoch ergeben sich weitere Anwendungsbereiche für ältere Verzeichnisse. Sind die Titel, wie oben besonders für die Lehre im Nationalsozialismus gezeigt, in ihrer Vermittlungsabsicht sehr eindeutig, wird ein ausdrucksstarkes Bild von den Lehrinhalten und den damit verknüpften Weltbildern einer Zeit gezeichnet. Darüber hinaus können gerade ihre Zusatzinformationen in anderen Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft eine nützliche Ergänzung sein: Im Bereich der Ideen- und Mentalitätsgeschichte kann beispielweise untersucht werden, mittels welcher Narrative Geschichte geschrieben wird. So zeigen Verzeichnisse zum Beispiel an, ab wann von ‚Zeitgeschichte‘ oder ‚Blockbildung‘ gesprochen wird. Auch für die Wirtschaftsgeschichte ist der Preis der Verzeichnisse interessant kann er doch, wie im Rahmen dieses Beitrags gezeigt, Auskünfte über die Inflation des Jahre 1923 geben. In welcher Form und durch welche Akteure Wissen an der Universität institutionalisiert und vermittelt wurde, ist letztlich auch eine kulturhistorische Fragestellung. Bei dieser darf der Einfluss der Universität auf die persönliche wie akademische Bildung junger Menschen nicht vergessen werden.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1 Quellenverzeichnis

Bundesarchiv (BArch)

149. Kabinettsitzung am 31. Mai 1961, E – Institut für Sowjetologie, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Kabinettsprotokolle 1961, https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1961k/kap1_2/kap2_17/para3_10.html [Zugriff 15.8.2020].

Hashagen, Justus, *Freunde und Feinde des deutschen Soldaten*, Weimar 1918.

——, *Spannungen in der Frauenkultur auf der Höhe des Mittelalters*, in: *Theologische Quartalschrift*, Bd. 129 (1949), 1, 93–100.

Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB)

Ansichtskarte ‚Neue Handelshochschule‘, in: *Sammlung Ansichtskarten Online (AKON)*, http://data.onb.ac.at/AKON/AK110_351 [Zugriff 15. 8.2020].

Ansichtskarte ‚Handelshochschule‘, in: *Sammlung Ansichtskarten Online (AKON)*, http://data.onb.ac.at/AKON/AK114_045 [Zugriff 15.8.2020].

Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, in: *Historische Rechts- und Gesetzestexte Online (ALEX)*, Gesamtstaatliche Gesetzgebung, Deutsches Reichsgesetzblatt 1922–1945 Teil 1 (deu, Dt. Reich), Deutsches Reichsgesetzblatt, Band

1919, Nr. 152, <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=19190004&seite=00001383> [Zugriff 26.8.2020].

Universitäts- und Stadtbibliothek Köln (USB Köln)

Digitale Sammlung Kölner Personal- und Vorlesungsverzeichnisse, Vorlesungsverzeichnisse der Universität zu Köln (ab 1919), https://www.ub.uni-koeln.de/sammlungen/vorlesung/index_ger.html [Zugriff 15.8.2020].

2 Literaturverzeichnis

Augsberg, Steffen (Hrsg.), *Kölner Juristen im 20. Jahrhundert. Beiträge zu einer Ringvorlesung an der Universität zu Köln, Sommersemester 2010 und Wintersemester 2010/2011* (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts, 74), Tübingen 2013.

Bach, Thomas/Maatsch, Jonas/Rasche, Ulrich (Hrsg.), *„Gelehrte“ Wissenschaft. Das Vorlesungsprogramm der Universität Jena um 1800* (Pallas Athene, 26), Stuttgart 2008.

Becker, Andreas, *Vorlesungsverzeichnisse als historische Quelle*, in: *Archivar*, Bd. 71 (2018), 4, 347–350.

Benrath, Gustav, *Heidelberger Vorlesungsverzeichnisse aus den Jahren 1655, 1658 bis 1662 und 1685*, in: *Heidelberger Jahrbücher* 5 (1961), 85–103.

Berger, Andreas/Speer, Andreas, *Wissenschaft mit Zukunft. Die „alte“ Kölner Universität im Kontext der europäischen Universitätsgeschichte. (Studien zur Geschichte der Universität zu Köln. 19)*, Weimar/Wien 2016.

Blanke, Horst/Fleischer, Dirk/Rüsen, Jörn, *Historik als akademische Praxis. Eine Dokumentation der geschichtstheoretischen Vorlesungen an deutschsprachigen Universitäten von 1750 bis 1900*, in: *Dilthey Jahrbuch für Philosophie und Geschichte der Geisteswissenschaften*, Bd. 1 (1983), 182–255.

Bolten, Jochen, *Hochschulstudium für kommunale und soziale Verwaltung in Köln, 1912–1929. Eine Studie zur Wiedererrichtung der Universität zu Köln* (Studien zur Geschichte der Universität zu Köln, Bd. 4), Köln/Wien 1987.

Boockmann, Hartmut, *Geschichtsunterricht und Geschichtsstudium in Göttingen*, in: Hartmut Boockmann/Hermann Wellenreuther (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in Göttingen. Eine Vorlesungsreihe*, (Göttinger Universitätschriften. Reihe A, Bd. 2), Göttingen 1987, 161–185.

Borowsky, Peter, *Justus Hashagen*, in: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte*, Bd. 84 (1998), 163–184.

Brahm, Heinz, *Drehzscheibe der Osteuropaforschung: Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, in: *Osteuropa*, 55 (2005), 12, 163–175.

Bruch, Rüdiger vom, *Schieder, Theodor*, in: ders. (Hrsg.), *Historikerlexikon*, S. 291f.

Clemens, Gabriele, *Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Bd. 37)*, Mainz 1983.

Ditt, Karl, *Petri, Heinrich Eduard Justus Gotthard Franz*, in: *Neue deutsche Biographie*, Bd. 20, Berlin 2001, 265f.

- Dussel, Konrad, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004.
- Düwell, Kurt, Universität, Schulen und Museen. Adenauers wissenschafts- und bildungspolitische Bestrebungen für Köln und das Rheinland (1917-1932), in: Hugo Stehkämper (Hrsg.), Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln, Köln 1976, 167–206.
- Ebbinghaus, Angelika/Roth, Karl Heinz, Vorläufer des Generalplans Ost. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: Zeitschrift für die Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 7 (1992), 1, 62–94.
- Emeliantseva, Ekaterina/Malz, Arié/Ursprung, Daniel (Hrsg.), Einführung in die Osteuropäische Geschichte, Zürich 2008.
- Faulenbach, Bernd, „Ziekursch, Johannes“, in: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.), Historikerlexikon: Von der Antike bis zur Gegenwart, München 2002.
- Freitäger, Andreas/Szöllösi-Janze, Margit, „Doktorgrad entzogen!“ Aberkennung akademischer Titel an der Universität Köln 1933 bis 1945, Nümbrecht 2005.
- Golczewski, Franz, Die ‚Gleichschaltung‘ der Universität Köln im Frühjahr 1933, in: Leo Hupps, Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft in Köln und im Rheinland. Köln 1983, 49-73.
- Haar, Ingo, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der ‚Volkstumskampf‘ im Osten (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 143), Göttingen 2002.
- Hammerstein, Notker, Epilog. Universitäten und Kriege im 20. Jahrhundert, in: Walter Rüegg (Hrsg.), Geschichte der Universität in Europa, Bd. 3, München 2004, 515–546.
- Hinske, Norbert, Das erste Auftauchen der Kantischen Philosophie im Lehrangebot der Universität Jena. Aus den Vorlesungsverzeichnissen und -ankündigungen der Jahre 1784–1789, in: ders. (Hrsg.), Der Aufbruch in den Kantianismus. Der Frühkantianismus an der Universität Jena von 1785–1800 und seine Vorgeschichte, Stuttgart und Bad Cannstatt 1995, 1–14.
- Jessen, Ralph/Knoch, Habbo/Ullmann, Hans-Peter (Hrsg.), Die Neue Universität zu Köln. Ihre Geschichte seit 1919, Köln 2019.
- Klein, Ralph, Karl Wülfrath und das „Rheinische Provinzialinstitut für Sippen- und Volkskörperforschung“, in: Burkhard Dietz (Hrsg.), Griff nach dem Westen, Bd. 2, Münster 2003, 791–817.
- Klose, Hans-Georg, Zeitungswissenschaft in Köln. Ein Beitrag zur Professionalisierung der deutschen Zeitungswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 45), München [u.a.] 1989.
- Knebelspieß, Stefanie/Moebius, Stephan, Programm, personelle und organisatorische Entwicklung des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften von 1918/1919 bis zum heutigen Institut für Soziologie und Sozialpsychologie (ISS), in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Bd. 71 (2019), 4, 515–552.
- Kraus, Hans-Christof, Porträt eines Historikers – Theodor Schieder in seiner Zeit, in: Historische Zeitschrift, 300 (2015), 3, 720–727.
- König, Hans Joachim, Konetzke, Richard, in: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.), Historikerlexikon, 171f.

- Krause, Eckart, Personen, die „Geschichte“ machten. Versuch zu fast einem Jahrhundert Geschichtswissenschaft an der Hamburger Universität, in: Das Historische Seminar der Universität Hamburg, Hamburg 2005, 247–307.
- Lingelbach, Gabriele (Hrsg.), Vorlesung, Seminar, Repetitorium. Universitäre geschichtswissenschaftliche Lehre im historischen Vergleich, München 2006.
- Meuthen, Erich (Hrsg.), Kölner Universitätsgeschichte, Bd. 3, Köln/Wien 1988.
- Müller, Rainer, Geschichte der Universität. Von der mittelalterlichen Universitas zur deutschen Hochschule, München 1996.
- Müller, Rainer, Rassow, Peter, in: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.), Historikerlexikon: Von der Antike bis zur Gegenwart, München 2002, 269.
- Opitz-Belakhal, Claudia, Geschlechtergeschichte, Frankfurt am Main 2010.
- Paletschek, Sylvia, Ermentrude und ihre Schwestern: die ersten habilitierten Historikerinnen in Deutschland, in: Henning Albrecht, Politische Gesellschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Hamburg 2006, 175–187.
- Punscher, Uwe, Grundzüge völkischer Rassenideologie, in: Achim Leube (Hrsg.), Prähistorie und Nationalsozialismus. Die mittel- und osteuropäische Ur- und Frühgeschichte in den Jahren 1933–1945, Heidelberg 2002, 49–72.
- Rasche, Ulrich, Seit wann und warum gibt es Vorlesungsverzeichnisse an den deutschen Universitäten?, in: Zeitschrift für historische Forschung 36 (2009), 3, 445–478.
- Rassow, Peter, Deutsche Geschichte im Überblick. Ein Handbuch, Stuttgart 1962. Vorwort der 1. Auflage, 1953.
- Rassow, Peter, Nachruf, in: Historische Zeitschrift, Bd. 170 (1950), 448.
- Richter, Jürgen (Hrsg.), 111 Jahre Prähistorische Archäologie in Köln (Kölner Studien zur prähistorischen Archäologie, Bd. 9), Rahden/Westf. 2018.
- Saxer, Daniela, Vermittlungsweisen des Quellenblicks im Geschichtsunterricht an den Universitäten Wien und Zürich, in: Gabriele Lingelbach (Hrsg.), Vorlesung, Seminar, Repetitorium. Universitäre geschichtswissenschaftliche Lehre im historischen Vergleich, München 2006, 21–59.
- Selig, Wolfram, Spahn, Martin, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, 320f.
- Stubbe, Hannes (Hrsg.), 100 Jahre Psychologie an der Universität zu Köln. Eine Festschrift, Lengerich 2019.
- Universitäts- und Stadtbibliothek Köln (Hrsg.): 200 Jahre Kölner Vorlesungsverzeichnisse. Köln 1984, https://www.ub.uni-koeln.de/sammlungen/vorlesung/index_ger.html [Zugriff 15.8.2020].
- Vogt, Martin, Peter Rassow, in: Neue deutsche Biographie, Bd. 21, Berlin 2003, 166f.
- Vierhaus, Rudolf, Dietrich Gerhard, in: Historische Zeitschrift, 242 (1986), Bd. 3, 758–762.
- Walter, Rolf, Einführung in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Weimar/Wien 2008.
- Weber, Wolfgang, Geschichtsstudium im 19. und 20. Jahrhundert, in: Wolfgang Schmale (Hrsg.), Studienreform Geschichte kreativ, Bochum 1997, 21–44.

REZENSIONEN

Josiah Ober, Das antike Griechenland. Eine neue Geschichte, Stuttgart: Klett.Cotta 2016, 559 S., 34,95 €, ISBN 978-3608949285.

Das Buch, das auf die 2015 bei der Princeton University Press publizierte Fassung *The Rise and Fall of Classical Greece* zurückgeht, weckt hohe Erwartungen, ist doch Ober einer der renommiertesten amerikanischen Althistoriker und Politikwissenschaftler, der bislang zum klassischen Griechenland, vor allem zur Geschichte Athens, publiziert hat. Nicht nur hat Uwe Walter das Werk geradezu enthusiastisch besprochen¹, es ist auf dem Cover auch angekündigt als die „definitive Geschichte des klassischen Griechenlands für das 21. Jahrhundert“ (Ian Morris) oder gar auf der Umschlagrückseite: „Es gibt kein vergleichbares Buch über die antike Welt“². Nun ist die Bewerbung eines Buches das eine, der tatsächliche Inhalt das andere, aber bereits ohne einen Blick in das Buch stellt sich sowohl hinsichtlich des amerikanischen als auch des deutschen Titels die Frage, ob es ‚nur‘ um das klassische Griechenland, also die Zeit vom Ende des 6. Jahrhundert bis zu Alexander dem Großen (inklusive oder exklusiv, das ist immer die Frage) geht oder um das *gesamte* Feld der griechischen Geschichte, was doch einen erheblichen Unterschied macht. Die Antwort fällt, wie noch zu zeigen sein wird, zwiespältig aus.

Ober möchte den Weg aufzeigen, der in Griechenland von 1.000 bis 300 v. Chr. beschritten wurde und der zu einer ungeahnten Prosperität geführt hat, gegen Ende des 4. Jahrhunderts aber in die Niederlage etlicher griechischer Stadtstaaten (*Poleis*) gegen Makedonien führte, was mit dem „Niedergang des klassischen Griechenlands“ bezeichnet wird. Aufgezeigt wird das Panorama einer Großregion, die stark vernetzt und wachstumsorientiert war, die mitnichten von armen Kleinbauern am Rande des oder unter dem Existenzminimum(s) einerseits und von einer selbstgenügsamen Elite andererseits bewohnt wurde, sondern in der es gelang, die Staaten, durch welche sie letztlich erobert werden sollten, – Makedonien und Rom –, so zu prägen, dass viele Facetten ihrer Kultur erhalten blieben. Ober analysiert außerdem die Voraussetzungen, die für eine Entwicklung in den genannten Bereich bestehen mussten – die Möglichkeit der Teilhabe an der Politik und eine Zukunftsperspektive, die auf Vertrauen basiert, außerdem Institutionen, die diese beiden Faktoren verlässlich befördern.

Die Problematik einer solchen Fragestellung besteht – wie so oft in der Alten Geschichte, hier aber nochmals zugespitzt – im Quellenfundus, der nur für Athen, Sparta, Syrakus und einige wenige weitere größere *Poleis* ansatzweise zu belastbaren Ergebnissen führt. Wie will man jedoch für die griechische Welt *insgesamt*,

¹ Uwe Walter, Wettbewerb braucht Vertrauen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.2016, Nr. 277, 15.

² Robin Osborne, Josiah Ober. *The Rise and Fall of Classical Greece*, in: *The American Historical Review*, Nr. 121, 1, Februar 2016, 187–189.

dazu noch über einen Zeitraum von mehreren hundert Jahren, zu Aussagen gelangen? Obers Ansatz ist der Neuen Institutionenökonomie (NIO)³ und Modellen aus der Spieltheorie, Soziobiologie und Sozialanthropologie verpflichtet, wie sie inzwischen auch in anderen Studien⁴ gewinnbringend angewandt wurden. Die Voraussetzung dafür beruht auf einem großen Datenpool zu Bevölkerungsgrößen, Produktion, Wirtschaftskraft, Netzwerkstrukturen und Märkten, aus denen sich die Korrelationen von Ökonomie, Politik und Kultur auf verschiedenen Ebenen modellhaft ableiten lassen. Mit einer Zusammenstellung des Quellenmaterials zu den ca. 1.100 griechischen *Poleis* in archaischer und klassischer Zeit, die 2004 vom *Copenhagen Polis Centre* auf 1.396 eng bedruckten Seiten vorgelegt wurde, stand Ober hierfür ein exzellentes Arbeitsinstrument zur Verfügung, das er weiter aktualisiert und im Rahmen eines groß angelegten Stanford-Projekts⁵ in statistisch verwertbare Datensätze ‚übersetzt‘ hat. Man muss sich dabei aber im Klaren darüber sein, dass die archäologische, epigraphische und literarische Beleglage trotzdem ungleich bleibt. Umso redlicher ist das, was es hervorzuheben gilt, nämlich dass Ober seine methodischen und empirischen Grundlagen stets offenlegt, etwa, wenn er einen Korridor zwischen Minimum und Maximum von einzelnen Berechnungen erstellt.

Das Buch gliedert sich in elf Kapitel, die eng miteinander verzahnt sind. In den ersten fünf Kapiteln werden die theoretischen Grundlagen entfaltet und das Datenmaterial vorgelegt, in den nächsten fünf erfolgt dann ein abschnittsweiser Durchgang durch die Phasen der historischen Entwicklung mit dem Anspruch, eine „neue Geschichte“ zu schreiben, einschließlich des politischen Niedergangs. Kapitel 11 („Schöpferische Zerstörung und Unsterblichkeit“) beinhaltet nicht nur einen Ausblick, sondern versucht auch zu erklären, warum die ‚*Polis*-Ökologie‘ ebenso in nachklassischer Zeit widerstandsfähig war und sich das Andenken daran so lange erhalten hat – „eine Inspiration und ein Exempel für alle, die eine bürgerzentrierte Politik stärken möchten“ (19). Im Einzelnen: In Kapitel 1 („Die Blüte des klassischen Griechenlands“) führt Ober in sein Thema ein, beschreibt das dezentrale System griechischer Kleinstaaten in seinen sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen und klärt den Begriff „Blüte“, der für ihn durch Bevölkerungswachstum, höheres Durchschnittseinkommen und kulturelle Produktion auf höherem Niveau gekennzeichnet ist (25). In Kapitel 2 („Ameisen um einen Teich“) werden die Möglichkei-

³ Vgl. dazu Christian Rollinger, Rezension zu Kerstin Droß-Krüpe [u.a.] (Hrsg.), *Antike Wirtschaft und ihre kulturelle Prägung. The Cultural Shaping of the Ancient Economy*, Wiesbaden 2016, <https://www.hsozkult.de/searching/id/reb-26504?title=k-dross-kruepe-u-a-hrsg-antike-wirtschaft&q=christian%20rollinger%20rezension&sort=&fq=&total=37&recno=6&subType=reb> [Zugriff 13.08.2020].

⁴ Z.B. unlängst von Reinhard Pirngruber, *The Economy of Late Achaemenid and Seleucid Babylonia*, Cambridge 2017.

⁵ <http://polis.stanford.edu> [Zugriff 14.8.2020].

ten und Grenzen des Kopenhagener Materials für die Entwicklung einer „Stadtstaaten-Ökologie“ erörtert, um zu Aussagen über die Bevölkerung und deren Verteilung in den verschiedenen Räumen der griechischen Welt gelangen zu können; dabei arbeitet Ober zentrale Merkmale heraus, wie die Griechen bei allen Unterschieden zahlreiche Ähnlichkeiten verbanden, wobei nicht bei allen *Poleis* der Status als *Polis* gesichert ist und der Grad der Hellenisierung durchaus verschieden war. In Kapitel 3 („Politische Lebewesen“) zeigt Ober – ausgehend von Beobachtungen des Aristoteles in der *Politik* – auf, wie die Griechen trotz starker Fragmentierung und Dezentralisierung zusammenarbeiteten und als Kollektiv entsprechende Strukturen von Netzwerken und Märkten entwickelten, anders als in monarchischen und stark bürokratisierten Staaten; den grundlegenden Mechanismus sieht Ober dabei in einem konsequenten Informationsaustausch, gekoppelt an ein arbeitsteiliges Agieren, verdeutlicht am Beispiel der Ameisen, und angetrieben von einem ganzen Bündel an Motivationen. In Kapitel 4 („Hellas war reich“) wird auf die im Vergleich mit nachantiken Gesellschaften immens große Bevölkerungszahl der damaligen griechischen Welt aufmerksam gemacht, die ein erhebliches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatte und in der ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Bevölkerung *jenseits* des Existenzminimums und in relativem Wohlstand lebte. Die „Gründe für den Reichtum Griechenlands“ (Kapitel 5) macht Ober in fairen Regeln, abgesichert durch städtische Institutionen, aus, die einen starken Wettbewerb begünstigten, der nicht zuletzt aufgrund des Informations- und Wissensaustauschs wiederum zu Investitionen, Innovationen und Spezialisierungen führte; immer wieder erscheint ‚Vertrauen‘ als zentrale Kategorie, die im Übrigen in den letzten Jahren auch stark in die historische Forschung Einzug gefunden hat.⁶ Ober berücksichtigt dabei Faktoren wie Klima, Landschaft und Lage, vor allem aber misst er den durch die vorhandene Sicherheit stark minimierten Transaktionskosten eine hohe Bedeutung zu. Der historische Überblick in den Kapiteln 6–10 („Bürger und Spezialisierung vor 500 v.Chr.“, „Von der Tyrannis zur Demokratie, 550–465 v.Chr.“, „Das goldene Zeitalter des Imperialismus, 478–404 v.Chr.“, „Unordnung und Wachstum, 403–340 v.Chr.“, „Politischer Niedergang, 359–334 v.Chr.“) nimmt auf die theoretischen Grundlagen Bezug und zeichnet für Athen, Sparta und Syrakus Entwicklungen nach, die im Zusammenspiel mit den Institutionen zu den jeweiligen Spezialisierungen geführt haben. Dabei stößt man zwangsläufig auf viel Bekanntes, doch gelangen Ober immer wieder auch neue Einsichten, etwa zur Rolle der Tyrannen in der Entwicklungsgeschichte des prosperierenden Griechenlands oder zu den Gründen der Fortdauer der griechischen Blüte nach dem verheerenden Ende des Pelo-

⁶ Vgl. Steven Johnstone, *A History of Trust in Ancient Greece*, Chicago 2011 und Jan Timmer, *Vertrauen. Eine Ressource im politischen System der römischen Republik*, Frankfurt am Main 2017; in übergreifender Perspektive Sabrina Feickert (Hrsg.), *Faces of Communities. Social Ties between Trust, Loyalty and Conflict*, Göttingen 2014.

ponnesischen Krieges (Beratung durch Experten im öffentlichen Bereich, Institutionalisierung des zwischenstaatlichen Geflechts, Verbesserung des Zugangs zu den Institutionen). Letztlich wird deutlich, dass die große Beharrlichkeit der ‚Stadtstaaten-Ökologie‘ jegliche zentrale Herrschaftsbildung verhinderte, bis sich dann die Makedonen unter Philipp II. in einer bemerkenswerten Adaptationsleistung und mit gewaltigen Ressourcen die Spezifika des Systems zu Eigen machten und die Griechen sozusagen mit ihren eigenen Waffen zu schlagen vermochten.

Die Ausstattung des Buches mit vielen Schaubildern, Graphiken und Tabellen darf als angemessen bezeichnet werden, auch die Anhänge mit Daten zu einzelnen Regionen und einem praktischen Beispiel aus der Spieltheorie tragen zur Erhellung bei. Störend sind die „Skyten“ und „Phryer“ in Karte 2, bei der zudem unklar bleibt, auf welche Zeit sie sich bezieht, und die „Thrakische Cheronen“ in Karte 8. Die Übersetzung ist durchaus gelungen, sieht man von dem im Deutschen schwierigen Begriff der „opportunistischen Staaten“ (47) ab, der erst viel später (369) erklärt wird (gemeint sind Personen wie Philipp II., die selektiv zum eigenen Vorteil „Anleihen bei der griechischen Kultur und griechischen Institutionen machten“), und von der Übersetzung von *zoon politikon* als „politisches Tier“ (86 u.ö., besser: Lebewesen) einmal ab; die Übersetzung von *fundamental laws* bzw. *basic laws* mit *Grundgesetze* impliziert zumindest im deutschen Kontext falsche Vorstellungen. Bedauerlich ist, dass nur ein zehnteiliges Personen- und Ortsregister erstellt wurde, während das Register der amerikanischen Ausgabe auch Sachen und Unterstützungsworte aufweist. Ernüchternd ist die nicht weniger als fast 40 Seiten umfassende Bibliographie deshalb, weil letztlich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – von Ober ausschließlich die angloamerikanische Forschung zur Kenntnis genommen wird. Zentrale Arbeiten wie etwa – allein im deutschsprachigen Forschungsraum – von Christian Meier, Winfried Schmitz, Martin Jehne, Uwe Walter oder gar Egon Flaig, um nur Einige zu nennen, die sich intensiv mit einschlägigen von Ober untersuchten Aspekten auseinandergesetzt haben, fehlen, was gleichermaßen für das Französische und Italienische gilt. Dem gegenüber steht zweifellos eine Fülle an politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Titeln, die gewinnbringend für das Thema herangezogen werden.

Zu fragen ist freilich, ob das Paradigma von *Aufstieg und Niedergang*, *rise and fall*, tatsächlich als Erklärungsmodell geeignet ist; dies ist letztlich eine Frage der Definition von Kriterien, aber auch, wie man die Perspektive ausrichtet: Um in Obers Feld zu bleiben – welche Vorstellung hat Ober von der Epoche des Hellenismus? Welche Grenzen zieht er tatsächlich, wenn er die Zeit um 300 v.Chr. als den Höhepunkt der klassischen Epoche ansieht? Wie lässt sich das aufrechterhalten, wenn die Zeit danach nicht annähernd auf derselben Materialgrundlage steht? Stellen tatsächlich die *Poleis* „das wirtschaftliche und soziale Fundament für die [...] neu geschaffenen Reiche“ dar (48)? Allein der Blick auf das Ptolemäerreich lässt Zweifel aufkommen, vor allem aber ist Ober gewissermaßen Gefangener seiner eigenen bzw. der Kopenhagener Basis, die die nachklassische Zeit ausgespart

hat – umso bedauerlicher, als sich dort in etlichen Bereichen, etwa bei den archäologischen und epigraphischen Zeugnissen, eine markante Zunahme beobachten lässt und in einigen Regionen in einer beispiellosen Urbanisierungswelle vermehrt Städte gegründet bzw. stark ausgebaut wurden – und zwar in Griechenland selbst, aber auch in den Weiten des ehemaligen Achaimenidenreiches. Auch sachlich ist der Ausschluss der nachklassischen Epoche nicht gerechtfertigt, geht Ober doch auch für den Stadtstaat ‚seiner‘ Zeit von etwaigen „Beschränkungen seiner Autonomie“ (72) aus und zitiert auch John Ma, demzufolge etliche kleinere *Poleis* „sogar mehr Handlungsfreiheit besaßen als in klassischer Zeit (418). Diese Befunde aufzuarbeiten, ist das Stanforder Projekt bislang nicht angegangen.

Einige Detailpunkte seien herausgegriffen: Ob tatsächlich in Athen „etwa die Hälfte der Bürger außerhalb der Landwirtschaft arbeitete“ (156f.) und ob dies in den anderen *Poleis* ähnlich war, müsste nochmals gründlich überprüft werden. Dies gilt auch für die Behauptung, bei den Griechen sei geradezu überzeitlich ein wirtschaftliches Denken vorauszusetzen (169). Obers Behauptung, der sogenannte Fürst von Lefkandi sei „offenbar mit einem großen Teil der wertvollen Besitztümer seiner Gemeinde“ (191) bestattet worden, mutet in dieser Eigentumszuschreibung, dazu ohne Beleg, seltsam an – zielführender wäre es gewesen, auf die Herkunft der Pretiosen, wohl aus Zypern, zu verweisen. Das Bild von der *Krypteia* in Sparta als „staatlich unterstützte Terror-Organisation, die [...] im Zuge von staatlich organisierten Massentötungen“ missliebige Heloten umgebracht hätte (205f.), bedarf sicherlich der Revision, ähnlich wie die Vorstellung der um die Paläste organisierten Ökonomie in mykenischer Zeit (187f.). Dass die kleisthenischen Reformen „schnell als Notmaßnahme umgesetzt worden seien“ (235), will angesichts von deren Komplexität nicht recht einleuchten, zumal einige wichtige Aspekte – die These, dass militärische Gründe die Reform motiviert hätten, die Frage nach einer möglichen Auslösung der Demen und Trittyen bzw. die Findung eines Kompromisses – nicht berücksichtigt sind. Ober hebt besonders das wachsende „gegenseitige Vertrauen der Bürger“ in Athen und „das Vertrauen in das politische System“ hervor (248): Es stellt sich jedoch die Frage, warum im Laufe der Zeit immer mehr Kontrollmechanismen eingeführt und vor allem eine Flut an Prozessen geführt wurde – offenbar bestand durchaus ein Vertrauen in die staatliche Ordnung, die man ja mitgestalten konnte, aber nicht in die Mitbürger! Dass Athen „seinen untergebenen Staaten nie eine demokratische Verfassung“ aufzwang (286), wird durch etliche Inschriften aus dem 5. Jahrhundert widerlegt. Die Behauptung, Sparta habe für die Finanzierung einer Flotte „im Gegenzug die Staaten des athenischen Reiches den Persern überlassen“ sollen (313), trifft faktisch nur für die *Poleis* an der kleinasiatischen Küste zu, wie Ober später (322) auch selbst formuliert. Mitunter fehlen schlicht die Belege für Behauptungen, etwa, dass im 4. Jahrhundert „in zumindest einigen Gebieten [...] verstärkter Warenumsatz, gefördert durch handelsfreundliche institutionelle Veränderungen, die Transaktionskosten nach unten“ trieb (320). Ober bezieht sich auf die These seines akademischen Lehrers Chester Starr, demzufolge die Griechen in Kleinasien im 4. Jahrhundert unter den Persern „mindestens ebenso wohlhabend waren wie Mitte des 5. Jahrhunderts v.Chr. unter den Athenern“

(363f.), was von einer „Generation akademischer Forschung“ bestätigt und vertieft worden sei – von wem, erfährt man nicht. Nach der Schlacht von Gaugamela 331 v. Chr. war, so Ober, das Perserreich gestürzt und die griechische Welt stand „vor einer gewaltigen Veränderung. Die klassische Zeit war vorbei, die hellenistische brach an“ (389) – für die Konstituierung einer Epochengrenze würde man sich doch deutlich mehr Kontext wünschen. Die Aussagen über die Bürger Makedoniens (403) und deren Verhaltens- bzw. Denkweisen muten angesichts der Tatsache, dass wir über sie so gut wie nichts wissen, sehr modernistisch an. Die Ausführungen zur Diadochenzeit, insbesondere zu Agathokles auf Sizilien (417), werden eigentlich erst dann verständlich, wenn das ‚Jahr der Könige‘ von 306 v. Chr. eingeführt und erklärt wird.

Eine neue Geschichte des antiken Griechenlands stellt Obers Buch nicht dar. Aber es lädt in jedem Fall zur weiteren kritischen Auseinandersetzung ein, für die einige Aspekte thematisiert wurden, und es hat mehr zu bieten als die vernichtende Rezension von Kostas Vlassopoulos glauben macht, der unter anderem die zu schwache Berücksichtigung der Sklaverei als Wirtschaftsfaktor moniert hat.⁷ Ober hat nicht weniger als eine erstmalige, konzeptionell durchdachte Auswertung umfangreicher, in den letzten Jahren von Anderen erhobenen Daten für die griechischen *Poleis* vorgelegt und eine beeindruckende These zur Diskussion gestellt. Dass die aufgeworfenen Zusammenhänge vielfache Bezugspunkte zu aktuellen Entwicklungen moderner Demokratien – oder was sich dafür ausbitt – enthalten und Ober, wie er im Vorwort deutlich macht, aus Moderne und Vormoderne seinen Fragehorizont bezieht,⁸ macht die teilweise doch recht ungewohnte Lektüre nicht minder interessant, zumal weder platte Aktualisierungen noch eine simple Ökonomisierung zu finden sind.

GREGOR WEBER

⁷ Vgl. dazu Kostas Vlassopoulos, Rezension zu Josiah Ober, *The Rise and Fall of Classical Greece*. *The Princeton History of the Ancient World*, in: Bryn Mawr Classical Review, <http://bmcr.brynmawr.edu/2016/2016-03-04.html> [Zugriff 13.8.2020].

⁸ Vgl. exemplarisch auch Josiah Ober, *Democracy before Liberalism*, Vortrag an der Central European University, 15.10.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=Q6Y30jgNzd0> [Zugriff 13.8.2020].

Christian Mühling, Die europäische Debatte über den Religionskrieg (1679–1714). Konfessionelle Memoria und internationale Politik im Zeitalter Ludwigs XIV., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018, 587 S., 85, – €, ISBN 978-3525310540.

Ob es ‚den‘ Religionskrieg in der Frühneuzeit ‚wirklich‘ gegeben hat, ist aufgrund komplexer Bündel von Motiven, Gründen und Ursachen umstritten. Wohl aber hat es in dieser Epoche – und das zu zeigen ist die Hauptanliegen der vorliegenden Neuerscheinung – eine intensive Debatte um den Religionskrieg gegeben. Nicht erst die moderne Geschichtswissenschaft also hat diesen intensiv diskutiert, sondern bereits Historiker und Publizisten Jahrhunderte vorher. Der Clou ist, dass die Debatte über den Religionskrieg nicht zu jener Zeit entbrannt ist, welche moderne Priester der Clio gemeinhin als das Zeitalter der Religionskriege definiert haben, sondern erst in einer Epoche, die man eigentlich mit Frühaufklärung und Werten wie Toleranz und Rationalität assoziiert. Just um 1700 habe, so eine zentrale Erkenntnis Christian Mühlings, eben „die Verwendung des Religionskrieges als Quellenbegriff in der politischen Debatte einen Höhepunkt“ erreicht (503). Interessant macht das Buch des Weiteren die im Untertitel formulierte These, dass sich in der „transkulturellen“ Debatte um den Religionskrieg die internationale Politik im Zeitalter Ludwigs XIV. spiegle. Die religiöse Aufladung der Religionskrieg-Memoria kann zudem als Ausdruck einer (erneut) erstarkten konfessionellen Polarisierung der Gesellschaften Europas gewertet werden.

Mühlings preisgekrönte Arbeit, die überarbeitete Fassung seiner Marburger Dissertation von 2016, versteht sich als Begriffsgeschichte neueren Typs. Im breiten Strom zeitgenössischer Literatur unterhalb literarischer Höhenkämme macht sie sich auf Spurensuche nach dem Religionskrieg (42, 139). Dabei rücken insbesondere Werke der Geschichtsschreibung sowie die Tagespublizistik in den Fokus. Speziell die Historiografie habe sich für die „Meistererzählung“ zum Religionskrieg als das Medium schlechthin erwiesen (46); theologische und juristische Traktate (sowie scheinbar auch politisch-philosophische Abhandlungen) böten dagegen kaum Relevantes. Zusammen mit Streit- bzw. Flugschriften und Zeitschriften hat Mühling aus gängigen Datenbanken rund 300 Titel extrahiert, die mit dem Schlüsselbegriff ‚Religionskrieg‘ operieren. Der Großteil der Quellen (70 %) ist in französischer Sprache publiziert worden, weitere 20 % in deutscher und 10 % in englischer Sprache (44), womit der Verfasser auch den geografischen Raum seiner Untersuchung bestimmt. Lateinische Texte oder solche in anderen europäischen Sprachen (etwa Spanisch, Ungarisch, Schwedisch) sind keine Bestandteile des Quellenkorpus. Auf Basis dieses Korpus wurde auch der zeitliche Untersuchungsrahmen, die Jahre zwischen 1679 und 1714, fixiert.

Den beiden Leitfragen, wie sich ein konfessionell geprägtes Gedächtnis vom ‚Religionskrieg‘ entwickelt habe und wie sich „ein Geschichtsbild und die Epochenbezeichnung des Religionskrieges [...] ausgeprägt haben“ (503; ähnlich 14) wird in zwei Hauptteilen nachgegangen. Im ersten wird die Argumentationen um

eine religiös begründete Kriegführung in der protestantischen sowie katholischen Historiografie (65–243) dargelegt und dabei auf Ketzerbekämpfung und Herrscher-memoria, Untertanentreue, Widerstandsrecht und Interventionsrechtfertigungen eingegangen. Der zweite Hauptteil thematisiert die europäische Tagespublizistik (vgl. zu diesem Begriff 56–61). Diese ist insofern zum Teil von der Historiografie abhängig, als dass sie zahlreiche geschichtliche Exempla und Argumentationsweisen letzterer (u.a. 342f.), die wiederum schon der Geschichtsschreibung und der Geschichtswissenschaft im frühen 17. Jahrhundert geläufig waren, übernimmt.¹ Hier lassen sich aber auch die Bezüge der Religionskrieg-Debatte zu den internationalen Mächtekonflikten bis hin zur Diskussion um eine Universalmonarchie Ludwigs XIV. deutlich herausarbeiten. Mühling zeigt, wie die Religionskrieg-Memoria zur Legitimation gegenwärtiger Politik, aber auch zur Kritik an ebendieser genutzt (vgl. z. B. 196) wurden und wie durch damit provozierte Gegendarstellungen die Debatte um den Religionskrieg Fahrt aufgenommen hat (107–135). Im Fazit wird noch einmal herausgestrichen, dass in der Debatte um 1700 das „noch heute populäre Geschichtsbild vom Religionskrieg“ begründet worden sei, welches die moderne Forschung kritisch zu reflektieren habe. Die Analyse dieser Debatte, die ja die Deutungs- und Wahrnehmungsmuster der Zeitgenossen zum Religionskrieg wiedergebe (27f.), solle dabei helfen können, „eine klare Definition dafür zu finden, was eigentlich als Religionskrieg bezeichnet werden soll“ (510). Des Weiteren lasse sich resümieren, dass Konfession als Faktor in den internationalen Beziehungen nach 1648 nichts an Bedeutung verloren habe, weshalb man „von einer Fortsetzung des Konfessionalisierungsprozesses um 1700“ sprechen dürfe (504). Die somit anhaltende Verzahnung von Religion und Politik bringe wiederum die „Meistererzählung von der Säkularisierung“ der Politik nach 1648 ins Wanken (21f.). Zu Recht kritisiert Mühling auch das von der modernen Geschichtswissenschaft mehrheitlich gezeichnete Geschichtsbild des Religionskriegs, da es in der Tendenz von einem essenzialistischen und anachronistischen Verständnis des Religionskriegs ausgehe, nur Kriege des 16. und frühen 17. Jahrhunderts als Religionskriege auffasse und eben für diesen Zeitabschnitt das Geschichtsbild und den Epochenbegriff des ‚Religionskriegs‘ geprägt habe. Tatsächlich habe sich erst in der Zeit danach – angeregt etwa durch französische Expansionspolitik, aber auch die Revokation des Edikts von Nantes 1685 oder die ungefähr zeitgleiche *Exclusion Crisis* – in der intensiven Debatte der Begriff und das Geschichtsbild des Religionskriegs ausgebildet. Und diese Debatte war, so betont Mühling regelmäßig, transkulturell, transnational und transregional, mithin also europaweit (vgl. etwa 32–40, 139).

¹ Vgl. Michael Philipp, Bernegger – Schaller – Boeckler. Die Straßburger historische Schule der Politikwissenschaft im 17. Jahrhundert, in: Hanspeter Marti/Robert Seidel (Hrsg.), Die Universität Straßburg zwischen Späthumanismus und Französischer Revolution, Wien/Köln/Weimar 2018, 133–337, hier 289–296.

Mühlings minutiöse Rekonstruktion der Religionskrieg-Debatte lässt den Eindruck aufkommen, dass man um 1700 praktisch alle Kriege von der Antike an über die Zeit der Kreuzzüge bis ins 16. und 17. Jahrhundert hinein als Religionskriege aufgefasst hat. Ein interessantes Beispiel ist sicherlich der Schmalkaldische Krieg, dem auch in französischsprachigen Werken besondere Aufmerksamkeit zu Teil wurde. An jenem ließen sich, was eventuell einer gesonderten Darstellung Wert gewesen wäre, modellhaft die Ambivalenzen des Begriffs fassen: War er ein notwendiger Krieg, der zur Bekämpfung von Häretikern geführt werden musste? Oder hat man ihn als Verteidigungskrieg einer bedrängten Glaubensgruppe zu erachten, die für ihren Kampf die Unterstützung durch ausländische Herrscher und Staaten erwarten durfte? Oder handelt es sich schließlich um ein Strafkrieg gegen politische Rebellen, die wegen ihres notorischen Widerstandsgeistes in jedem Falle militärisch niederzuringen waren? Jüngste Beispiele nach den französischen Bürgerkriegen und dem Achtzigjährigen Krieg der Niederlande, den beispielsweise der britische Historiograf John MacGregory als Religionskrieg erachtet habe (214), sind der Pfälzische und der Spanische Erbfolgekrieg. Letzteren habe ein Großteil des spanischen Klerus – im Übrigen sekundiert von der französischen Publizistik – als wahrhaftigen Religionskrieg und Philipp V. als Vorkämpfer des Katholizismus erachtet (335f.). Auch der Konflikt der Jakobiten im Gefolge der *Glorious Revolution* wird nicht vergessen (vgl. III.1.3., insbes. 271–276).

Das inflationäre Auftreten der Religionskrieg-Argumentation erklärt sich aus dem vorherrschenden Autorentyp, der hier debattierte – es handelt sich nämlich regelmäßig um Geistliche, die nicht selten auch mit Werken zur Kirchengeschichte hervorgetreten sind: Pierre Jurieu (1637–1713) mit einer *Histoire du Calvinisme* (1683), der Jesuit Louis Maimbourg (1610–1686) mit einer *Histoire du Luthéranisme* (1680) und einer zum Calvinismus (1682), Gilbert Burnet (1643–1715) mit einer *History of the Reformation of the Church of England* (1679; französische Übersetzung durch Jean-Baptiste de Rosmond 1683), der Hugenotten-Pastor Jacques Basnage de Beauval (1653–1723) mit seiner *Histoire de la religion des Églises réformées* (1690) usw. Einige der Autoren hatten für Publikationen Auftraggeber, wurden also bezahlt oder erhielten ein kleines Amt (51f.). Die Generalversammlung des französischen Klerus gewährte beispielsweise anti-protestantisch schreibenden Autoren Pfründen und Pensionen; und die *Académie Française* stiftete ab 1685 Preise für Werke, welche „die Ausrottung der Häresie feierten.“ (107). Erwartungsgemäß stand somit „die Kirchengeschichtsschreibung [...] aktiv im Dienst der Kontroverstheologie und konfessionellen Polemik“ und hatte die Debatte um den Religionskrieg ihre Wurzeln in der Rivalität „zwischen katholischen Klerus und hugenottischen Pastoren“ (67).

Wie in solchen konfessionell eingefärbten Geschichtsdarstellungen die Politik der Gegenwart gespiegelt, wie der militärische Kampf gegen andere Konfessionen propagiert und legitimiert wurde und wie die Autoren gegeneinander polemisiert haben, ist interessant und ertragreich zu lesen. In seinem begriffsgeschichtlichen

Ansatz verzichtet Mühling allerdings auf biografische Kontextualisierungen der Beiträge zur Religionskrieg-Debatte. Über die Bedeutung der Autoren (in welcher Hinsicht auch immer) erfährt man kaum etwas. Das mag bei manchem Schreiberling wie etwa dem englischen Kleriker-Historiker Echarde Laurence (ca. 1670–1730) nicht stören; dieser wird mit seinem Werk (zur Spätantike?) weder im Personenregister noch in der Bibliografie verzeichnet und bleibt mit der kursorischen Erwähnung (207) bei Mühling völlig im Dunkeln. Über viele andere Autoren, etwa Michel Le Vassor, Jacques Bénigne Bossuet, Edmund Hückeringill oder die oben Genannten hätte man aber gerne mehr erfahren. Auch zur Einordnung und Bewertung ihrer Aussagen findet sich wenig: Die Stimmen zum Religionskrieg werden bei Mühling sozusagen nur gezählt und nicht gewichtet. Entbehrlich scheinen im Rahmen dieses Untersuchungsdesigns zudem Bemerkungen zur Bedeutung der herangezogenen Werke in Relation zur Gesamtproduktion vergleichbarer Publikationen zu sein. Nur so lässt sich erklären, dass beispielsweise zum Thema protestantische Untertanentreue Zitate von J.J. Quesnot de La Chesnéas und Samuel Pufendorf direkt aufeinander folgen. Mühlings jenseits des Höhenkamms angesiedelte Untersuchung stellt damit Pufendorfs Schrift *De statu Imperii* (1667) – zu diesem Klassiker des politischen Denkens werden keinerlei Hinweise gegeben² – neben die Schrift des unbekannten Franzosen (348f.). Dass beide Werke der Tagespublizistik zugerechnet werden, unterstreicht die große Bandbreite an Literaturprodukten, die Mühling unter Tagespublizistik summiert. Auch das etwa 1.000 Seiten umfassende Werk der Bautzener Bürgermeister Matthäus Göbel, *Caesareo-Papia Romana* (1684; 21691), das unter anderem profund das protestantische Feindbild des Papstes und des katholischen Klerus ausmalte, rangiert unter dieser Rubrik.³

Die Lektüre der anregenden und fundierten Untersuchung Mühlings verleitet zu einigen weiterführenden Fragen und Thesen, die keineswegs Defizite der Arbeit herausstellen wollen. Was hat der Religionskrieg-Debatte den Nährboden bereitet? Steht hinter diesen tatsächlich eine stark angeschwollene konfessionelle Polarisierung im Europa der (Früh-)Aufklärung? Was hat „Schreckensfantasien“ von universellen Religionskriegen und Horrorvisionen von der Ausrottung der eigenen Konfession heraufbeschworen (u.a. 133)? Was hat ein Klima der Verunsicherung, Angst und des Hasses auf Andersgläubige erzeugt, das sich bei der drohenden Thronfolge eines andersgläubigen oder dem Konfessionswechsel eines regierenden Fürsten artikulierten? Liegt nicht die Vermutung nahe, dass die Ausmalung solcher Schreckensszenarien das Geschäftsmodell der rivalisierenden Religionskriegshistoriografen und Publizisten gewesen ist? Zu diesem Geschäftsmodell ließen sich auch die konfessionellen Selbst- und Feindbilder rechnen, die man gleichfalls aus

² Vgl. Detlef Dörings Überblick in Hans Maier/Horst Denzer (Hrsg.), *Klassiker des politischen Denkens*. Band II: Von John Locke bis Max Weber, 3. Aufl., München 2007, 31–40.

³ Mühling zitiert ihn bzw. die Schrift viel häufiger (349f., 367–370, 374, 379–388 u. ö.) als es das lückenhafte Personenregister wiederzugeben vermag.

dieser Debatte herausdestillieren könnte, etwa das der notorisch rebellischen Protestanten oder das der machiavellistisch-machtsüchtigen Katholiken. Damit ließe sich auch erklären, dass der inhaltlich ambivalente Begriff des ‚Religionskriegs‘ zum dominanten Schlüsselbegriff einer herrschenden Debatte werden konnte. Dass es materielle Anreize gab, kontroverse Standpunkte in Bezug auf Kriege und Bekenntnisse einzunehmen, dabei konfessionelle Gegner polemisch anzufinden und politisch-konfessionelle Polarisierung und Ausgrenzung zu betreiben, ist ja oben bereits erwähnt worden. Die an theologischen Fakultäten und Hochschulen einstudierte Lust an konfessioneller Kontroverse mag Weiteres beigetragen zu haben.

Die Intensität, mit der Mühling den literarischen Deutungskrieg um den Religionskrieg schildert, lässt den Leser beinahe zweifeln, ob es daneben nennenswerte andere Deutungen zu Krieg und Geschichte jenseits konfessioneller Konfrontation gegeben hat. Sollte Geschichtsschreibung um 1700 das Monopol katholischer und protestantischer Geistlicher gewesen sein? Das behauptet Mühling freilich keineswegs. Immerhin kennt man ja auch andere ‚Parteikonflikte‘ gerade im Politischen, etwa den zwischen Monarchisten und Monarchomachen oder den zwischen Royalisten und Konstitutionalisten bzw. Republikanern. Erinnert sei an den Historikerstreit im Gefolge der *Exclusion Crisis*, in dem *Whig*- und *Tory*-Historiker um die *Ancient constitution of England* rangen.⁴ Das für diesen nicht primär konfessionellen Parteikonflikt wichtige Werk *An introduction in the old English History* des Physikers, Parlamentariers und auf solider Quellenbasis arbeitenden Historikers Robert Brady (1627–1700) war just 1684 erschienen. Hier könnte man fragen, ob die von Mühling erwähnten englischen Geschichtsschreiber und Pamphletisten (Gilbert Burnet, Edmund Hickerlingill, Echard Laurence u.a.) ihre Beiträge zur Religionskrieg-Debatte davon unberührt geschrieben haben.

Insgesamt hat Christian Mühling eine anregende und die Forschung korrigierende wie inspirierende Arbeit vorgelegt. Nicht nur das Bild des Religionskriegs hat er neu ausgeleuchtet, sondern auch die Geschichtsschreibung und Publizistik der Frühen Neuzeit. Die Studie bereichert die Diskussion um Epochenkonstruktionen wie der des Religionskriegs-Zeitalters und um die Entstehung von Erinnerungskulturen und deren Fortleben. Ob man das Zeitalter der Religionskriege neu vermessen muss, sei an dieser Stelle offengelassen.

MICHAEL PHILIPP

⁴ Vgl. Michael Wagner, Ein englischer Weg zum Absolutismus? Die Tories und die Monarchie 1678–1688, in: Rolf Gundlach/Hermann Weber (Hrsg.), *Legitimation und Funktion des Herrschers*, Stuttgart 1992, 259–284, hier 270–273.

Sonja Wimschulte, Die Jakobiten am Exil-Hof der Stuarts in Saint-Germain-en-Laye 1688/89 bis 1712. Migration, Exilerfahrung und Sinnstiftung, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018, 283 S., 75,00 €, ISBN 9783525101483.

Die publizierte Dissertation von Sonja Wimschulte befasst sich mit der – maßgeblich katholischen – Migrationsbewegung der Jakobiten, loyalen Anhängern Jakobs II., die in der Folge der *Glorious Revolution* ihrem König in das von Ludwig XIV. gewährte Asyl nach Saint-Germain-en-Laye folgten. Im Zentrum der prosopographisch-kollektivbiographischen Analyse stehen daher die 333 von 1692 bis 1712 am Exil-Hof angestellten Personen. Angesiedelt an der Schnittstelle von Erfahrungs- und Migrationsgeschichte leistet Wimschulte einen wichtigen Beitrag zum Verständnis von Loyalität und Patronage frühneuzeitlicher Monarchien, insbesondere jener im Exil, indem sie „Wahrnehmung, Erfahrung, Deutung und Sinnstiftung“ (21) dieser Migrationsbewegung untersucht. Ihre Erkenntnisse zieht sie aus Gehalts- und Pensionslisten, weiteren königlichen wie parlamentarischen Akten sowie zahlreiche Korrespondenzen der am Exil-Hof befindlichen Personen.

Nach einem einleitenden Kapitel zu Forschungsstand, Methode und Quellenkorpus wird die Migrationsbewegung in ihren Kontext gestellt (A): Hierbei beschreibt Wimschulte einerseits die Ursachen und Geschehnisse um die *Glorious Revolution* in England und welche Rollen Wilhelm von Oranien und Jakob II. diesbezüglich innehatten. Andererseits finden die beiden Migrationsprozesse – die individuelle Emigration aus England und Schottland und die durch den Vertrag von Limerick organisierte Emigration aus Irland – sowie die Ankunft und Ansiedlung in Frankreich samt dem strukturellen Aufbau des Exil-Hofes inklusive der Hofämter detailliert Betrachtung. Hier fällt die teils selektive und bisweilen einseitige Rezeption der insgesamt deutlich breiteren Forschung zur *Glorious Revolution* auf.

Dem kontextualisierenden Kapitel folgt das Kernstück der Studie, die Untersuchung der Erfahrung, Wahrnehmung, Deutung und Sinnstiftung am Exil-Hof, wobei Wimschulte diese in zwei parallel aufgebauten, chronologischen Kapiteln analysiert. So legt sie die personelle Konstellation des Exil-Hofes und seine Anziehungskraft zunächst für den Zeitraum von 1692 bis 1701 (B), anschließend für die Phase von 1701 bis 1712 (C) dar. Diese schlüssige chronologische Trennung der beiden Abschnitte beruht auf dem Tod Jakobs II. 1701, womit seine Frau Maria von Modena bis zur Volljährigkeit 1706 die Regentschaft für ihren Sohn James Francis Edward (nach jakobitischer Zählung: Jakob III.) übernahm. Parallel geht Wimschulte auf die außenpolitischen Ereignisse ein, die für den Exil-Hof einschneidende Veränderungen mit sich brachten. Mit dem aus dem Frieden von Utrecht resultierenden Umzug des Exil-Hofes ins lothringische Bar-le-Duc endet der Untersuchungszeitraum.

Im Rückgriff auf die Hofämter beginnen die Kapitel B und C jeweils mit einer Analyse der Hofangehörigen. Wimschulte geht hier differenziert auf deren heterogene geographische, sozioökonomische und konfessionelle Herkunft ein und erläutert, wie daraus resultierende Differenzen Spannungen am Hof hervorrufen konnten. Insbesondere für die Zeit Jakobs II. macht sie deutlich, welche Rolle Loyalität sowie die Bekleidung einer Hofcharge am Exil-Hof hatten: Indem die Jakobiten nicht von der bisherigen Patronatstradition der Stuarts abwichen und Jakob II. durch den Gang ins Exil ihre ungebrochene Gefolgschaft signalisierten, handelten sie ganz in ihrem eigenen Interesse. Überzeugend argumentiert Wimschulte, dass ein Großteil der Jakobiten auch gar keine andere Wahl gehabt habe, da ihnen in England ob ihrer katholischen Konfession oder ihrer Loyalität zum Stuart-König die Ämter entzogen worden waren. Am Exil-Hof hätten sie indes darauf hoffen können, nach baldiger Rückkehr und Restauration Jakobs II. für ihre Loyalität belohnt zu werden. Zu Recht begründet Wimschulte diese Rückkehrerwartungen mit der Lebenserfahrung der Hofangehörigen: Die meisten hatten die Höhen und Tiefen Englands seit dem 1640ern (u.a. Bürgerkrieg, Restauration, *exclusion crisis*, Geburt Jakobs III.) miterlebt, weshalb sie annehmen konnten, auch das Exil als eine weitere Krise der Monarchie sei nur von temporärer Dauer. Manche der adeligen Familie fuhren, so Wimschulte, zweigleisig: Während ein Teil der Familie Jakob II. ins Exil folgte, verblieb ein anderer auf dem englischen Sitz und ergriff manchmal sogar Partei für Wilhelm III. Dementsprechend überrascht es nicht, dass mit der ludovizianischen Anerkennung Wilhelms III. als englischem König im Frieden von Rijswijk (1697) 20 % der Hofangehörigen versuchten, nach England zurückzukehren – teils mit der Unterstützung der exilierten Stuarts. Das Phänomen, in der Hoffnung auf baldige Rückkehr Güter nahen Verwandten zu überlassen, erinnert an die hugenottischen Exilerfahrungen, deren Rückkehrhoffnungen nach Frankreich ebenfalls 1697 zerschlagen wurden. Dieser Vergleich wird – wenngleich in der Einleitung angekündigt – nicht gezogen.

Auch dem zweiten Analysekapitel ist eine Kontextualisierung der außenpolitischen Lage vorgeschaltet, die den Vorabend und Ausbruch des Spanischen Erbfolgekrieges umreißt. Aus diesen Ereignissen resultierten optimistische wie pessimistische Überlegungen der Jakobiten hinsichtlich einer künftigen Restauration der Stuarts in England. Wimschulte gelingt hier die Gratwanderung, trotz der parallel aufgebauten Analysekapitel Redundanzen zu vermeiden. Präzise verdeutlicht sie die Veränderungen in der personellen Konstellation des Hofes unter Jakob III. Dabei analysiert sie, inwiefern sich der Hof aus Angehörigen der ersten Phase (60 %) und neu hinzugekommenen Personen (40 %) zusammensetzte. Letztere standen stets in einem engen Verwandtschaftsverhältnis zu bereits am Hof präsenten Personen (168–178).

Für beide Zeiträume veranschaulicht Wimschulte, wie die Anziehungskraft des Exil-Hofes darauf basierte, eine Art ‚Parallelwelt‘ anzubieten. Er ermöglichte den Hofangehörigen, ihren sozioökonomischen Geltungsanspruch aufrechtzuerhalten,

der ihnen in England, wo teilweise sogar Strafverfolgungen drohten, genommen worden war. Der Exil-Hof fungierte – wie jeder andere frühneuzeitliche Hof auch – als Kommunikations- und Interaktionsraum, indem das höfische Zeremoniell (Festlichkeiten, die Reziprozität von Schenkungen und Loyalität, Gehalts- und Pensionszahlungen) strengstens beibehalten wurden. Je prekärer die royale Lage, desto platzierter wurden unter Jakob II. die in Zukunft liegenden Schenkungen, mittels derer Personen weiterhin an Jakob gebunden werden sollten (122–123). In der zweiten Phase avancierte das höfische Zeremoniell noch deutlicher für alle am Exil-Hof lebenden Personen zum einzigen Mittel, um ihren gesellschaftskonformen Geltungsanspruch weiterhin behaupten zu können (180–187). Zeitgleich erfuhr der Exil-Hof seine Daseinsberechtigung als Ort der „wahren“ Monarchen: Im Sinne des *divine right* verdeutlicht Wimschulte die am Exil-Hof vorherrschende Annahme, Jakob II. sei englischer König von Gottes Gnaden. Diese Deutung sowie die frommkatholischen, fast schon sakralen Elemente von Jakobs Selbstinszenierung wurden nach dessen Tod auf seine Frau und seinen Sohn übertragen: Die andauernde Trauer der Witwe sollte die tiefe religiöse, über den Tod hinausreichende Verbundenheit der Eheleute symbolisieren. Ebenso diente die Einigkeit zwischen Mutter und Sohn sowie die Beschreibung der sich allzu deutlich abzeichnenden königlichen Charakterzüge Jakobs III. dazu, sich der Loyalität ihrer Anhänger und deren Zusammenhalt zu versichern (187–200). Diesbezüglich zeigt Wimschulte auch auf, wie diese Sinnstiftung die politischen Erfolgsaussichten in England belastete: König von Gottes Gnaden zu sein, widersprach Jakobs II. Zugeständnissen an die englischen Untertanen, auf seine Prärogativrechte verzichten zu wollen und mittels der Trennung einer privat-religiösen und öffentlich-politischen Sphäre die anglikanische Religion nicht zu gefährden. Die unüberwindbare Diskrepanz zwischen seiner katholischen Selbstinszenierung und den offerierten Zugeständnissen wurde durch den Konversionsdruck auf die wenigen protestantischen Angehörigen am Exil-Hof verstärkt und ließ eine Restauration immer unwahrscheinlicher werden. Gleiches galt für Jakob III., wobei die jansenistische Präsenz am Exil-Hof das Verhältnis zu Ludwig XIV. zusätzlich belastete.

Indem Wimschulte im Ausblick zeigt, wie der Exil-Hof nach dem Umzug nach Bar-le-Duc seine Bedeutung sukzessive verlor, rundet sie die Studie, die wichtige Erkenntnisse zur jakobitischen Migrationsbewegung und dem Exil-Hof liefert, ab. Wimschulte betont, dass es sich eben nicht um katholischen Glaubensflüchtlinge handelte, sondern neben finanziellen, persönlichen und politischen Faktoren das dynastische Kalkül sowie „Patronage- und Loyalitätsbeziehungen zu den Stuarts im Sinne eines reziproken Gabentausches“ (231) die Jakobiten zur Emigration motivierten.

Dennoch seien neben kleineren Ungereimtheiten zwei kritische Anmerkungen erlaubt: Erstens entstehen durch mehrfache Zusammenfassungen der historischen Ereignisse unnötigerweise Redundanzen. Zudem hätte die Arbeit insgesamt davon

profitiert, in der Analyse stärker die jüngere Hofforschung¹ einzubeziehen. Insbesondere die prosopographische Studie Leonhard Horowskis zum französischen Hof² hätte lohnenswerte Vergleiche eröffnet, um die höfischen Netzwerke auch jenseits einer Fokussierung auf die königlichen Personen zu betrachten. Zwar zeigt Wimschulte auf, dass Verwandte des Öfteren Ämter erbten oder dafür empfohlen wurden, geht aber nicht weiter auf diese internen Netzwerke ein, wenn sie beispielsweise die Konkurrenz zwischen dem Earl of Middleton und dem Earl of Perth um die Beeinflussung der Stuarts anspricht (129–132). Dass Perth erst das Amt des Erziehers Jakobs III. innehatte und ab 1703 als dessen *Gentleman of the Bedchamber* fungierte (182), deutet ebenfalls daraufhin, dass sich durch die Bekleidung bestimmter Chargen – in naher oder ferner Zukunft – Vorteile für die eigene Familie erhofft wurden. Ein stärkerer Einbezug der Bedeutung von Chargen sowie der damit einhergehenden höfischen Konkurrenz hätte die Analyse der Beziehungen am Exil-Hof weiter geschärft. Von diesen Einwänden abgesehen legt Wimschulte für diverse Teilbereiche der Frühneuzeitforschung eine gelungene und gut lesbare Arbeit vor.

STEPHANIE BODE

Raivis Bičevskis [u.a.] (Hrsg.), Baltisch-deutsche Kulturbeziehungen vom 16. bis 19. Jahrhundert. Medien – Institutionen – Akteure. Band I. Zwischen Reformation und Aufklärung (Akademiekonferenzen Bd. 28), Heidelberg: Universitätsverlag Winter 2017. 588 S., 52, €, ISBN 978-3-8253-6881-4.

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften ist dank der Aktivitäten Ulrich Kronauers schon seit längerer Zeit ein Ort des deutsch-baltischen Austauschs. Er wirkte auch im Hintergrund zweier Tagungen von 2014 und 2015 zu den „baltisch-deutschen Kulturbeziehungen vom 16. bis 19. Jahrhundert“. Die (zum Teil englischsprachige) Beiträge der ersten Tagung mit einem Schwerpunkt auf dem 16. und 17. Jahrhundert liegen in diesem Sammelband vor. Es geht vor allem um die unterschiedlichen Formen deutscher Kultur im Baltikum selbst und erst im Weiteren um deren Verbindungen durch Studium, Migration und Netzwerke in das Heilige Römische Reich und andere Länder mit deutscher Kultur. Das Spektrum ist weit gefasst und behandelt vor allem Religions-, Musik- und Literaturgeschichte.

¹ Vgl. die vielfältigen Forschungen von Jeroen Duindam, Sharon Kettering und Leonhard Horowski zu Netzwerken, Patronage und Machtstrukturen etc. an frühneuzeitlichen Höfen.

² Horowski, Leonhard, Die Belagerung des Thrones. Machtstrukturen und Karrieremechanismen am Hof von Frankreich 1661–1789, Ostfildern 2012 (Beihefte der Francia, 74).

Entsprechend kommen die 18 deutschen, lettischen, estnischen und litauischen Autor.inn.en aus unterschiedlichen Fachdisziplinen. Leider gibt es kein Autorenverzeichnis, das eine schnelle Zuordnung zu der jeweiligen Disziplin sowie dem weiteren wissenschaftlichen Hintergrund ermöglichen würde.

Der Einleitung der Herausgeber und einem umfangreichen Essay Klaus Garbers über die gegenwärtige „Rückkehr“ des Baltikums „nach Europa“ und ihrer historischen Rolle „als Hort west-östlicher Geistigkeit“ folgen vier thematische Blöcke. Das Kapitel „Reformation und lutherische Orthodoxie“ thematisiert die enge Verbindung des Baltikums zum deutschen Protestantismus. Die Reformation hatte bereits 1521 in Riga Einzug gehalten und es gab enge Kontakte zu Martin Luther. Eglė Greverė zeigt in minutiöser Analyse, dass sich die 1590 von Johannes Bretke fertiggestellte (nicht gedruckte) litauische Bibelübersetzung eng an der deutschen Übersetzung von Luther orientierte. Die Beiträge von Sabine Arend über die Kurländische Kirchenordnung von 1570, die auch nach Lippe und Oldenburg wirkte, von Guntars Prānis über die Rezeption des Missale Rigense in der frühen Reformation und von Ūģis Sildegs über den livländischen lutherischen Theologen und Prediger Hermann Samson machen auf verschiedene Weise deutlich, wie die deutsche Elite durch die lutherische Konfession ihre Identität gegenüber den fernen Herrschaftsträgern, aber auch gegenüber der – wie es in der deutschbaltischen Terminologie hieß – ‚undeutschen‘ Bevölkerungsmehrheit wahrte. Die Kirchenzucht war ein sozialdisziplinierendes Element und Herrschaftsinstrument gegenüber einer noch im 16. Jahrhundert oft nur vordergründig christianisierten Bevölkerung. Zugleich stand dieser neue Zugriff auf die Gläubigen seit der Reformation aber für eine Erschließung ihrer Sprachen und Schaffung von Schriftsprachen, welche nun als zentral für die Vermittlung des Glaubens durch Bibelrezeption, Predigten oder geistliche Musik galten.

Im Kapitel „Privates und Institutionelles“ wird noch stärker deutlich, wie die Deutschbalten eine regionale Identität schufen. Enija Rubina untersucht eine Gotthard Wiecken zugeschriebene Chronik Rigas aus dem frühen 17. Jahrhundert. Die schriftstellerische Tätigkeit diente neben der regionalen auch der individuellen Selbstvergewisserung, insbesondere in persönlich schwierigen Umständen. Das zeigen Andris Levans am Beispiel des Rigaer Bürgermeisters Franz Nyenstede sowie Aigi Heero an dem Exempel des David Gallus, Kantor am Gymnasium in Reval. Jost Eickmeyer dekonstruiert allerdings die Legende eines livländischen Humanistenzirkels. Maris Saagpakk zeigt am estnischen Beispiel, wie verschiedene Pastoren die estnische Sprache und Kultur erschlossen, diese dabei aber nach ihren eigenen Kriterien systematisierten und normierten. Es war eine Identitätskonstruktion von außen, der *fremde Blick*, welcher die Bevölkerungsmehrheit im eigenen Land erfasste. Der „estnische Bauer“ war dabei „Objekt der christlichen Erziehungsarbeit“ (235).

Dem noch wenig erschlossenen Gebiet „Sakrale und profane Musik“ widmet sich das dritte Kapitel. Nicht nur Aleksandra Dolgopolas Beitrag über Reglementierungen von Hochzeitsmusik in Narva im 17. Jahrhundert macht deutlich, dass Musik ein Bereich strenger obrigkeitlicher Normierung und Kontrolle war. Dennoch existierte eine lebendige Musikkultur, die Anna-Juliane Peetz-Ullman für die deutschsprachige Gelegenheitsmusik in Riga im 17. Jahrhundert und Ieva Pauloviča für Kirchenmusik in livländischen Kleinstädten skizzieren. Für Estland, Livland und verschiedene Länder mit deutscher Kultur kann Anu Schaper Ansätze eines gemeinsamen Klangraums aufzeigen. Zugleich weist Māra Grudule mit dem ersten lettischen katholischen Gesangbuch von 1621 und dessen eigenständigen Stilelementen darauf hin, dass die lettische Kulturentwicklung konfessionell nicht nur mit der Reformation verbunden werden könne.

Im vierten Kapitel „Gelehrtentum und Dichtung“ wird das Spektrum des literarischen Schaffens anhand einzelner Lebensläufe und Werkbeispiele entfaltet. Axel E. Walter zeigt die von Königsberg ausgehenden, aufgrund ihrer Konfession unterschiedlich verlaufenden Karrieren des Katholiken Simon Dilger und des Protestanten Jan Malina in Preußen. Martin Klöcker stellt die estnischen Dichtungen des Pastors Reiner Brockmann vor. Živilė Nedzinskaitė analysiert den Einfluss des deutschen Jesuiten Jakob Bidermann auf den polnischen Jesuiten Maciej Kazimierz Sarbiewski und setzt beider Lebensläufe in Parallele. Beide prägten durch ihre lateinischen Werke, namentlich Gedichte, das kulturelle Leben in Litauen. Der Einfluss Bidermanns ist dabei als Beispielfall des Wirkens deutscher Kultur in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert, weil sein Einfluss sich nicht auf deutschsprachige, sondern lateinische Werke bezog und weil eine potentielle Schnittstelle zwischen ihm und Sarbiewski, falls sie sich je begegnet sein sollten, Rom war, da Bidermann nicht in Litauen aktiv war.

Der Band bietet eine Fülle interessanter, forschungsnaher Einblicke, vielfach von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern, deren Ergebnisse gerade im deutschen Sprachraum noch kaum bekannt sind. Leider ist er ein Steinbruch, aus dem man sich etwas herausuchen kann – und muss. Dies wird zumindest durch ein Personenregister erleichtert. Trotz verschiedener thematischer Überschneidungen sind wechselseitige Bezüge der Beiträge aufeinander die Ausnahme. Die zum Teil vagen Benennungen der thematischen Gliederung lassen bereits erkennen, dass der konzeptionelle Zugriff nicht wirklich gelungen ist. Die Herausgeber sehen sich der neuen Kulturgeschichte verpflichtet, die sie aber offensichtlich als einen Gegensatz von Kultur und Politik missverstehen. So geht es denn in dem Band vermeintlich darum, das reiche kulturelle Wirken Deutscher im Baltikum zu zeigen. Dass dies gerade die soziale und administrative Privilegierung deutscher Eliten durch die unterschiedlichen fernen Herrschaftsträger zumindest in Estland, Livland und Kurland als Voraussetzung hatte, dass „deutsch“ und Germanisierung selbst Herrschaftskategorien waren, all das wird konzeptionell – anders als in vielen der Beiträge selbst – nicht erfasst. Auch der dem Band zugrunde gelegte Baltikum-

Begriff, der Estland, Livland und Kurland mit Litauen als eine „Kulturregion“ postuliert, ist problematisch. Die in der Frühen Neuzeit völlig anderen politischen und strukturellen Voraussetzungen deutscher Kultur in Litauen werden dabei ausgeblendet. Eine echte analytische Umsetzung dieser These ist zudem nicht erkennbar. Mit drei Beiträgen ist Litauen eher marginal vertreten. Nur vereinzelt werden, wie bei der von Walter thematisierten Ausstrahlung der Universität Königsberg, Ansätze eines gemeinsamen Kulturraums erkennbar. Walters Plädoyer, „deutsch-baltische Kulturkontakte nicht bloß auf baltendeutsche Aspirationen zu reduzieren“ (435) ist durchaus schlüssig. Der Band bietet aber insgesamt zu wenig Ansätze, um dem in jüngster Zeit ohnehin dekonstruierten Baltikum-Begriff¹ nun einen neuen entgegenzusetzen. Ein Ansatz, wie ihn die Herausgeber vertreten, müsste systematisch thematisieren, wo die konstituierenden Gemeinsamkeiten zwischen Estland, Livland, Kurland und Litauen lagen und wie sie sich damit von anderen Räumen mit deutscher Kultur – oder auch von allgemeiner europäischer Gelehrtenkultur – unterschieden. Tatsächlich bietet der Band Ansätze für eine Erforschung eines deutschen Kulturraums über das Heilige Römische Reich und über das Baltikum hinaus. Als wichtiger Vergleichsmaßstab neben den herrschaftsrechtlichen Voraussetzungen zeichnet sich dabei der Faktor Konfession ab. Katholische deutsche Kultur außerhalb des Reiches ist bislang kaum im Fokus der Forschung, eben so wenig die Tatsache, dass deutsche Kulturakteure in der Frühen Neuzeit nicht nur deutsche Werke schrieben, sondern auch lateinische oder eben auch estnische oder lettische. Der Band wird durch das Protokoll einer Podiumsdiskussion zur „Forschungslandschaft Baltikum“ abgerundet, an der neben den Beitragenden weitere Diskutanten wie Ulrich Kronauer oder der estnische Jurist und Rechtshistoriker Peeter Järveldid teilgenommen haben. Sie thematisiert – weit über das Thema der baltisch-deutschen Kulturbeziehungen hinaus – pointiert die derzeitige Stellung der Wissenschaft in Politik und Gesellschaft, die unter dem Brennglas der kleinen baltischen Staaten noch schärfer erscheint als in Deutschland. Die Gleichsetzung von teurer, drittmittelstarker Forschung mit guter Forschung, eine Gleichsetzung, welche die Geistes- und Kulturwissenschaften von vornherein abqualifiziert, oder die Missachtung geistes- und kulturwissenschaftlicher Forschung als ein Bereich, den sich vermeintlich jeder digital selbst erschließen kann, sind zentrale Punkte. „Heute gelten die Wissenschaftler als gute Wissenschaftler, welche das meiste Geld wegwerfen oder welche von unterschiedlichen Firmen finanziert werden. Wenn aber jemand, sagen wir: Immanuel Kant, dasitzt und nur, sagen wir, drei Bier braucht, ist er kein guter Wissenschaftler!“ (491) Dieser Aussage von Peeter Järveldid ist nichts hinzuzufügen.

ANUSCHKA TISCHER

¹ Anne Sommerlat-Michas (Hrsg.), *Das Baltikum als Konstrukt (18.–19. Jahrhundert)*. Von einer Kolonialwahrnehmung zu einem nationalen Diskurs, Würzburg 2015.

Susan Richter (Hrsg.), *Verfolgter Unglaube. Atheismus und gesellschaftliche Exklusion in historischer Perspektive*, Frankfurt/New York: Campus-Verlag 2018. 380 S., 39,95 €, ISBN 978-3-593-39060-4.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Toleranz und Intoleranz, mit Formen der Verfolgung von Minderheiten konzentriert sich vielfach – gerade auch mit Blick auf die Vormoderne – auf den Umgang mit religiösen Strömungen und Gruppierungen. Nun widmet sich ein von Susan Richter herausgegebener Sammelband dem Atheismus und seiner gesellschaftlichen Stellung in unterschiedlichen historischen Konstellationen. Zu den Zielen des Bandes gehört einerseits, die Aufmerksamkeit der Forschung auf bislang selten beachtete Formen weltanschaulicher Devianz zu richten, andererseits aber auch ein in der Atheismusforschung dominantes Verfolgungsnarrativ kritisch zu hinterfragen. Beides ist zweifellos wichtig: Die Erweiterung historischer, aber auch religionswissenschaftlicher und religionssoziologischer Minderheitenforschung muss in der Tat Formen des Unglaubens einschließen. Zugleich kann es einer modernen Forschung nicht mehr um eine einseitige Viktimisierung gehen. Mindestens ebenso zentral für den vorliegenden Band ist die grundlegende Einsicht, dass eine Geschichte der gesellschaftlichen Exklusion von Atheisten immer auch eine Geschichte von Zuschreibungsprozessen sein muss, denn Atheismus war über weite Strecken der Geschichte vor allem ein Kampf- und Diskreditierungsbegriff beziehungsweise ist es in Teilen der Welt noch immer.

Die Einbeziehung gerade dieser Zuschreibungsprozesse ist auch methodisch-theoretisch geboten, lässt sich doch in der Praxis der Forschung kaum sauber zwischen einer Geschichte des Atheismus und einer Geschichte der Atheismusvorwürfe trennen. Schon das Verhältnis von Religion und Atheismus als „Nicht-Religion“ erweist sich als schwer greifbar. In einem Eröffnungsbeitrag plädiert die Religionswissenschaftlerin Petra Klug daher für einen erweiterten Religionsbegriff, der die Normierungseffekte von Religion auch für nicht-religiöse Gruppen einbezieht. Mit dem Begriff der Normierung wählt Klug einen Zugang, der individuelle Vorstellungen in ein soziales Feld einordnet, das formell oder informell Verhaltensweisen vorprägt, deviantes Verhalten sanktioniert und somit einen Anpassungsdruck erzeugt, der sicher auch für moderne westliche, vermeintlich säkulare Gesellschaften noch konstaterbar ist. Der Begriff des „Nicht-Religiösen“ als Oberbegriff für die aktive Negation religiösen Glaubens wie auch für zahlreiche Schattierungen der Indifferenz gegenüber religiösen Vorstellungen entpuppt sich indes möglicherweise selbst als Produkt einer solchen Normierung: Immerhin beruht er sprachlich auf einer Verneinung und geht somit vom Religiösen als Norm aus.

Nach dieser Begriffsbestimmung teilt sich der Band in zwei Hauptteile, von denen sich der erste auf Formen der Diffamierung und Verfolgung von Atheisten im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit konzentriert, während der zweite in einem zeitlich weiteren Rahmen Diffamierungen und Verfolgungen im Kontext von Kunst und Medien in den Blick nimmt. Neben dieser Zweiteilung stechen jedoch mehrere

thematische Achsen heraus. Eher am Rande steht dabei die Frage zur Debatte, ab wann sich Atheismus in der europäischen Kultur greifen lässt. Hatte Lucien Febvre in seiner Abhandlung zu Rabelais von 1942 noch die Möglichkeit des Atheismus im 16. Jahrhundert geleugnet und auch Winfried Schröder in seiner philosophiegeschichtlich ausgerichteten Monographie von 2012 einen philosophischen Atheismus erst ab dem 17. Jahrhundert datiert, so betonen Dorothea Weltecke und Peter Dinzelsbacher die Existenz von Unglauben und Gottesleugnung schon im Mittelalter. Zwar seien die Fälle schwer zu identifizieren und kaum als philosophisch geschlossenes System zu betrachten, doch die Erörterungen bei Thomas von Aquin sowie anderen Theologen und Philosophen legten doch nahe, dass von einer Undenkbarkeit des Unglaubens keine Rede sein könne. Auch Albrecht Burkhardt betont zwar den Konstruktcharakter vieler Atheismusvorwürfe in der gesamten Frühen Neuzeit, konstatiert aber zugleich, dass atheistische Auffassungen seit dem 16. Jahrhundert gerade in gebildeten Kreisen, darunter Ärzten und Theologen, immer wieder vorgekommen seien. Seit der Aufklärung seien Formen eines reflektierten Unglaubens dann auf dem Vormarsch gewesen. Anhand einer Konversionsgeschichte zum Katholizismus führt Burkhardt freilich auch vor, wie sich ein systematischer Unglaube auch jenseits gebildeter Milieus herausbilden und in eine konsequent atheistische Erziehung münden konnte. In diesem Fall habe sich ein atheistisch erzogener Mann zur Konversion durchgerungen und seine Geschichte festgehalten. Weitaus problematischer seien indes solche Kategorien in ihrer Anwendung auf den Konfuzianismus im Japan der Frühen Neuzeit, auch wenn christliche Zeitgenossen ihn regelmäßig als Atheismus verstanden hätten. Die Verhältnisse zwischen Shinto, Buddhismus und Konfuzianismus, so der Beitrag von Hans Martin Krämer, seien indes sehr viel komplexer und hätten auch eine deutlich soziale Dimension.

Weitaus zentraler ist freilich die Frage nach der Verfolgung von Atheisten. Insbesondere der Beitrag von Dorothea Weltecke wendet sich gegen ein Verfolgungsnarrativ und erörtert die Position der Theologie bzw. der Kirche im mittelalterlichen Europa. Zunächst einmal sei eine aktive Verfolgung von Atheisten im Gegensatz zur Verfolgung religiös devianter Gruppen nicht feststellbar. Vielmehr sei der Zweifel zwar als Sünde und Irrtum, nicht jedoch als Verbrechen wahrgenommen worden. Erst das willentliche Verharren bei solchen Positionen und das aktive Leugnen Gottes sei als Todsünde deklariert worden. Eine Verfolgung habe indes nur bei aktiver Störung Anderer stattgefunden. Seien also Atheisten im Mittelalter nicht verfolgt worden, so seien sie gleichwohl als ignorant, närrisch und unvernünftig marginalisiert worden. Anders stellt hingegen Peter Dinzelsbacher seine Befunde dar. Gottesleugnung sei als unaussprechliches Verbrechen angesehen worden und schon deshalb in den Quellen kaum nachweisbar. Die Vorwürfe der Apostasie, Blasphemie und Häresie seien durchaus auf Formen des Unglaubens angewandt und teils mit der Todesstrafe geahndet worden. Die Etablierung der Kindstaufe habe

dabei ein „wasserdichtes System unentrinnbaren Glaubenszwangs“ (78) eingeführt, das die Anklage der Apostasie erst ermöglicht habe.

Seit dem 18. Jahrhundert rückte im Zuge der Aufklärung der Unglaube stärker in den Fokus der Inquisition, wobei Albrecht Burkhardt vor allem zwei Spielarten ausweist, nämlich einerseits volkstümliche Formen der Blasphemie ohne systematisches Weltbild, die eher im Affekt oder innerhalb bestimmter von Männlichkeitsvorstellungen und Provokation geprägter Milieus (etwa Soldaten) geäußert worden seien, und andererseits systematischer, vor allem in Bildungsschichten verbreiteter Zweifel an grundlegenden Bestandteilen christlicher Glaubensvorstellungen. Der Umgang mit diesen Positionen blieb indes unklar. In Inquisitionshandbüchern der katholischen Kirche tauchte der Tatbestand des Atheismus teilweise gar nicht auf, andererseits gab es in der Praxis eine Tendenz zur Bestrafung mit Kerkerhaft. Noch Ende des 18. Jahrhunderts blieb die Entfernung aus öffentlichen Ämtern und dem Universitätsdienst zudem ein gängiges Vorgehen, wie Kai Gräf am Beispiel der Entlassung Fichtes von seiner Professur in Jena 1799 vorführt. Susan Richter betont freilich in ihrem Beitrag zu Julien Offray de la Mettrie, dem Leibarzt Friedrichs II. von Preußen, dass nicht das atheistische Gedankengut als solches geahndet worden sei, sondern erst die öffentliche Äußerung desselben. Deswegen, und auch, weil im 18. Jahrhundert eher die inkriminierten Bücher als die Autoren selbst noch dem Scheiterhaufen überantwortet worden seien, wendet sie sich gegen die Verfolgungsthese.

Eine weitere Sichtachse auf das Thema ist sicher der Konstrukt- und Zuschreibungscharakter des Atheismus und die damit verbundenen Assoziationen. Björn Spiekermann untersucht in seinem Beitrag die Semantik und Pragmatik des Atheismusbegriffs, dessen semantische Unschärfe er noch bis in die ersten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts konstatiert. Der Begriff habe eben nicht nur die *negatio Dei* im engen Sinne eingeschlossen, sondern auch andere Formen von Heterodoxien, einschließlich Indifferentismus, Deismus oder Naturalismus. Zugleich betont Spiekermann aber zurecht auf einer pragmatischen Ebene die denunziatorische Dimension des Atheismusvorwurfs. Ab etwa 1650 lasse sich im deutschen Sprachraum eine Atheismusdebatte greifen, die sich teilweise auch in der Dichtung niederschlagen habe. Schwer nachweisbar ist eine atheistische Haltung in der Musik, wie David Reißfelder in seinem Beitrag betont. Das verwundert nicht, denn Kompositionen lassen sich ja generell nur schwer mit intellektuellen Haltungen in Verbindung bringen. So werden oft, vor allem ab dem 19. Jahrhundert, biographische Erkenntnisse auf methodisch problematische Weise mit musikalischen Kompositionen in Verbindung gebracht. Reißfelder wählt einen anderen Weg, indem er am Beispiel der Figur der Asebia in der englischen Oper *Albion and Albanus* von 1683 Personifikationen untersucht. Das Libretto stammt von John Dryden, die Vertonung von Louis Grabu. Über die Figur der Asebia wird hier „Atheism or Ungodliness“ (238) thematisiert. Zudem steht die Figur in engem Zusammenhang mit der Figur der Zelota, die für den puritanischen Fanatismus steht. Es wird hier deutlich, was

auch für andere Zusammenhänge gilt, nämlich die Politisierung des Atheismusvorwurfs.

Zentraler Bestandteil einer solchen Konstruktion des Atheismus ist einerseits die unterstellte Nähe zur Geisteskrankheit, die gleich in mehreren Beiträgen herausgearbeitet wird. Daneben steht der Vorwurf der gesellschafts- und ordnungszerstörenden Kraft des Atheismus, wie etwa Hanna Strehlau am Beispiel der Diskussion um den Abschiedsbrief eines vermeintlich atheistischen Suizidenten in Wittenberg zeigt. Die negativen moralischen Zuschreibungen werden dementsprechend in mehreren Beiträgen herausgearbeitet. So sei der Atheismus in der Frühen Neuzeit auch als Rechtfertigung weltlicher Gelüste wahrgenommen und mit Libertinage in Verbindung gebracht worden. Susan Richter vertieft diesen Punkt noch in den negativen Personifizierungen während der Französischen Revolution. Dabei geht es um die nur in dieser Zeit auftauchenden männlichen Darstellungen des Atheismus im Gegensatz zu früheren weiblichen Allegorien der *Impietas* und *Infidelitas*. Der männlich konnotierte Atheismus erscheine hier als in selbstgewählter Blindheit lebend, die Moral ablehnend, das Göttliche und die gesellschaftliche Ordnung zerstörend.

Am Ende des Bandes stehen noch zwei Beiträge, die sich mit der jüngeren Vergangenheit beschäftigen. Anja Kirsch zeigt, dass es in der DDR keinen Atheismusdiskurs gegeben habe, sondern innerhalb eines übergeordneten Weltanschauungsdiskurses ein Koordinatensystem, in dem sich Sozialismus und Imperialismus, Marxismus-Leninismus und Religion gegenüberstanden. In Umkehrung bis dahin gültiger Normen wurde die Religion hier zur Ausnahme, die ‚Nicht-Religion‘ zur Regel. Die DDR verstand sich indes nicht als atheistischer Staat, sondern betonte die in der Verfassung verankerte Religions- und Gewissensfreiheit, wenn auch Religionszugehörigkeit in der Praxis durchaus ein Hindernis sein konnte. Schließlich beschäftigt sich Samuli Schielke mit der aktuellen Situation in Ägypten, und zwar konkret mit einer Literaturszene, in der bestimmte Formen der freien Dichtung als gegen den Koran gerichtet interpretiert werden – mit zum Teil drastischen Folgen für die Literaten selbst.

Es steht außer Frage, dass hier ein vielfältige Themenfelder ansprechender, durchaus inspirierender Band vorliegt. Über einige der Ergebnisse wird man sicher noch diskutieren müssen. Dass Atheisten nicht Opfer systematischer und gezielter Verfolgung gewesen seien, dürfte wohl auch damit zu tun haben, dass sie nie ein Kollektiv waren, sondern als einzelne Individuen auftraten. Sie konnten somit weniger bedrohlich erscheinen und ließen sich leichter – etwa durch Zuschreibungen wie Wahnsinn – marginalisieren. Zu den Befunden des Bandes gehört auch, dass nicht Atheismus als solcher, sondern lediglich atheistische Äußerungen Verfolgungen nach sich gezogen hätten. Ist das überraschend? Auch Andersgläubige oder politische Dissidenten werden ja im Allgemeinen nicht für ihre Gedanken verfolgt, sondern für die Äußerung ihrer Gedanken. Es geht doch immer um das, was publik

wird, was öffentlich diskutiert wird und in den Verdacht gerät, Andere zu beeinflussen. Ob die Situation für Atheist.inn.en im Europa der Gegenwart wirklich so völlig unproblematisch ist, wie Richter in ihrer Einleitung behauptet, wird man angesichts des anhaltenden Ringens um den sogenannten ‚Blasphemieparagraphen‘ (§ 166 StGB) zumindest diskutieren können. Immerhin ist auch seine Existenz ein Beleg für die Privilegierung des Religiösen gegenüber dem Nichtreligiösen, auch wenn in der aktuellen Interpretation der Schwerpunkt auf der Wahrung des öffentlichen Friedens liegt. Am Ende des Beitrags von Dinzelbacher findet sich dementsprechend ein starker Appell, die auch heute noch existierenden Formen der Bevorzugung und Privilegierung theistischer Glaubensformen auch in Europa kritisch zu hinterfragen. Der Blick in weite Teile der Welt zeigt überdies weiterhin die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit dem „verfolgten Unglauben“ in der Geschichte wie auch in der Gegenwart. Das vorliegende Buch trägt sicher einen Teil dazu bei.

ULRICH NIGGEMANN

NEUES AUS DEM IEK

Tag der Europäischen Kulturgeschichte 2019:

Europa – kulturhistorische Horizonte

Zum inzwischen vierten Mal veranstaltete das Institut für Europäische Kulturgeschichte (IEK) der Universität Augsburg am 1. Juli 2019 den „Tag der Europäischen Kulturgeschichte“. Dieser wurde in Kooperation mit der Universitätsbibliothek und dem Evangelischen Forum Annahof sowie der Unterstützung der Gesellschaft der Freunde der Universität Augsburg durchgeführt. Ein zentrales Anliegen des diesjährigen Tages der EKG war es, sich der kulturhistorischen Horizonte Europas und der europäischen Verflechtungen anzunehmen, indem Vorträge aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen und zu verschiedenen Epochen gehalten wurden.

Bernd Oberdorfer, Geschäftsführender Direktor des IEK, eröffnete das Nachmittagsprogramm, das vor allem der internen Diskussion und Positionierung des Instituts und seiner Mitglieder diene, indem er auf die historische Tiefendimension Europas hinwies, ohne deren Kenntnis heutige europäische Entwicklungen und Verflechtungen nicht wahrnehmbar seien. Vier Mitglieder des IEK gaben anschließend aus der Perspektive ihrer Disziplinen in kurzen Impulsvorträgen Einblicke in ihre Forschung mit einer Fokussierung auf europäischen Verflechtungen im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit. Dietmar Süß' Vortrag musste leider entfallen.

Zu Beginn untersuchte Christoph Becker aus einer rechtsgeschichtlichen Perspektive den Europabezug der Augsburger Stadtrechtsurkunde von 1156. In dieser regelte Friedrich I. auf Betreiben des Bischofs, des Klerus und Bürgern die Rechte des Bischofs, der Bischofsstadt, der Beamten sowie der Stadt und der Bürger neu.

Dafür analysierte Becker zunächst den 1. Artikel der Stadtrechtsurkunde, der von Klagen wegen ungeklärter Rechtsverhältnisse handelt: Da die ‚gute Ordnung‘ in Augsburg verloren gegangen sei („iuris turbata“), hätten sich Bischof, Klerus und Bürger Augsburgs mit der Bitte, diese wiederherzustellen, an Friedrich I. gewandt. Becker erläuterte, dass in Augsburg Römisches Recht gegolten habe und wies darauf hin, dass ein Schweigen über die allgemeine Rechtsordnung im Mittelalter als Beleg dafür zu werten sei, dass Römisches Recht fortgelte: In der Rechtsordnung müssten nur die Besonderheiten eines Ortes oder einer Region festgehalten werden, da das Römische Recht als bekannt vorausgesetzt sei.

Becker hob die Bedeutung der Ausführungen über die Aufgaben des Kaisers „Pius et catholicus imperator utpote non solum armis ornatus sed etiam legibus armatus“ hervor, indem er sie gegen die ähnlich lautende Wendung „Imperatoriam maiestatem non solum armis decoratam, sed etiam legibus oportet esse armatam“ des *Corpus Iuris Civilis* Justinians legte. Die Wortwahl in der Augsburger Stadtrechtsurkunde ist, so Becker, kein Zufall, da Friedrich I. sich so als neuer Justinian inszeniere. Die doppelte Schmückung mit Schwert und Gesetz habe sich Justinian nicht ausgedacht und sei den Zeitgenossen bekannt gewesen: Sie findet sich bereits

in Jesaja 9.1.–9.6. sowie in Psalm 45, dem Lobpreis des guten Herrschers, wie auch in der *lex Salica*. Eine gute Herrschaft, so Becker, besteht in den Augen der Zeitgenossen folglich aus zweierlei: Sie sichere Frieden und Recht von außen und von innen.

Im zweiten Vortrag thematisierte Eva Rothenberger mit der *Res publica litteraria* nicht nur allgemein ein Konzept zur Erforschung frühneuzeitlicher Gelehrtenkultur, sondern beschrieb im Besonderen implizite wie auch explizite Reflexionen Pierre Bayles und Montesquieus über eine europäische „Zu(sammen)gehörigkeit“.

Pierre Bayle rufe in der *Préface* der ersten Ausgabe der Zeitschrift *Nouvelles de la République des Lettres* (1684–1716) seine Leser dazu auf, im Bereich der Wissenschaft religiöse, politische und soziale Unterschiede zwischen ihnen zu Gunsten ihrer Bruderschaft im Geiste aufzugeben. Durch den Appell an die Gleichheit vermöge es Bayle, ein international weit verstreutes Publikum für sich zu gewinnen, das ihm einige Jahre später an der Arbeit an dem *Dictionnaire historique et critique* (1694–1697) nützlich gewesen sei. Dass Bayle es hinsichtlich seiner Forderungen nach Zu(sammen)gehörigkeit und Gleich-Gültigkeit also nicht nur bei einem theoretischen Gedankenspiel belässt, verdeutlichte Rothenberger in Rückgriff auf die Forschung Antony McKennas: Bayles Kollegen hätten für ihn Nachforschungen angestellt, ihm Zitate aus Büchern, auf die er selbst keinen Zugriff gehabt habe, zukommen lassen, bereits verfasste Passagen kommentiert, Quellen mit ihm diskutiert und damit maßgeblich zum Aufbau eines zuverlässigen historischen Wissensbestands beigetragen. In der Teamarbeit am *Dictionnaire* und in der Gelehrtenrepublik erkennt Rothenberger einen virtuellen, übernationalen Raum, dessen gemeinschafts- und zugehörigkeitsstiftende Motive gleiche Gesinnung und Interesse an Wissenschaft und Wahrheit seien.

Während Bayles Forderungen ein Modell einer europäischen Zu(sammen)gehörigkeit von Innen darstellten, sieht Rothenberger sowohl in den *Lettres persanes* (1721) als auch in *De l'esprit des lois* (1748) Montesquieus eine Beförderung des Gefühls von Zusammengehörigkeit von Außen, welche sich vor allem in der Gegenüberstellung des Eigene – das Andere vollziehe.

Indem in dem Briefroman *Lettres persanes* die beiden Perser Rica und Usbek sich in einem Briefwechsel untereinander sowie mit weiteren Figuren über all das, was ihnen auf ihrer Reise durch Europa und insbesondere durch Frankreich auffällt, austauschten, gelinge Montesquieu ein Perspektivwechsel: Frankreich werde aus einem Fremdblick heraus betrachtet, der es dem Leser des Romans ermögliche, seine eigene Perspektive und Position zu hinterfragen und ein kritisches Bewusstsein über das als Eigenes Betrachtete (die eigene Kultur, die eigene Religion, die eigenen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Gepflogenheiten) zu entwickeln.

Werden in den *Lettres persanes* Orient und Okzident gegenübergestellt, sind es in Montesquieus Traktat *De l'esprit des lois* Europa und Türkei (livre I, 190) wie

auch Europa und Asien (livre I, 362). Im Allgemeinen richtet sich der Fokus allerdings auf die Diskussion der Regierungsformen Republik, Monarchie und Despotie, sodass Montesquieu für Rothenberger einen politischeren Weg als Bayle einschlägt. Das Zusammengehörigkeit stiftende Moment sieht Rothenberger bei Montesquieu weniger durch religiöse und kulturelle Praktiken – auch wenn Montesquieu Überlegungen zu Klima und Religion miteinbezieht – denn mehr durch die Regierungsform bestimmt.

Resümierend zog Rothenberger den Schluss, dass Bayle und Montesquieu in ihren Überlegungen zwar verschiedene Schwerpunkte setzten, es dieser unterschiedlichen Herangehensweisen zur Beantwortung der komplexen Frage nach einem Bewusstsein europäischer Zu(sammen)gehörigkeit allerdings bedürfe: Zum einen brauche es einen äußeren politischen Rahmen, durch welchen die formalen Bedingungen dafür geschaffen würden, dass eine Gruppe einen Raum für Identifikation und Zugehörigkeit erhalte. Bestehen könne dieser Raum jedoch nur, wenn auch durch Gesinnung, Überzeugungen, Werte wie auch Interessen und Ziele die in diesem Raum befindlichen Personen ein Gefühl der Einheit verspürten.

Im dritten Vortrag plädierte Ulrich Niggemann dafür, europäische Geschichte als Migrationsgeschichte zu betrachten. Eine zeitgemäße europäische Geschichte knüpfe zwar an die Nationalgeschichten an, doch verstehe sie sich auch als transnationale Geschichte: Migrationsgeschichte biete in besonderer Weise die Chance, den Blick über nationale Grenzen hinaus zu werfen, seien Nationen doch Konstrukte, die – eben auch durch Migration – in engem Kontakt mit ihren Nachbarn stünden.

Französische Hugenotten und Salzburger Protestanten mögen zwar die bekanntesten Beispiele migrierender Gruppen in der Frühen Neuzeit sein, sind jedoch nicht die einzigen. Niggemann wies darauf hin, dass insbesondere Juden, Hirtenkulturen und sogenannte ‚Zigeuner‘ Gruppen in Bewegung seien und identifiziert mit religiösen wie auch politischen Überzeugungen, demographischen Gründen und – auch saisonaler – Arbeitsmigration wichtige Faktoren für Migration. Die Frühe Neuzeit habe als von permanenter Mobilität geprägte Epoche zu gelten. Doch obgleich Klaus J. Bade und Jochen Oltmer vom „Normalfall Migration“ gesprochen hätten, sei Migration in der Frühen Neuzeit nicht immer als solcher wahrgenommen worden: Betroffene hätten Migration als einschneidende Veränderung empfunden; auch gesetzlicher Reglungsbedarf, durch den Status und Rechte der Migrierenden festgeschrieben wurde, spräche dafür, dass Migrations- und Ansiedlungsprozesse von den Zeitgenossen als Brüche und nicht als Normalfall wahrgenommen worden seien.

Nachdem mit Wanderungsursachen und -zielen einerseits sowie dem Umgang der Obrigkeiten mit Migrierenden andererseits Migrationsgeschichte lange vornehmlich als ein Feld der Sozialgeschichte betrieben worden sei, rücke nun auch die Rolle der Medien ins Blickfeld geschichtswissenschaftlicher Forschung: So

seien zuletzt Aspekte migrantischer Erinnerungskultur und Identitätsbildung untersucht worden. Niggemann gab allerdings zu bedenken, dass die Erforschung von Migration in der Frühen Neuzeit aus einer medienwissenschaftlichen Perspektive sich mit zwei Schwierigkeiten konfrontiert sehe: Zum einen sei die Quellenlage schwierig, zum anderen sei der Begriff ‚Migration‘ erst später geprägt worden. Damals wie heute wurde nicht jeder Migrant auch als solcher wahrgenommen, sodass folgende Fragen gestellt werden müssten: Wer versteht sich als sesshaft, wer als Migrant? Was wird als Migration wahrgenommen? Welche Ordnungsvorstellungen stehen hinter diesen Zuweisungen?

Aus pädagogischer Perspektive bot Eva Matthes exemplarisch am 18. und 19. Jahrhundert einen Einblick in Erziehungskonzepte in europäischer Verflechtung. Dabei arbeitete sie mit einem weit gefassten und als deskriptiv zu verstehendem Erziehungsbegriff, indem sie Erziehung als auf Aneignung zielende Vermittlung von Kenntnissen, die sowohl institutionell, schriftlich als auch verbal erfolgen könne, definierte.

Das erste Beispiel, der Philanthropismus, entstammte der deutschen Aufklärungspädagogik. Matthes wies insbesondere auf die ideengeschichtlichen Verflechtungen innerhalb des Philanthropismus hin: John Locke und Jean-Jacques Rousseau galten dessen Vertretern, die Erziehung zu Vernunft und Natürlichkeit als ein zentrales pädagogisches Anliegen betrachteten, als Vordenker, sodass ihre Werke *Some Thoughts Concerning Education* (1693) und *Emile* (1762) breit rezipiert worden seien. Einen europäischen Ort pädagogischer Begegnung sah Matthes im Dorf Reckahn südlich von Brandenburg, wo Friedrich Eberhard von Rochow lebte, erster Theoretiker einer Volksschule und engagierter Vertreter einer Volksaufklärung, durch welchen Reckahn zu einem Zentrum der Reformpädagogik geworden sei. Forschungsbedarf sah Matthes insbesondere in der Auswertung des Reckahner Besucherverzeichnisses: Die Herkunft der Besucher sei bereits gut erforscht, zu untersuchen bleibe jedoch, ob die Besucher Rochows Pädagogik weitergetragen hätten und ob sie in Kontakt geblieben seien.

Auch in Bülow sah Matthes einen Ort pädagogischer Begegnung, weil dort Friederich Fröbel, der Schöpfer des Kindergartens, lebte. Matthes stellte dar, dass Fröbels Konzept gerade durch Frauen europaweite Verbreitung erfahren habe: Bertha von Marenholtz-Bülow (1810–1896) habe dem Konzept zum europaweiten Durchbruch verholfen, Eleonore Heerwart (1835–1911) verbreitete Fröbels Konzept in England und Irland, wo sie in den 22 Jahren ihres Aufenthalts zahlreiche Kindergärten gründete; Julie Salis-Schwabe (1819–1896) gründete Institute in Italien und England. Die Rezeptionsgeschichte des Konzepts Fröbels (Institutionen, Adaptionen, Modifikationen und politische Hintergründe) mithilfe einer Netzwerkanalyse stellt, so Matthes, ein Forschungsdesiderat dar.

Mit dem Herbartianismus ging Matthes abschließend auf eine pädagogische Strömung ein, die zwar zu den bedeutendsten Erziehungskonzepten des 19. Jahrhunderts gehöre, dennoch aber unzureichend erforscht sei: Trotz der Verdienste der

Herbartianer hinsichtlich der Etablierung der Pädagogik als akademischer Disziplin gebe es gerade in Bezug auf ihre praktisch-pädagogischen Innovationen, wie der *University-Extension-Bewegung*, die sich zum Ziel gesetzt hatte, wissenschaftliche Erkenntnis und universitäre Bildung mittels öffentlicher Vorträge in allen Bevölkerungsschichten zu verbreiten, oder universitären Lehrerbildungskonzeptionen wie den pädagogischen Ferienkursen mit theoretischer Rückkopplung in Jena und Leipzig, Forschungsbedarf.

Den Abschluss des Tages bildeten zwei Vorträge im Annahof, in denen literatur- und geschichtswissenschaftliche Ansätze zur Erforschung von Verbreitung und Rezeption von Friedens- und Verfassungskonzepten vorgestellt wurden.

Rotraud von Kulessa besprach im ersten Vortrag Charles-Irénée Castel de Saint-Pierres, bekannt als Abbé de Saint-Pierre, *Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe* (1713). Der Abbé de Saint-Pierre entwerfe in seinem Werk das Modell einer Föderation der Vereinigten Christlichen Staaten von Europa, um den Frieden in Europa dauerhaft zu gewährleisten, weil er der Überzeugung gewesen sei, dass es nicht ausreiche, ein Kräftegleichgewicht zwischen den Mächten herzustellen. Die Mitgliedsstaaten der Föderation – Frankreich, Spanien, England, Holland, Portugal, die Schweiz, Florenz, Genua, der Vatikan, Venedig, Savoyen, Lothringen, Dänemark, das Kaiserreich, Polen, Schweden und Russland – sollten einen Einigungsvertrag unterschreiben und in einem gemeinsamen Kongress zusammenkommen, um eine dauerhafte Staatengemeinschaft zu bilden. Ein dauerhaftes Schiedsgericht solle Konflikte schlichten. Zwischen dem von Saint-Pierre vorgeschlagenem Staatenbund und den an diesen angrenzenden Ländern solle der Frieden durch Einbindung und Austausch gesichert werden. Jean-Jacques Rousseau dagegen bezweifelte die Realisierbarkeit des Projekts des Abbé de Saint-Pierre. In seinen Schriften *Jugement sur le projet la paix perpétuelle* (1756–1758) und *Extrait du Projet de paix perpétuelle* (1761) setzt er sich kritisch mit dem Werk des Abbés de Saint-Pierre auseinander. Er kommt zu dem Schluss, dass dessen Modell sich nicht realisieren lasse. Um den Frieden zu gewährleisten, wolle der Abbé de Saint-Pierre die Herrscher vereinen, indem er sie neutralisiere. Herrscher seien jedoch mehr auf ihre Eigeninteressen als auf Gemeinsames bedacht. Rousseau schlage stattdessen vor, anstelle der Herrschenden die Völker zu vereinigen, weil es die gemeinsame Religion, das Völkerrecht, die Sitten, die Literatur und schließlich der Handel seien, was Europa zusammenhalte.

Im zweiten Abendvortrag thematisierte Maren Röger die polnische Verfassung vom 3. Mai 1791 als erste moderne europäische Verfassung. Ihren geringen Bekanntheitsgrad führte Röger unter anderem auf die Teilung Europas nach 1945 zurück, welche auch eine Zerschneidung der europäischen Kulturgeschichte nach sich gezogen habe.

Röger ging zunächst auf die Vorgeschichte der Verfassung ein: Die seit 1569 bestehende polnisch-litauische Union, die *Rzeczpospolita*, war durch Kriege mit

den Nachbarländern und politische Krisen im 18. Jahrhundert schließlich so geschwächt, dass sie ihre Vormachtstellung in Mitteleuropa verloren habe. Als unbestreitbares Zeichen des Verfalls könne die dauerhafte Blockade des Sejms durch das *Liberum Veto*, das Einspruchsrecht, das es ermöglichte, durch den Einspruch eines einzelnen Abgeordneten einen Beschluss zu verhindern, da Entscheidungen einstimmig gefällt werden mussten, gelten.

Um erste vorsichtige Reformen habe sich bereits in den 1760er Jahren der zum Nachfolger Augusts III. gewählte polnische König Stanisław II. August, Stanisław August Poniatowski, bemüht, doch erst nach der ersten Teilung Polens 1772, welche letzterer aufgrund von weiterhin andauernden innenpolitischen Streitigkeiten habe hinnehmen müssen, hätten diese Fahrt aufgenommen: Eine Schlüsselrolle in den Reformbewegungen habe Hugo Kołłątaj inne gehabt, welcher im Vierjährigen Sejm (1788–1792) zu den wichtigsten Vertretern des linken Flügels gehörte und in seinem Reformprogramm für eine Modernisierung von Staat und Gesellschaft und einen Kompromiss zwischen Adel und Bürgertum eintrat. Der um ihn versammelte Kreis arbeitete eine Verfassung aus, die am 3. Mai 1791 vom König verabschiedet wurde. Röger konnte zeigen, dass diese Verfassung die erste moderne europäische Verfassung sei: Sie sei zwar ständisch gegliedert, doch einige der Privilegien des Adels seien beschnitten, die Position der Bürger und Städte durch die Einführung der Landbotenkammer aufgewertet, die Gewaltenteilung in Legislative, Judikative und Exekutive eingeführt.

Röger betonte, dass die Bewertung der Maikonstitution höchst verschieden ausfalle: Einerseits stelle die Verfassung ein Meisterwerk des politischen Kompromisses dar, weil sie sich weiterhin vor dem Adel verbeuge und dennoch den Einstieg in die Umstrukturierung Polens ermöglicht habe, welches, ohne seine Staatsform zu ändern, zu einer konstitutionellen Monarchie wurde. Andererseits sei die Verfassung, so Röger in Rückgriff auf eine Formulierung Norman Davies', „ein in der Krippe erwürgtes Kind“. Auch wenn sich die Ausarbeiter der Verfassung nicht explizit zu Montesquieu und Rousseau bekannten hätten, sei der Bezug auf sie so deutlich, dass die Nachbarländer Polens die Maikonstitution als Bedrohung für ihre eigene Herrschaft gesehen hätten. Kaum war die Verfassung verabschiedet, kündigte Katharina II. ihr Eingreifen an: 1793 besiegten die russischen Truppen das polnische Heer, sodass die Verfassung vom 3. Mai aufgehoben wurde. Weitere Teile Polens wurden in dieser zweiten Teilung Polens Preußen und Russland zugeteilt. 1795 kam es zur dritten Teilung Polens zwischen Russland, Preußen und Österreich, welche das Königreich Polens als erloschen erklärten.

Abschließend resümierte Röger, inwiefern Polen-Litauen über die Maiverfassung seine Beziehungen zu Europa verhandelte, die Maiverfassung also als Chiffre zur Europazität Polens gelten könne. Während der Teilungszeit sei die Maikonstitution eine Chiffre für die Frage gewesen, wie Polen-Litauen zu Europa gehöre und welchen Beitrag es für Europa geleistet habe. In der Presse sei währenddessen häu-

fig die Meinung vertreten worden, dass Polen nicht nur ein Teil Europas sei, sondern es durch die Maiverfassung sogar entschieden mitgeprägt habe. Als Polen 1918 unabhängig wurde, wurde der 3. Mai daher zum Nationalfeiertag erklärt. Für den Beitritt Polens zur EU sei die Maiverfassung ein beliebtes Argument gewesen. Nachdem 2015 die PiS an die Macht gekommen ist, sei sie allerdings in der politischen Argumentation zu einem „leeren Signifikanten“ geworden, womit Röger auf die Diskurstheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes verwies. Sie führte aus, dass Vertreter der PiS aufgrund des hohen Bekanntheitsgrades der Maikonstitution innerhalb Polens den Signifikanten „Maiverfassung“ in verschiedenen Zusammenhängen bemühten. Mittels seiner versuchten sie folglich, einen Fixpunkt für die Einheit ihrer Argumentation zu schaffen und ihn in den Schein einer Fundierung zu hüllen.

FRIEDERIKE BRÜCKER

Programm

14.00 – 17.00 Uhr:

Vorträge

- 14.00 Prof. Dr. Bernd Oberdorfer: Eröffnung und Einführung
1. Sektion: Einheit und Vielfalt
- 14.15 Prof. Dr. Christoph Becker:
Augsburg in Europa. Das Augsburger Stadtrecht von 156 und das römische Recht
Dr. Eva Rothenberger:
Von Bayle zu Montesquieu: Implizite und explizite Reflexionen über eine europäische Zu(sammen)gehörigkeit
- 15.15 Kaffeepause
2. Sektion: Formen der Integration
- 15.45 PD Dr. Ulrich Niggemann: Europäische Geschichte als Migrationsgeschichte
Prof. Dr. Eva Matthes:
Erziehungskonzepte in europäischer Verflechtung
- 17.15 Schlussdiskussion

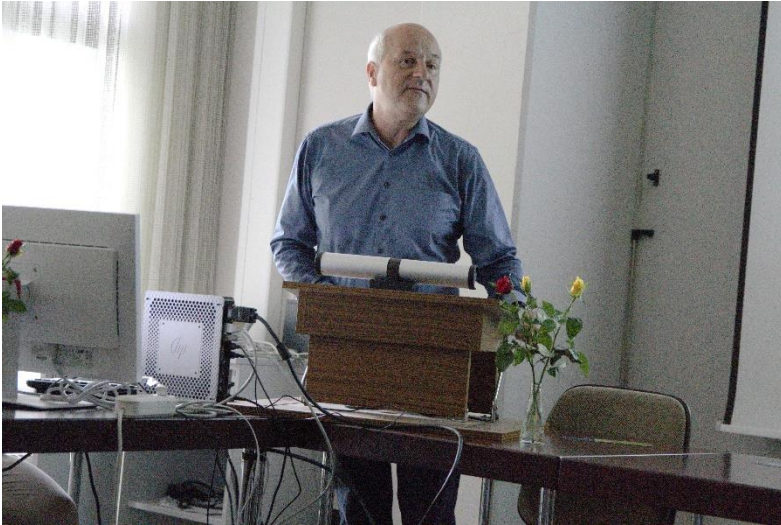
Ort: Zentralbibliothek der Universität Augsburg, Universitätsstraße 22, Ebene 3, Raum 3017

19.00 Uhr

Abendvorträge

Prof. Dr. Rotraud von Kulessa:
Die Europaidee im langen 18. Jahrhundert: Ein Projekt für den Frieden
Prof. Dr. Maren Röger:
Europas erste Verfassung: Die Rezeption der polnischen Maikonstitution 1791
Ort: Annahof, Vortragssaal, Hollbau, Erdgeschoss

Impressionen



Prof. Dr. Bernd Oberdorfer eröffnet und führt ein in den Tag der Europäischen Kulturgeschichte.



Prof. Dr. Christoph Becker spricht über das Augsburger Stadtrecht von 1156.



Prof. Dr. Eva Matthes bei ihrem Vortrag zu Erziehungskonzepten in europäischer Verflechtung.



PD Dr. Ulrich Niggemann erörtert europäische Geschichte als Migrationsgeschichte.



Prof. Dr. Rotraud von Kulesa bei ihrem Abendvortrag zu Europaideen als Friedensprojekte im langen 18. Jahrhundert.



Prof. Dr. Maren Röger spricht in ihrem Abendvortrag über die polnische Mai-konstitution 1791 als erste Verfassung Europas.



In der Pause konnte bei Kaffee und Kuchen im Ausstellungsfoyer der Universitätsbibliothek Augsburg weiter diskutiert werden.



Präsentation der letzten sechs Bände der Leopold-Mozart-Handschriften

„Vier geistliche Arien“, „Drei weltliche Lieder“, „Zwei Divertimenti“, „Vier kleine Klavierkompositionen“ und zahlreichen weiteren Stücken galt an diesem Abend im Dezember, dem 16.12.2019, das Interesse von rund dreißig Gästen. Sie sind im Foyer der Zentralbibliothek der Universität Augsburg zusammengekommen, um der feierlichen Buchpräsentation der letzten sechs Bände der Leopold-Mozart-Handschriften in der Documenta Augustana Musica-Reihe beizuwohnen.

Die kritische Edition der Musikstücke aus der Feder von Leopold Mozart ist Frau Prof. Dr. Marianne Danckwardt zu verdanken, welche damit die Veröffentlichung der bisher unedierten Werke zu einem würdigen Abschluss bringt. Während Herr Prof. Christoph Hammer vom Leopold-Mozart-Zentrum einige Stücke des Augsburger Komponisten am Flügel darbot, beschrieb Frau Prof. Dr. Danckwardt die leidenschaftliche, akribische und gleichsam gelegentlich hindernisreiche Arbeit mit den Handschriften. Den Anwesenden gab sie damit Einblick in den historischen Kontext und die Rahmenbedingungen des künstlerischen Schaffens von Leopold Mozart.

Beim anschließenden Empfang wurden in kleineren Gesprächsgruppen die mannigfaltigen Aspekte vielfach weiter diskutiert. Wenngleich diese kritische Edition der mozart'schen Werke nun vollendet ist, so klingen doch bereits die nächsten Ideen an, mit denen die Documenta Augustana Musica-Reihe mit inhaltlicher Neuorientierung in Zukunft fortgesetzt wird.

EVA ROTHENBERGER

Impressionen



Prof. Dr. Marianne Dankwardt spricht über die Arbeit an den kritischen Editionen der Handschriften.



Prof. Christoph Hammer bietet Stücke Leopold Mozarts dar.



Das Publikum lauscht Prof. Hammers Darbietung einiger Stücke aus den kritischen Editionen.

Colloquium Augustanum – Vortragsreihe des IEK im Wintersemester 2019/2020 „Universitäts-Reformen? Schlaglichter der Universitätsgeschichte vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert“

Im Jahr 2020 feiert die Universität Augsburg ihr fünfzigjähriges Bestehen. Das diesjährige Colloquium Augustanum nahm dieses Jubiläum zum Anlass, um schlaglichtartig die Geschichte der europäischen Universität seit dem Mittelalter in den Blick zu nehmen. Im Zentrum stand dabei das Thema der Universitätsreformen, die stets eingebettet waren in größere kultur- und ideengeschichtliche Zusammenhänge.

Von der spätmittelalterlichen Gründungsphase über die Reformansätze im Humanismus und im Reformationszeitalter, die Aufklärungsepoche und die Humboldtschen Reformansätze im 19. Jahrhundert bis hin zu den Universitätsgründungen der 1960er und 1970er Jahre reichte das Spektrum der Themen. Dabei ging es auch darum, historische Mythen kritisch zu hinterfragen und Bezüge zu den Debatten um die Entwicklung der Hochschulen in unseren Tagen herzustellen.

Den Auftakt bildete Klaus Wolf, dessen Vortrag landesherrschaftliche Motive hinsichtlich Universitätsgründungen thematisierte: Mittelalterliche Universitätsgründungen hätten selten allein dem Drang nach der hehren Wissenschaft gefolgt. Von Anfang an sei es um pragmatische Aspekte gegangen. So hätten pestartige Seuchen oder religiöse Unruhen nach universitär approbierten Antworten auf eine als krisenhaft empfundene Zeit verlangt. Besonders nördlich der Alpen hätten die spätmittelalterlichen Universitätsgründungen, beispielsweise Prag 1348, Wien 1365 oder Heidelberg 1386 sowie Ingolstadt 1472, als landesherrschaftliche Maßnahmen fungiert. Nicht zuletzt hätten Bemühungen um die spät-mittelalterliche Kirchenreform akademischer Unterstützung bedurft. Und mit dem Aufkommen des Humanismus sei eine Reform der universitären Studien selbst zum Thema an den Fakultäten geworden.

Mit Gemeinsamkeiten und Unterschieden von protestantischen und katholischen Universitätsreformen unter dem Signum des Humanismus beschäftigte sich Matthias Asche: In Deutschland habe der Humanismus in erster Linie als eine pädagogische Bewegung, die insbesondere ihre Trägerschicht, zunächst vor allem das Bürgertum, nachhaltig geprägt habe, gewirkt. Bildung sei zu einem gesellschaftlichen Statusmerkmal der bürgerlichen Welt geworden, Katalysator sozialen Aufstiegs und soziale Barriere zugleich. Das genuin wissenschaftliche Anliegen der Humanisten – die Zurückdrängung der scholastischen Logik durch eine verstärkte Hinwendung zu den alten Sprachen, zu Rhetorik, Poesie und Historie – habe bekanntlich erst in Verbindung mit Reformation und katholischer Reform an den Universitäten und Lateinschulen durchgesetzt werden können. Hinter die seitdem dominierenden humanistischen Standards habe die gelehrte und öffentliche Welt nicht

mehr zurückgekonnt soweit der allgemeingültige Befund. Der frühmoderne Staat habe im Zeichen von Reformation und Katholischer Reform durch die Rezeption und Indienstnahme pädagogisch-didaktischer Forderungen der älteren Humanisten-Generation zu einem nachhaltigen Reform- und Umgestaltungsprozess geführt, welcher mit den Begriffen Bildungsexpansion, Bildungsdiffusion und bildungsinstitutioneller Diversifizierung umschrieben werden könne. Die im 16. und 17. Jahrhundert neugegründeten beziehungsweise die an humanistischen Idealen und dem jeweiligen Landesbekenntnis ausgerichteten älteren höheren Bildungsanstalten – Universitäten gleichermaßen wie teil- und unprivilegierte Akademische Gymnasien (*Gymnasia Illustria*) oder einfache städtische Lateinschulen seien fraglos zentrale Instrumente der konfessionellen Durchdringung und damit ganz selbstverständlich disziplinierende Prestigeobjekte der sie finanziell unterhaltenden Landesherren gewesen. Als Folge der Glaubensspaltung seit somit analog zum bi-, später trikonfessionellen Reich, seiner Territorien und Städte ein institutionell äußerst differenziertes, zudem konfessionell segmentiertes Universitäts- und höheres Schulwesen entstanden, welches unabhängig von der konfessionellen Ausrichtung der jeweiligen Bildungseinrichtung inhaltlich und strukturell den bereits am Vorabend der Reformation formulierten Maximen der humanistischen Bewegung gefolgt habe.

Andreas Pečar hinterfragte in seinem Vortrag kritisch das Narrativ der Universität Halle im 18. Jahrhundert als eine Reformuniversität der Aufklärung. In der jüngsten Gesamtdarstellung zur Geschichte der deutschen Aufklärung aus der Feder von Steffen Martus heiße es über die Gründung der Universität Halle im Jahre 1691, diese sei von Beginn an eine „Universität der Aufklärung“ gewesen. Die Universitätsgründung werte Martus als „politisches Experiment“, als „Teil eines ganzen Reformpakets“, ja als „Labor der Aufklärung“. Martus steht für Pečar mit seinen Aussagen in der Tradition des Universitätshistorikers Notker Hammerstein, auf den das Bild von Halle als „Reformuniversität“ und als „Aufklärungsuniversität“ in großen Teilen zurückgehe. In seinem Vortrag fragte Pečar zunächst danach, aufgrund welcher Prämissen der Universität Halle das Gütesiegel einer Reform- und einer Aufklärungsuniversität verliehen worden sei. In einem zweiten Schritt überprüfte er diese Prämissen kritisch und stellte die hierfür zentrale Dichotomie von in Traditionen erstarrenden Landesuniversitäten einerseits und wenigen herausgehobenen Reformuniversitäten im alten Reich andererseits in Frage. Abschließend fragte er, inwiefern das wissenschaftliche Profil der Universität Halle sich auf Planung und Steuerung, modern gesprochen: auf *Governance* zurückführen lasse und wer denn die Universität in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts gesteuert haben könnte.

Mitchell Ash verfolgte in seinem Vortrag die ‚Karriere‘ des Topos *Humboldt* von der Gründung der Berliner Universität bis heute nach. Er stieg ein mit der Neuausrichtung der deutschsprachigen Universitäten um 1800, die durch die Gründung der Universität Berlin 1809 symbolisiert werde, aber mit dieser nicht begonnen

habe. Nach einem knappen Umriss der wesentlichen Aspekte dieser Universitätsreform, deren Folgen in Form der modernen Forschungsuniversität deutscher Prägung allerdings erst Jahrzehnte später sichtbar geworden seien, beleuchtete er verschiedene Phasen des Umgangs mit der Figur eines der Hauptgründer der Berliner Universität, Wilhelm von Humboldt, wobei er eine kulturhistorische Perspektive einnahm. Ashs These lautete, dass „Humboldt“ weniger als eine reale Person denn als ein Topos zu begreifen sei – als eine symbolische Chiffre, mit deren Hilfe sowohl ideale (Wunsch-)Bilder als auch reale Machtverhältnisse der deutschsprachigen Universitäten verkörpert worden seine bzw. hätten verkörpert werden sollen. Für Ash war und ist der heute viel zitierte „Mythos Humboldt“ demnach keine Lüge, sondern Grundlage einer heldenhaften, identitätsstiftenden „*Origin Story*“. Trotz des Verrats an diesem hehren Ideal im Nationalsozialismus habe diese Erzählung ihre Anziehungskraft als Leitbild auch für junge Studierende aus bildungsfernen Schichten am Beginn der Öffnung der Universitäten in den 1960er Jahren noch eine Zeit lang bei. Seit den 1990er Jahren jedoch sei die Behauptung, dass „Humboldt“ im Zeitalter der Massenuniversität „tot“ sei nicht zuletzt aus den Federn technokratischer Reformer stärker zu vernehmen. Ausgehend gab Ash dem Publikum die Frage mit, ob „Humboldt“ im Zeitalter von „Bologna“ tatsächlich „tot“ sei oder eher von „Humboldt dem Untoten“ die Rede sein solle, der als Zombie noch unter uns herumwandere, weil bislang noch keine neue, identitätsstiftende Erzählung erfunden worden sei, deren Anziehungskraft als Leitbild mit der der Vorgängerin vergleichbar wäre.

Den Abschluss der diesjährigen Vortragreihe bildete Anne Rohstock, die einen Einblick in Universitätsreformen und Neugründungen im Zeichen der 1968er Jahre gab. Für die bundesdeutsche Öffentlichkeit habe lange Zeit außer Frage gestanden, dass die Studierendenrevolte des Jahres 1968 die Hochschulen grundlegend verändert zurückgelassen habe. Auf dem Höhepunkt der Proteste habe sich die Politik gezwungen gesehen, den studentischen Forderungen insbesondere der nach der Demokratisierung der alten Ordinarienuniversität nachzugeben. Die umfassende Hochschulreform, die Bund und Länder in den 1960er und 1970er Jahren in Angriff genommen hätten, seien deswegen lange Zeit ursächlich dem hochschulpolitischen Engagement der Studierenden zugeschrieben (Rohstock 2011) worden. Die These des Beitrags Rohstocks lautete demgegenüber, dass die Studierendenbewegung des Jahres 1968 zwar Einfluss auf die Veränderung der Universitäten gehabt habe, aber weder der einzige noch der alles bestimmende Faktor des ausgemachten Wandels gewesen sei. Zum einen scheine „1968“ nur der besonders lautstarke Teil einer Liberalisierungsbewegung gewesen zu sein, die zeitlich erheblich früher eingesetzt und den Boden dafür bereitet habe, dass viele Forderungen von „1968“ tatsächlich Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre politisch umgesetzt worden seien (vgl. zusammenfassend Wengst 2011). Zum anderen spreche einiges dafür, dass die spektakulären, kurzfristige Aufmerksamkeit erregenden Aktionen wie Sit-ins in

Hörsälen, Vorlesungssprengungen und Rektoratsbesetzungen langfristig viel wirkmächtigere Entwicklungen im Hochschulbereich verdeckt hätten, deren Auswirkungen im Grunde genommen noch heute spürbar seien. Zu diesen langfristigen Entwicklungen, die gewissermaßen auf der Hinterbühne des Protestgeschehens abgelaufen seien, gehört nach Rohstock insbesondere das wachsende Interesse zahlreicher politischer Akteure an dem Feld der Hochschulpolitik seit den frühen 1960er Jahren. Hier habe sich allererst entwickelt, was heute als Hochschulpolitik bezeichnet werde – und habe für heftige Konflikte mit den Universitäten gesorgt. Laut Rohstock führt die Entstehungsgeschichte des Feldes Hochschulpolitik ihrerseits tief in den Kontext des Kalten Kriegs und auf die internationale Bühne: Befördert durch den Zweiten Weltkrieg habe sich flankiert durch zahlreiche Wissenschaften die Herausbildung einer neuen Rationalität (Erickson u.a. 2013) abzuzeichnen begonnen, die erhebliche Auswirkungen auf die Art und Weise, wie über Wissenschaft und Bildung sowie ihre mögliche Reform nachgedacht worden sei, gehabt habe.

Neue Kooperationspartner des IEK

Das Institut für Europäische Kulturgeschichte hat Kooperationsverträge mit dem Zentrum für Historische Friedensforschung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und dem Zentrum Interdisziplinäres Institut für Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Osnabrück abgeschlossen. Die Verträge wurden zwischen Prof. Dr. Michael Rohrschneider (Bonn), Prof. Dr. Siegfried Westphal (Osnabrück) und PD Dr. Ulrich Niggemann (Augsburg) ausgehandelt und von den drei beteiligten Universitätsleitungen unterzeichnet. Neben allgemeinen Fragen der europäischen Kulturgeschichte steht insbesondere auch die Zusammenarbeit in der Erforschung frühneuzeitlicher Friedensprozesse im Vordergrund der Kooperation. Sie schließt auch die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein, die etwa in Form gemeinsamer Doktorandenworkshops umgesetzt wird.

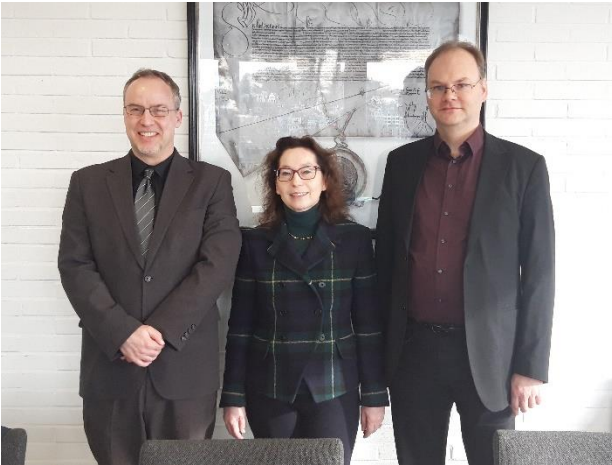
Links zu den Kooperationspartnern:

IKFN OSNABRÜCK:

https://www.ikfn.uni-osnabrueck.de/startseite_ikfn_institut_fuer_kulturgeschichte_der_fruhen_neuzeit.html

ZHF BONN:

<https://www.zhf.uni-bonn.de/>



Prof. Dr. Michael Rohrschneider (Bonn), Prof. Dr. Siegfried Westphal (Osnabrück) und PD Dr. Ulrich Niggemann (Augsburg).

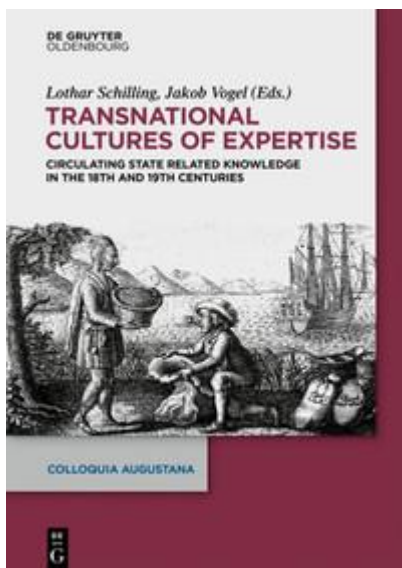
Neuerscheinungen aus dem IEK

Lothar Schilling/Jakob Vogel (Hrsg.), *Transnational Cultures of Expertise. Circulating State-Related Knowledge in the 18th and 19th Centuries*, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2019 (Colloquia Augustana, 36), 201 S., 59,95 €, ISBN 978-3-11-055180-8.

Der frisch erschienene, von Lothar Schilling und Jakob Vogel herausgegebene Band 36 *Transnational Cultures of Expertise. Circulating State-Related Knowledge in the 18th and 19th Centuries* geht zurück auf Diskussionen und Gespräche im Rahmen der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der *Agence Nationale de Recherche* (ANR) gemeinsam finanzierten Forschungsgruppe Euro-scincia – localisation et circulation des savoirs d'État en Europe, 1750–185.

Building on the new critical historyiography about the evolution of the European state, the book analyses how administrators, scientists, popular publicists and other actors tried to redefine the realms of state action in the "Sattelzeit" (Koselleck). By focussing on the specific strategies of these actors and on the

transnational circulation and dissemination of state related knowledge itself, the contributors of the book highlight the fluidity and the interconnections of the European debate in the crucial period of the development of the modern nation-state and its administration. They study the common European features of the evolution of a new type of statehood built upon multiple circulations and transfers that forged administrative practices in the different fields of state action. Analysing important fields of expertise ranging from agricultural knowledge, mining sciences to anthropological knowledge, which laid the basis for the new 'scientific' foundations of administration, the book underlines the necessity of a re-evaluation of the classical approaches to the history of state in the 18th and 19th centuries.



Edition der Leopold Mozart Handschriften: 6 neue Einzelhefte

In der Reihe „Documenta Augustana Musica“ sind sechs neue Bände erschienen. Damit ist die Reihe der Edition der Leopold Mozart Handschriften vorerst abgeschlossen. Die Editionen enthalten Partituren und kritische Berichte zu bislang unveröffentlichten Handschriften des in Augsburg geborenen Komponisten und Vaters von Wolfgang Amadeus Mozart.



Die Bände, die teils von Marianne Danckwardt, Erich Broy und Christine Faist herausgegeben werden, enthalten zwei Kirchenmusikwerke (Bd. 15), drei Sinfonien in D-Dur (Bd. 16), eine Messe in C-Dur (Bd. 17), zwei weitere Kirchenmusikwerke (Bd. 18), zwei Divertimenti und vier kleine Klavierkompositionen (Bd. 19) sowie vier geistliche Arien und drei weltliche Lieder (Bd. 20).

Band 20

Leopold Mozart – Vier geistliche Arien (LMV V:1, 2, 3, 7), Drei weltliche Lieder für Singstimme und Tasteninstrument (LMV VI:1, 5, 6). Partitur mit Kritischen Berichten.

Hg. von Marianne Danckwardt. Ampfing 2019.

Band 19

Leopold Mozart – Zwei Divertimenti: Divertimento in G-Dur für Violine, Violoncello und Violone (LMV XII:14), Divertimento in G-Dur für zwei Violoncelli und Violone (LMV XII:15). Partitur mit Kritischen Berichten.

Hg. von Marianne Danckwardt. Ampfing 2019.

Band 18

Leopold Mozart – Zwei Kirchenmusikwerke: *Surgite mortui* (C-Dur). Offertorium *Rorate, coeli* (B-Dur). Partitur mit Kritischen Berichten.

Hg. von Marianne Danckwardt. Ampfing 2018.

Band 17

Georg Huber (Leopold Mozart zugeschrieben) – Messe in C-Dur (LMV VI:C4). Partitur mit Kritischem Bericht. Hg. von Christine Faist unter Mitarbeit von Marianne Danckwardt. Ampfing 2019.

Band 16

Leopold Mozart – 3 Sinfonien in D-Dur (LMV VII:D20, D21, D24). Partitur mit Kritischen Berichten. Hg. von Marianne Danckwardt. Ampfing 2018.

Band 15

Leopold Mozart – Zwei Kirchenmusikwerke. *Tantum ergo* (C-Dur); *Ad sacram Communionem Confitemini Domino* (F-Dur) Partitur mit Kritischen Berichten. Hg. von Erich Broy. Ampfing 2019.

PERSONELLES

Direktorium

Auf der Mitgliederversammlung vom 20. Januar 2020 wurde folgende Zusammensetzung des Direktoriums beschlossen:

Geschäftsführender Direktor



PROF. DR. LOTHAR SCHILLING

Lehrstuhlinhaber
Geschichte der Frühen Neuzeit

Geschäftsführender Wissenschaftlicher Sekretär



PD DR. ULRICH NIGGEMAN

Direktor und Geschäftsführender Wissenschaftlicher Sekretär
Institut für Europäische Kulturgeschichte

Direktor.inn.en



PROF. DR. VICTOR A. FERRETTI

Professor
Romanische Literaturwissenschaft (Iberoromania)



PROF. DR. BERND OBERDORFER

Ordinarius für
Systematische Theologie & theologische Gegenwartsfragen



Prof. Dr. Silvia Serena Tschopp

Lehrstuhlinhaberin
Europäische Kulturgeschichte

Neue Mitglieder



PROF. DR. ANDREA GOTTDANG

Lehrstuhlinhaberin
Kunstgeschichte



PROF. DR. MAREN RÖGER

Professorin
Transnationale Wechselbeziehungen



APL. PROF. DR. REGINA DAUSER

Akademische Rätin
Geschichte der Frühen Neuzeit

Das IEK verabschiedet



PROF DR. FREIMUT LÖSER

Freimut Löser war von 2010 bis 2012 sowie von 2016 bis 2020 Direktor des IEK. Mit dem Eintritt in den Ruhestand scheidet Herr Löser aus dem Gremium aus, bleibt dem IEK jedoch weiterhin verbunden. Wir bedanken uns für seine Tätigkeit als Direktor.

Nachruf

Prof. Dr. Rolf Kießling (25. Juli 1941 – 22. Juni 2020)



Prof. Dr. Rolf Kießling (Quelle: privat)

Überraschend ist am 22. Juni 2020 Rolf Kießling im Alter von 78 Jahren zuhause in Bonstetten (Landkreis Augsburg) gestorben. Seine nie versiegende Leidenschaft als Historiker, seine beeindruckende Schaffenskraft, seine unverstellte Zugewandtheit im persönlichen Umgang und seine interessierte, optimistische Offenheit für das, was ihn umgab, ließen die meisten Menschen, die ihn kannten, vergessen: Rolf Kießling kämpfte seit vielen Jahren gegen eine heimtückische Krebserkrankung. Den Tod immer vor Augen stand er doch – vielleicht gerade deshalb – mitten im Leben.

Rolf Kießling wurde am 25. Juli 1941 in Augsburg als Sohn eines Polizeibeamten geboren und in der evangelisch-lutherischen Kirche St. Jakob getauft. In seiner Heimatstadt besuchte er das Holbein-Gymnasium und studierte anschließend die Fächer Deutsch, Geschichte und Geographie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 1966 legte er das Erste, 1970 das Zweite Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab. Für über 20 Jahre – bis 1992 – wirkte er als Studienrat bzw. zuletzt Studiendirektor am Bayernkolleg in Augsburg, eine Aufgabe, die ebenso seinem Naturell entsprach wie sie ihn geprägt und ihm Distanz zu akademischer Selbstbespiegelung vermittelt hat.

Noch vor Abschluss des Referendariats erfolgte 1969 die Promotion in München bei Karl Bosl mit einer Arbeit über *Bürgerliche Gesellschaft und Kirche in Augsburg im Spätmittelalter*, auch heute, ein halbes Jahrhundert nach Erscheinen, das wichtigste Referenzwerk über den vorreformatorischen ‚Kommunalismus‘ in der Reichsstadt am Lech – ein Begriff, den sein Münchner Studienkollege Peter Blickle einige Jahre später formulieren sollte. Stadtgeschichte, dekliniert nicht nur in die Aspekte von ‚Gemeinde‘, ‚Kirche‘, ‚Reformation‘, blieb auch in den folgenden Jahrzehnten ein Schwerpunkt der Interessen von Rolf Kießling. In den letzten Monaten hatte er ein Vorhaben aufgegriffen, das ihn wieder zurückführen sollte zu seinen Promotionsstudien: Noch unmittelbar vor seinem Tod schrieb er an einem Buch über den Augsburger Kaufmann Peter Egen/Peter von Argon (um 1412–1452), einer faszinierenden Schlüsselfigur der reichsstädtischen Geschichte. Die weit gediehene Arbeit konnte Rolf Kießling nicht mehr abschließen.

Mit den Studien zu seinem 1985 abgeschlossenen Habilitationsvorhaben kam als weiteres Leitmotiv die Wirtschaftsgeschichte hinzu. Vielfach findet die Disziplin erst in jüngster Zeit Anschluss an die von Rolf Kießling betriebenen Forschungen. Die 1989 im Druck erschienene Habilitationsschrift *Die Stadt und ihr Land. Umlandpolitik, Bürgerbesitz und Wirtschaftsgefüge in Ostschwaben vom 14. bis ins 16. Jahrhundert* verarbeitete aber noch weitere Motive, die in Rolf Kießlings Schaffen reiche Frucht hervorbringen sollten. Zentral war seine Erkenntnis und Forderung, die Geschichte der Städte im Kontext des sie umgebenden Landes zu behandeln und umgekehrt, Stadt- und Agrargeschichte also zu integrieren. Gerade das östliche – heute bayerische – Oberschwaben beleuchtete er in vielfältigen Perspektiven als historische Landschaft: in seiner Wirtschaftsstruktur mit Orten unterschiedlich ausgeformter Zentralität, als Bildungslandschaft oder als stark von den hier lebenden jüdischen Gemeinden geprägte Region und nicht zuletzt als „kleingekammerte“ Landschaft, deren polyterritoriale Vielfalt ihm nicht unbeschoren ein defizitärer „schwäbischer Flickenteppich“ war, sondern Labor für die Entwicklung von Innovationen und für das fruchtbare Austarieren von Gegensätzen.

Stadt und Land, das waren Rolf Kießling auch biographische Erfahrungen (seine Großeltern stammten aus einem evangelischen Dorf im „Ulmer Winkel“, zu seinen Kindheitserinnerungen zählten Aufenthalte und Arbeiten auf dem Bauernhof). Die historische Bikonfessionalität seiner Vaterstadt ebenso wie die über Jahrhunderte auch von gedeihlicher Koexistenz gekennzeichnete Geschichte der Juden in Schwaben waren ihm Erkenntnis: Gegenseitiges Verstehen kann erwachsen aus Nachbarschaft, im alltäglichen Handeln und Wandeln miteinander. Auch als Mensch empfand Rolf Kießling unterschiedliche Prägungen und Positionen als Bereicherung, freute sich an Austausch, Diskussion und nicht zuletzt am Widerspruch seiner Schüler. Die intellektuelle Freiheit jedes einzelnen war ihm hohes Gut, ein liberaler, republikanischer Geist, gepaart mit unbestechlich hohen Ansprüchen an wissenschaftliche Arbeit, bildete die Atmosphäre in den Seminaren und Kolloquien

von Rolf Kießling. Der persönliche Angriff war ihm zuwider, zu sachlicher Deutlichkeit im Urteil aber hielt er sich verpflichtet.

Bereits als Privatdozent war Rolf Kießling 1990 Gründungsmitglied des Instituts für Europäische Kulturgeschichte geworden; in der IEK-Reihe *Colloquia Augustana* gab er mehrere Sammelbände (mit) heraus – drei zur jüdischen Geschichte in Spätmittelalter und Früher Neuzeit sowie zuletzt 2018 einen Konrad Peutinger gewidmeten Tagungsband. Seine langjährige Erfahrung als Geschichtslehrer machte ihn in den Jahren 1992 bis 1994 zu einem idealen Vertreter für die Theorie und Didaktik der Geschichte an der Katholischen Universität Eichstätt, ehe er 1994 dem Ruf auf den Lehrstuhl für Bayerische und Schwäbische Landesgeschichte an der Universität Augsburg folgte, den der bis zu seiner Pensionierung 2006 innehatte. Bald nach seiner Berufung übernahm er auch Verantwortung in zahlreichen historischen Vereinen und Kommissionen. Er war Mitglied der Kommission für bayerische Landesgeschichte seit 1997, übernahm 2000 den Vorsitz der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft (bis 2016), war unter anderem Beirat des Jüdischen Kultur museums in Augsburg und Vorstandsmitglied der Dr.-Eugen-Liedl-Stiftung. Dem Memminger Forum für schwäbische Regionalgeschichte e.V. war er 1987, im Jahr nach der Gründung, beigetreten, 1996 bis 2011 wirkte er als dessen Vorsitzender, initiierte und leitete viele Tagungen, aus denen mehrere Bände der regionalgeschichtlichen Reihe *Forum Suevicum* hervorgingen. Die Aufgabe des Herausgebers für diese und weitere Reihen sowie zahlreiche Sammelbände nahm Rolf Kießling stets überaus ernst. Er las jeden Text aufs genaueste – die Jahre als Deutschlehrer waren ihm wohl in Fleisch und Blut übergegangen –, erkannte immer die inhaltlich kritischen Punkte und formulierte seine Rückmeldungen an die Autoren in der ihm jederzeit eigenen verbindlichen Weise. Auch für die Gesellschaft Oberschwaben für Geschichte und Kultur e.V. engagierte sich Rolf Kießling über die Zeit im Vorstand (1996–2012) hinaus; Otschwaben als Geschichtslandschaft betrachtete er immer im räumlich weiten Kontext, etwa als historischen Teil Oberschwabens. 2005 wurde er dafür mit dem renommierten Friedrich Schiedel-Wissenschaftspreis zur Geschichte Oberschwabens ausgezeichnet.

Generell hielt Rolf Kießling – aus der spätmittelalterlich-frühneuzeitlichen Perspektive nicht verwunderlich – wenig von einer etatistisch verengenden und verengten Landesgeschichte: Einem anpassungsfähigen regionalgeschichtlichen Zugang verdankt sich die Fülle inspirierender Fragestellungen, die er an seine Untersuchungsräume herantrug. Dabei war die These um der Steilheit willen nicht sein Ehrgeiz, sein Argumentieren war immer differenziert, schwarz-weiß zu denken lag ihm fern. Gleichwohl konnte Rolf Kießling, der Lehrer an Gymnasium und Universität, ebenso landeshistorische Mikrogeschichte betreiben wie die großen Linien des Überblicks zeichnen: die *Kleine Geschichte Schwabens* richtete sich an das historisch interessierte Laienpublikum, das ihm immer am Herzen lag; die zuletzt, 2019, fertiggestellte umfangreiche *Jüdische Geschichte in Bayern* ist die erste vom Hochmittelalter bis in die Gegenwart reichende Gesamtdarstellung der jüdischen

Geschichte in den Grenzen des heutigen Freistaates überhaupt. Nicht zuletzt seine Fähigkeit, Forschung und Vermittlung zu verbinden und Fachkollegen ebenso wie einem breiten Publikum Auskunft geben zu können, wurde in herausragender Weise gewürdigt, als Rolf Kießling 2016 das Bundesverdienstkreuz am Bande erhielt.

Rolf Kießlings Arbeitspensum war enorm, und doch fand er Zeit für seine Familie, seine Freunde, für Kultur, Gespräche und geselliges Beisammensein. Er gab jedem das Gefühl, Zeit für ihn zu haben, in wissenschaftlichen Anliegen ebenso wie in privaten. Auch darum wird er denen fehlen, die ihn kennenlernen durften.

Mit Rolf Kießling verlieren wir einen Wissenschaftler, der nicht nur in seinem Fach zu den bedeutendsten unserer Zeit gehörte, sondern der auch menschlich eine Ausnahmeperson darstellte.

DIETMAR SCHIERSNER
(Pädagogische Hochschule Weingarten)

